

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vor-
 abonnent: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 11. September 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat August gingen bei dem Unterzeichneten folgende
 Parteibeiträge ein:

Müvelois, von den deutschen Holzarbeitern 16,18, Eugsburg,
 H. d. G. U. i. St. 20.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Nr.
 50.—, 4. Nr. Südost 1000.— (darunter: Ueberüberschüsse von
 Kranzpenden für Liebschütz: Von den Arbeitern der Firma Stod
 35,50, von den Arbeitern der Maschinenfabrik Weermann 30,35,
 von den Arbeitern der Bronzewaren-Fabrik Halbe 5,45. Von den
 Gästen des Germania-Ausschusses, Brangelstr. 59, 1,15. Freie Ver-
 einigung Handel 25.—, Sonnenblume 20.—, Von Bachmann,
 amerikanische Aktion des Lotteriebüros „Ohne Geld“ 7,25.)
 5. Kreis 300.—, 6. Kreis (Noabit) 200.— (darunter: A. V.,
 Lübbenerstraße 43, 1.—, J. Virkenstraße 49, 3.—, G. J. 3.—,
 Kranzüberschüsse: Von den Arbeitern der Anhaltischen 21,15,
 von den Arbeitern von Gähler und Laumann 15,10, von
 den Arbeitern von Pegold u. Comp., Noabit 35,75, von
 A. G. 23 13,50, von den Arbeitern von Ehrlich, Kronenstraße 31
 10.—, von den Arbeitern der Eisenwerke Bachmann 1,15).
 6. Kreis: Rosenhaler Vorstadt und Gesundbrunnen 300.— (darunter:
 Vogenslanpe durch Vordt 17.—, Kranzüberschüsse: Von den Arbeitern
 der Fabrik Vorst in Ziegel 65,30, von den Arbeitern von Schwarz-
 kopf (Neues Werk) 6.—, 511. Bezirk 7,60.) 6. Nr. Bedding u. Dranienb.
 Vorstadt 1000.— (darunter: Alt vom Löper Wd. 6.—, desgleichen
 von Scharf 1,60, vom Frühlingsfest der „Kordwacht“ 50.—, von
 Dr. A. F. 101 8.—, vom gemüthlichen Otto, Gartenstraße 3.—,
 Kranz-Ueberüberschüsse: Von den Arbeitern der Maschinenfabrik voran.
 Schwarzlopp (Stammfabrik) 27,10, v. d. Arbeitern der Firma Krenning u.
 Thomas 17,30, v. d. Arbeitern d. „Union“, Elektricitätsgesellschaft, Hutten-
 straße 211,50, von den Arbeitern von Schöning, Weiststraße 13,10,
 von den Arbeitern der Maschinenfabrik F. Werner 7,40, von den
 Arbeitern von Weis u. Co., Greifswalderstraße 140/41 3.—, von
 Wosjani 4.—, von E. P. 10.—, von der Sammlung der A. E. G.
 479,65). 6. Kreis: Schönhauser Vorstadt 900.— (darunter:
 u. W. Miller 2.—, Geburtstagsfeier, Lotteriebüro Erands. 3.—,
 Pückerkolonne V. R. 13.—, Buchdruckerei Bittel 20.—, Kranz-
 Ueberüberschüsse der Tischlerei Anstalten-Wiese 77 4,55. Desgl. von
 den Arbeitern der Firma W. Dögelberg, Allingerstraße 2,90).
 Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. A. 50.—, Ueberübersch. der Kranz-
 spende der Nähmaschinen- und Hobzrad-Fabrik Gebr. Rothmann 3.—,
 Veranlassung Marienfelde durch J. 12.—, Ueberübersch. der Kranz-
 spende von Siemens u. Halde, Berliner Werk 66,55. Ueber-
 übersch. der Kranzpende von den Arbeitern der Fabrik Georg
 Grauert, Stralau, 14,95. Kranz-Ueberübersch. von den Berichts-
 erstattem des „Vorwärts“ 3.—, A. R. 3. Quart. 1,55. Von der
 Tischlerei Heiner 10.—, Ueberübersch. von der Kranzpende von den
 Arbeitern der Firma Spinn u. Sohn 7,40. Von den Arbeitern bei
 Schulz u. Goldschmidt 11.—, Cigarrenfabrik St. Schulze, Friedrichselder-
 straße 21, 9,50. Vierprozentige von den Maurern Neubau Dranienstr. 95
 5.—, Gesammt von Regellub Holzmeister 4.—, A. V. 50.—, P. E. 50.—,
 Von einem Postbeamten 3.—, Stereotypen des „Vorwärts“ 10.—,
 Von den Verbandmitgliebrern der V.-ischen Druckerei Georgen-
 straße 23 30,05. M. G. zu Ehren Liebschütz, statt eines
 Kranzes 3.—, A. R. 1.—, Ueberübersch. von einer Dampf-
 partie von den Kollegen der Firma G. Hoffmann 10.—,
 J. R. 3.—, Ueberübersch. aus Görden 75.—, Heimstätte
 Heinersdorf, Ueberübersch. der Kranzpende 1,05. Vertheilung
 von Mar. Wading 25.—, Ueberübersch. der Kranzpende von
 den Arbeitern der Firma Kshelm 3,05. P. J. in E. 3,45.
 G. S., Mühlendorf — 85.—, Kranzübersch. von den Ar-
 beitern der A. E. G. „Kabelwerk Oberspree“ 28,00. Ueberübersch.
 der Kranzpende von den Arbeitern von Bugle, Ritterstraße,
 13,85. Kranz-Ueberübersch. von Eisners Buchdruckerei Personal
 15,20. Kranz-Ueberübersch. von den Arbeitern der Firma Pfeister u.
 Rogmann 17,15. Sonderklasse Tapezierer E. E. 2,40. F. J. Ueber-
 übersch. von der Kranzpende 3,90. Kranzübersch. der Maschinen-
 fabrik Käppler (Mühlentau) 9,15. Ueberübersch. der Kranzpende
 von den Arbeitern der Maschinenfabrik Moller, Prinzen-
 allee 4,10. Ueberübersch. der Landpartie Gr.-Sch. 6,55. Ueber-
 übersch. vom Kranz der Seifenfabrik Formex 10,55. Gefang-
 verein Tonblüte 5.—, Note Buchbinder, Grünstraße, 5.—,
 Onkel 1.—, Von Mittel, der U. Dr. (Juli-August) 10,75. Von
 den Arbeitern der Schneiderischen Fabrik in Treptow 13,50.
 Kranzübersch. von Speyerer, Nixdorf, 1,15. Arbeiter und Arbeit-
 rinnen der Buchbinderei von W. Wading 10.—, Bern 50.—,
 Bromberg, Ueberübersch. vom Telegramm — 75.—, Wieselhof, Ueber-
 übersch. der Kranzpende und Delegation der industriellen Arbeiter
 W. S. zur Verdrigung Liebschütz 150.—, Stramsfeld, Ueberübersch. von
 Reileids Telegramm der Genossen in der Heinstätte Br. 4,45.
 Bochum, Rückzahlung für Wahl-Broschüren 80.—, Chemnitz,
 Bög 0,80. Dresden, Ueberübersch. der Kranzpende der Maschinen-
 und Maschinenbau vorm. Gebr. Sed 18.—, Dortmund, Wahlkreis
 Dortmund-Hörde durch den Kreisvertrauensmann 400.—, Delmen-
 horst, durch D. W. 17.—, Delitzsch, Wahlk. Delitzsch-Bitterfeld 10.—,
 Falkenberg (Obersch.) 15.—, Forst i. L. Parteibeitrag 100.—,
 Gießen, E. R. 10.—, Greiz, Wahlkreis Neuh. a. L. 50.—,
 Götting, rote Geburtstagsfeier bei C. F. 2,15. Götting,
 Ueberübersch. vom Stiftungsfest der Zehnstelle des Deutschen Metallarb.-
 Verb. 10.—, Hamburg, im Monat Juli in der Expedition des „Cho-
 eingegangene 338,80, desgl. im Monat August 290,84. Halsted i. Bremen,
 von Parteigenossen 10.—, Hartha, 10. sächsischer Reichstagswahlkreis
 100.—, Hahnsdorf, 2. Richter 3.—, Damsburg, Getränkeübersch. d.
 Anflügen von Eimsbüttel 10.—, Kirchheimbolanden, v. 4 Spielern
 a. d. Reichshalle 5.—, Köln, zwei kaufmännische Proletarier 15.—,
 M.-Gladbach, Parteibeitrag 7.—, Mannheim, Mannheimer Aktien-
 druckerei 900.—, Wilhelm a. d. Ruhr, gef. auf der roten Hochzeit
 und der Geburtstagsfeier der Genossen W. S. H. F. 28,00.
 Oberstein a. d. R., Volksverein 276.—, Osthavelländischer
 Reichstags-Wahlkreis durch Gen. Schr. i. G. 100.—, Ottenen
 durch Foulson 20. und letzte Rate 10.—, Rathenow, durch A. 2,50.
 Rawitz, von den Parteigenossen 10.—, Rostock i. M., von den
 Parteigenossen 200.—, Talsdorf, Wahlk. Talbe-Riescheleben 100.—,
 Stuttgart, G. U. 10.—, Weiskammer (Oberl.) 10.—, Württemberg 50.—,
 Zu der Quittung in Nr. 176 des „Vorwärts“ vom 1. August
 dieses Jahres muß es nicht heißen Greiz, Wahlk. Neuh. a. L. 100.—,
 sondern Greiz, Wahlk. Neuh. a. L. 50.—; nicht Gera (Neuh.) 50.—,
 Berlin, den 7. September 1900.

Für den Parteivorstand: A. Gerich, Kreuzbergstraße 30.

Zur Handelspolitik.

II.

Eine Fortsetzung und Ausdehnung der Handelsvertragspolitik
 von 1891 liegt deshalb auch im Interesse des deutschen Arbeiters
 und zwar nicht nur eine rationale Ausdehnung, eine Vergrößerung
 des Kreises der Staaten, zu denen wir im Vertragsverhältnis stehen,
 sondern zugleich auch eine Vermehrung der gegenseitigen Konzessionen,
 also eine Verringerung der Zollschranken zwischen Deutschland und
 seinen Vertragsstaaten. Als selbstverständlich hat dabei zu gelten, daß
 den Tarifverträgen auch die Meistbegünstigungsklausel eingefügt
 werden muß, da andernfalls die Deutschland durch die Tarife ein-
 geräumten Konzessionen durch weitergehende Zugeständnisse an
 andre Staaten stets mehr oder minder in ihrer Wirkung aufgehoben
 werden könnten. Hat Deutschland z. B. mit Rußland oder Oesterreich-
 Ungarn einen Tarifvertrag abgeschlossen, der den Erzeugnissen der
 deutschen Eisenindustrie gewisse Zollermäßigungen zubilligt, und die
 Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel sichert und nicht zugleich
 den Vorteil, daß weitere, andre Staaten zugeständene Zoll-
 reduktionen eo ipso auch Deutschland zu gute kommen, so
 haben beide Staaten es jederzeit in der Hand, durch
 einem dritten Land gewährte Zollzugeständnisse, die unter
 die Zollsätze des mit Deutschland vereinbarten Tarifs
 herabgehen, der deutschen Eisenindustrie die erlangten Konkurrenz-
 vorteile wieder zu entziehen. Für solche Tarifkonventionen, die
 nachträglichen Zollprellereien die Thür offen lassen, mag sich der
 Bund der Landwirte erwärmen, dem die Ausdehnung der vertrags-
 mäßig Rußland und Oesterreich-Ungarn zugeständenen Getreidezoll-
 ermäßigungen auf die Getreide-Einfuhr aus den Vereinigten
 Staaten schwere Verdammungsstürme verhasst, für die exportierende
 Industrie sind derartige Vertragsabschlüsse nahezu wertlos.

Schärfere Zurückweisung noch verlangt ein andres, neuerdings von
 agrarischer Seite empfohlenes Projekt: die gleichzeitige Aufstellung eines
 Minimal- und Maximaltarifs. Die Erfahrungen, die Frankreich seit 1892
 mit seinem Doppelsystem gemacht hat, fordern sicherlich nicht zur
 Nachahmung heraus. Nicht nur hat seine Zollpolitik es mehrfach in
 Zollkriege verwickelt, in denen es schließlich überall hat nachgeben
 müssen, sein Außenhandel hat sich auch im Gegensatz zu dem aller
 übrigen industriellen Länder wesentlich verringert, und das, obgleich
 es seit 1892 seinen Kolonialbesitz enorm ausgedehnt hat. In seiner
 Wirkung läuft das Doppelsystem auf eine allgemeine
 Steigerung der Agrar- wie der Industriezölle
 hinaus. Der Zweck, den das Agrarierium mit seinem Eintreten für
 diese Specialität der Zollpolitik verfolgt, besteht darin, daß es sich
 für alle Fälle, unabhängig von allen späteren Vertrags-
 abschlüssen, hohe Zollsätze für landwirtschaftliche Erzeug-
 nisse sichern möchte. Rest charakteristisch heißt es in der
 Resolution der vor einiger Zeit in Wiesbaden versammelt gewesenen
 Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern, daß der Abschluß
 aller Handelsverträge nur an der Hand eines General- und
 unbedingt eingehaltenden Minimaltarifs erfolgen
 dürfe, in welchen die Zollsätze für alle Erzeugnisse
 der Landwirtschaft so hoch bemessen werden,
 daß während der Vertragsdauer auch bei
 veränderter Lage des Weltmarkts und noch weiter
 verschärfter Konkurrenz des Auslands die Existenz-
 bedingungen der deutschen Landwirtschaft nicht
 gefährdet erscheinen.

Natürlich würden die industriellen Hochschutzbünder, bevor sie
 einem solchen Minimaltarif zustimmen, auch ihrerseits in diesen ihre
 hauptsächlichsten Zollforderungen hinein zu praktizieren suchen, und
 da auch die andern Länder zweifellos, ehe sie mit Deutschland in
 Vertragsverhandlungen treten, vorher entsprechende Minimaltarife
 aufstellen würden, bestände schließlich selbst im günstigsten
 Fall, d. h. falls wirklich auf dieser Basis Verträge zu Stande kommen,
 das Endergebnis nur in einer weiteren Erhöhung der
 gegenseitigen Zollschranken.

Wie aber, wenn andre Staaten eine Abschließungspolitik ver-
 folgen, wenn sie deutsche Fabrikate von ihrem inneren
 Markt fernzuhalten suchen und ihnen eine differentielle
 Behandlung angedeihen lassen, wenn sie, wie beispiel-
 weise die Vereinigten Staaten, Waren deutschen Ursprungs
 nicht die volle Meistbegünstigung einräumen, sondern allerlei
 Vorbehalte machen: soll dann Deutschland diesen
 Ländern gegenüber eine gleiche oder ähnliche
 Zollpolitik verfolgen?

Selbst wenn man die Frage, ob Freihandel oder Schutz Zoll,
 nicht als Prinzipienfrage auffaßt, sondern sich bei der Stellung-
 nahme durch bloße Rücksichtserwägungen leiten läßt, zwingt die
 Rücksicht auf die Entwicklungsbedingungen der deutschen Industrie
 und die Lebenshaltung unserer Arbeiter zur Verwerfung gleicher
 zollpolitischer Repressiv-Maßnahmen. Ohne weiteres ist klar, soll
 eine solche Politik der Widervergeltung einen Sinn haben, so
 dürfen die Abwehrmaßnahmen sich nicht nur auf Einfuhrartikel
 erstrecken, die für den Export des betreffenden fremden Staats geringe
 oder gar keine Bedeutung haben, sie müssen dessen Hauptexport-
 artikel und deutsche Zollgebiete treffen; und fast ebenso sicher ist, daß
 nun seinerseits der durch solche Maßregeln bedrohte Staat ebenfalls
 wieder zu Gegenmaßnahmen greifen wird. Betrachten wir unter
 diesem Gesichtspunkt einmal unsern Handelsverkehr mit den Vereinigten
 Staaten und die Folgen einer derartigen Zollpolitik.

Nach der deutschen Handelsstatistik (Band 122 der „Reichsstatistik“)
 waren in 1898 die Hauptartikel unseers Handels mit den Vereinigten
 Staaten folgende:

Einfuhr		Ausfuhr	
aus den Vereinigten Staaten in das deutsche Zollgebiet	in Mill. Mark	aus dem deutschen Zollgebiet nach den Vereinigten Staaten	in Mill. Mark
Baumwolle, roh	188,7	Rohzucker	39,2
Weizen	97,3	Galvanisierter Eisen und	
Getreide	84,0	Lücher	21,0
Schweinefleisch	65,7	Baumwolle, Strampswaren	18,7
Petroleum	57,5	Wollin- u. andre Farbstoffe	15,4
Kupfer	56,7	Bedernte Handläufe	13,3
Fleisch	38,5	Vorzellan- u. Glaswaren	10,1
Holz	28,6	Spiegelglas	9,4
Hafer	26,0	Bollwollen	9,2
Werkzeug	22,7	Kardendruckbilder	7,5
Dolz	15,0	Chloralium	7,4
Oleomargarin	12,9		

Der Vergleich zeigt, daß wir von den Vereinigten Staaten fast
 alle Lebensmittel und Rohstoffe für industrielle Zwecke erhalten, der
 einzige bedeutendere Industrie-Artikel, den wir von dort einführen,
 bilden Maschinen (vornehmlich landwirtschaftliche Maschinen), deren
 Wert in 1898 sich auf ungefähr 9 Millionen Mark belief. Dagegen
 führen wir nach den Vereinigten Staaten durchweg Industrie-Er-
 zeugnisse aus, die sie fast sämtlich ebenso vorteilhaft aus Frankreich,
 Belgien, England beziehen können, und deren Belastung mit höheren
 Zöllen die Preise auf dem amerikanischen Inlandmarkt nur
 wenig beeinflussen würde. Welche der amerikanischen Einfuhr-
 artikel sollen getroffen werden? Sollen wir die Amerikaner
 etwa dadurch von ihren zollpolitischen Maximen kurieren, daß wir
 dem deutschen Arbeiter seinen Bedarf an Brot,
 Schmalz, Fleisch, Petroleum usw. verteuern;
 wollen wir den Agrariern Spandienste für die Verwirklichung
 ihrer Zollforderungen, für die Befestigung ihrer wirtschaftlichen und
 politischen Stellung liefern? Von der agrarischen Presse, deren
 Hauptmoniteur, die „Kreuz-Zeitung“, erst am letzten Sonnabend
 wieder zum Kampf gegen „die Gefahr der nordamerikanischen
 Konkurrenz“ aufrief, würde die socialistische Partei sicherlich wegen
 solcher tiefen zollpolitischen Einsicht beglückwünscht werden;
 aber seit wann haben Junker und Arbeiter gleiche Inter-
 essen? Oder wollen wir etwa die unsrer Industrie unentbehrlichen
 Rohstoffe, Rohbaumwolle, Kupfer, amerikanische Hölzer usw. stärker
 belasten und dadurch ihr den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt
 erschweren? Ueberdies würden wir dadurch die amerikanische Pro-
 duktion kaum wesentlich schädigen, denn haben auch die deutsche
 Industrie diese Rohstoffe; sie würde sie doch auf Umwegen zu
 höheren Preisen erhalten.

Doch nicht nur eine schärfere Schädigung der industriellen Ent-
 wicklung, sondern auch des deutschen Schiffsverkehrs würde die Folge
 einer solchen Politik sein. Artikel 22 des Dingley-Gesetzes
 räumt der amerikanischen Regierung das Recht ein, alle in
 nichtamerikanischen Schiffen eingehenden Waren mit einem zehn-
 prozentigen Zuschlagzoll zu belegen. Zur Zeit sind deutsche
 Schiffe von dieser Auflage befreit, es unterliegt jedoch keinem Zweifel,
 daß im Falle des Ausbruchs eines Weltkriegs die betreffende Maß-
 regel sofort in Anwendung gebracht und durch Zusatznoten in ihrer
 Wirkung noch erhöht werden würde. Deutschland aber unterhält
 nächst Großbritannien den regsten Schiffsverkehr mit der Union; die
 Wertsumme der auf deutschen Schiffen ein- und ausgeführten
 Waren übersteigt sogar noch um ein Beträchtliches den durch ameri-
 kanische Schiffe vermittelten Warenverkehr, der erst in dritter Reihe
 folgt. Von diesen auf deutschen Schiffen verladenen Gütern haben
 nur etwa die Hälfte Deutschland selbst zum Bestimmungsort; die andere
 Hälfte wird in außerdeutschen Häfen eingenommen
 oder gelistet. Bei differenzieller Behandlung der deutschen
 Ladungen würden nun natürlich diese fremden Frachten fast ganz
 zurückgezogen werden, — der deutsche Schiffsverkehr wäre einfach
 lahmgelegt.

Günstiger ist die deutsche Handelslage gegenüber Rußland.
 Durch Abwehrmaßnahmen gegen russischen Weizen, Roggen,
 Hafer, Flachs, gegen Holz, Gerste, Eier, Geflügel etc. kann auf Ruß-
 land ein harter Druck ausgeübt werden, ebenso zweifellos ist jedoch
 auch, daß solche Abwehrmaßnahmen eine bedeutende Steigerung der
 notwendigen Nahrungsmittel auf dem deutschen Markt zur Folge
 hätte.

Die schädigende Wirkung des amerikanischen Zollsystems auf den
 deutschen Ausfuhrhandel nach den Vereinigten Staaten ist unbestreitbar,
 ein scharfer Blick auf die deutsche und amerikanische Handelspolitik
 liefert Beweise für den Rückgang; aber durch Repressalien irgend
 welcher Art ist dagegen nichts auszurichten; sie führen nur zu einem
 Zollkrieg, in dem alle Gewinnchancen auf beiden Seiten liegen.
 Im Kampf gegen die amerikanischen Schutzmaßnahmen Bestrebungen
 giebt es nur zwei Mittel: Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der
 deutschen Industrie durch Verbilligung der Rohstoffe und Hebung der
 Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft, andererseits aber weitere
 Ausdehnung des Absatzmarktes für deutsche Industrie-Erzeugnisse in
 andern Gegenden, d. h. mögliche Herabminderung der Zoll-
 schranken, die uns von Industrieerzeugnissen einführenden Ländern
 trennen, im Wege der Vertragsverhandlung.

Das Gefährliche über die drohende Konkurrenz der amerikanischen
 Industrie in der agrarischen und hochschutzbünderischen Presse darf
 uns nicht irreführen. An eine ernsthafte Gefährdung des inneren
 deutschen Marktes ist vorläufig nicht zu denken; noch erhalten wir
 fast ausschließlich Rohprodukte, nicht Fabrikate, aus den Vereinigten
 Staaten. So weit zwischen der deutschen und amerikanischen
 Industrie ein Wettkampf stattfindet, spielt sich der Kampf in Mittel-
 und Südamerika, in Ostasien, in Australien, auf russischem Boden
 ab, und als Hilfsmittel in diesem Kampf ist der Schutz Zoll nutzlos;
 er würde nur die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie
 schwächen, indem er ihre Produktionskosten erhöht.

H. O.

China.

Es werden aus Peking unwichtige Nebenfälle gemeldet, aber noch immer mangelt eine Darstellung des Wahren und Anfänge der Unruhen seitens der Gesandten. Dergleichen wird über die Stellungnahme der Mächte zur weiteren Behandlung der chinesischen Angelegenheit nichts Neues bekannt, wenigstens nichts, das Anspruch auf einwandfreie Glaubwürdigkeit hätte. Die New Yorker Tribune teilt einen angeblichen amerikanischen Plan mit, der dahin geht:

„Dah wieder Schutztruppen für die Gesandtschaften in Peking in Stärke von etwa 1000 Mann gebildet würden, daß ferner außerhalb der Mauern Pekings noch 2500 Mann liegen sollten, um jene 1000 Mann schnell verdrängen zu können, und daß schließlich in Tientsin 20 000 Mann stationiert werden sollten. Rußland sei bereit, diesem Plan zuzustimmen. Das einzige Hindernis gegen eine sofortige Eröffnung von Verhandlungen mit der chinesischen Regierung bilde die Unmöglichkeit, mit den verantwortlichen chinesischen Beamten in Verbindung zu treten.“

Li-Hung-Tschang ist noch nicht aus Shanghai abgereist. Dagegen tritt Prinz Tsching, der stets als Fremdenfeind galt, in den Vordergrund als Friedensunterhändler. Hierüber sagt eine Depesche vom 7. September aus Shanghai:

„Die hier aus Peking eingegangenen Berichte besagen, daß der Sekretär des Prinzen Tsching mit dem spanischen Gesandten als dem Doyen des diplomatischen Corps eine Unterredung gehabt habe; auch hätten am 1. September der Großsenator, der Großsekretär und ein Mitglied des Tzung-li-Ratens eine Unterredung mit dem britischen Gesandten MacDonald gehabt, die dazu geführt habe, daß für den 3. September die Ankunft des Prinzen Tsching erwartet wurde, man betrachte diese Besuche als Vorläufer von Friedensunterhandlungen.“

Ähnliches berichten Telegramme aus Tokio:

Tokio, 7. September. Ein Telegramm aus Peking vom 1. Sept. meldet, daß angeblich Julu (fremdenfeindlich) mit seiner ganzen Familie nach seiner Niederlage in Peitsang Selbstmord begangen haben soll, desgleichen Hsjuan, während Lipingheng während des Gefechts von Tzungshau getötet worden sei. Der Aufenthalt des Prinzen Tuan sei unbekannt. Es sei nunmehr festgestellt, daß der Kaiser in Hsianhira-fu (nordwestlich von Peking) ist. Wie das Telegramm weiter berichtet, wurden am 29. August von den Verbündeten Patrouillen nordwärts nach Tschang-ping und südwärts nach Lu-fou-kiang entsandt, die melden, daß alles ruhig ist. Der Prinz Tsching wurde für den 3. September in Tsching-ho (nördlich von Peking) erwartet und sollte unter japanischer Kavallerie-Eskorte nach Peking kommen.

Tokio, 8. September. Wie heute aus Peking telegraphiert wird, ist eine Abteilung japanischer Kavallerie bis Tsching-ho vorgedrungen und hat den Prinzen Tsching nach der Hauptstadt geleitet. Da die japanischen Truppen den Stadtbezirk einnehmen, in welchem seine Residenz liegt, so wird er von ihnen bewacht. Die Residenz anderer Prinzen wird ähnlich durch die Truppen der Verbündeten bewacht, welche die ihnen zugeteilten Bezirke besetzt halten. In Anbetracht der ersten Lage soll der Kaiser von China dem Prinzen Tsching befohlen haben, sich sofort nach der Hauptstadt zu begeben, um die Schwierigkeiten zu lösen.

In Peking.

In Berlin sind am Montag die folgenden amtlichen Nachrichten eingetroffen:

Der zweite Admiral des Kreuzergeschwaders meldet ab Taku den 5.:

Generalmajor von Höpfner ist am 29. in Peking eingetroffen, 2 Bataillone und die Batterie am 31. 8 Uhr nachmittags. Kapitän Wohl will Rückmarsch von Peking mit Landungscorps etwa am 5. antreten. Das Detachement Soden wird sich anschließen. Graf Soden verbleibt jedoch in Peking.

Zimmermanns-Golds ist am 29. Patrose Born am 30. in Peking an Hautentzündung verstorben. Beide gehören zu S. M. S. „Trene“ und sind im Garten der Gesandtschaft beerdigt.

Der Durchmarsch durch den Kaiserpalast in Peking erfolgte am 28. vorigen Monats morgens 8 Uhr von Süden nach Norden mit fliegendem Fahnen und klingendem Spiel, nirgends wurde auf Widerstand gestoßen. Die Tags zuvor unterrichteten Palastbeamten öffneten selbst die Thore und begleiteten den Zug. Beim Ausgang aus dem Nordthor desiliierten die Truppen, durch lebhaftes Zurufe begrüßt, vor dem Generalen und dem diplomatischen Corps.

Rom, 9. September. Dem „Messaggero“ zufolge telegraphierte der italienische Gesandte in Peking, es werde in Peking aus den Kommandanten der vereinigten Truppen eine besondere Kommission zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gebildet werden. Ferner melde das Telegramm, daß die Boxer und die Anführer der Revoluzion durch Kriegsgerichte abgeurteilt werden.

Peking, 31. August. Die britische, amerikanische, russische und japanische Truppenkommandeure lassen eine Proklamation ausgeben, in welcher sie die Frage der Jurisdiktion in den ihnen unterstellten Distrikten regeln. Sie erklären, sie würden die Ordnung aufrecht erhalten, versprechen den Einwohnern Schutz und fordern sie auf, ihre Geschäfte wieder aufzunehmen. Man erwartet, daß die Proklamation das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellen werde. Die Straßen sind indessen noch immer verlassen. Da keine Produkte vom Lande eintreffen, herrscht Mangel an Nahrungsmitteln.

Im Süden.

Köln, 10. September. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin vom gestrigen Tage: Der japanische Vertreter in Shanghai teilte seinen Kollegen mit, auch Japan beteilige sich an der Befreiung Shanghais mit Landtruppen. Bis diese eintreffen, werde eine Abteilung japanischer Matrosen in Stärke von 600 Mann gelandet.

London, 10. September. Die „Times“ berichten aus Shanghai vom 7. d. Mts. zu der Angelegenheit des in Hankau entdeckten Komplotts, daß das Vorgehen des Kaiserthums von Wu-tschang die zu früh ausgebrochene Erhebung der unzufriedenen Bevölkerung der Yang-tse-Provinzen in wirksamer Weise erdrückt habe.

Das Edikt des Kaisers von China.

Das bemerkenswerte Edikt des chinesischen Kaisers vom 17. Juli, das in Kürze schon früher mitgeteilt worden ist, wird jetzt vollständig bekannt. Es lautet:

„Die gegenwärtigen Feindseligkeiten zwischen China und dem Auslande haben ihren Ursprung in den Streitigkeiten zwischen der einheimischen und der christlichen Bevölkerung. Im weiteren Verlauf hat alsdann die Ueberpierung der Taku-Forts zu Kämpfen geführt. Unser Hof unterhält mit den fremden Staaten sehr freundschaftliche Beziehungen, die nicht leichtlich abgebrochen werden dürfen. Zu wiederholten Malen haben wir Edikte zum Schutz der Gesandtschaften erlassen und in allen Provinzen den Schutz der Missionare angeordnet. Die kriegerischen Ereignisse sind jetzt noch nicht beendet. In China lebt eine große Anzahl von Unterthanen fremder Staaten; allen diesen muß gleicher Schutz gewährt werden. Die betreffenden Zaren, Generale, Generalgouverneure und Gouverneure erhalten hiermit den Befehl, die Kaufleute und Missionare aller fremden Staaten in den dem internationalen Handel geöffneten Plätzen, sowie in den verschiedenen Präfekturen, Departementen und Bezirken zu ermitteln und dieselben vertragsgemäß thätig zu beschäftigen. Auch nicht die geringste Nachlässigkeit ist dabei zu dulden.“

Im vorigen Monat wurde der japanische Kanzler Ghan-shan-pin ermordet. Diese schreckliche That war noch frisch im Gedächtnis, als bald darauf die Ermordung des deutschen Gesandten erfolgte. Der genannte Gesandte residierte in Peking, um die amtlichen Beziehungen beider Reiche zu einander zu pflegen. Daß er so plötzlich einer gewaltsamen Tod fand, ist tief bedauerlich. Es müßten die strengsten Befehle zur Festnahme der Mörder gegeben werden; sie müssen ergriffen und abgeteilt werden.

Was nun den Schaden anlangt, den nach der Eröffnung der Feindseligkeiten in Tientsin infolge von Unruhen und ohne ihre Schuld die fremden Unterthanen und Missionare an ihrem Leibe, sowie durch Verwundung und Verlust ihres Eigentums erlitten haben, so sollen hinsichtlich dieses Schadens, mit Ausschluß des unmittelbar durch jene Feindseligkeiten angerichteten, der Präfekt von Peking und der Generalgouverneur von Tschili genaue Ermittlungen anstellen lassen, damit nach Eingang des Gesomtergebnisses entsprechend verfahren werden kann.

In der letzten Zeit plündern Räuber und Rebellen an allen Orten nach Herzenslust und säen Unfrieden unter der gutgeordneten Bevölkerung, ein im höchsten Grade unerträglicher Zustand der Dinge. Die betreffenden Generalgouverneure, Gouverneure, Truppenbefehlshaber usw. erhalten deswegen hiermit den Befehl, sich über alles, was geschehen, genau zu unterrichten und mit vereinten Kräften das Unheil zu bekämpfen, so daß die Quelle der Unruhen verschlossen wird. Dieses Edikt soll allgemeine Veröffentlichung finden.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. September.

Die chinesischen Verfassungswirren.

Die offiziös gespeisten „Berliner Politischen Nachrichten“ verurteilen heute:

„Die in der Presse aufgetretene Behauptung, daß der Termin für die Einberufung des Reichstags auf den 15. oder 16. Oktober festgesetzt sei, dürfte den Thatsachen nicht entsprechen. Ein Beschluß ist vielmehr in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt. Man wird aber in der Annahme nicht fehlgehen, daß aus überwiegenden praktischen Erwägungen die Einberufung des Reichstags nicht erheblich früher erfolgen wird, als sie auch, abgesehen von den chinesischen Wirren, ohnehin in Aussicht zu nehmen sein würde.“

Es ist nun soweit gekommen, daß der Pressedienst der Regierung fallblütig erklärt, die chinesischen Wirren gehen die Volksvertretung nichts an. Der Reichstag wird zusammenberufen wie sonst. Es ist gar nichts Besonderes geschehen. Kriegsführung, fortwährende Truppenentsendung, Ausgabe sehr erheblicher Summen, Anknüpfung des Kreuzzugs gegen das widerstrebende China, Weltpolitik größter Stils — alles Kleinigkeiten. Das macht die Regierung. Der Reichstag braucht sich darum nicht zu beunruhigen. Kommt der November ins Land, wo alljährlich die Volksvertretung gebraucht wird, da soll sie auch diesmal zusammentreten — o, die Regierung ist sich ihrer verfassungsmäßigen Pflichten wohl bewußt! — und darf zur Hundertmillionen-Verschwendung ihr Ja und Amen sprechen.

Die chinesischen Wirren bedeuten allgemach musterhafte Ordnung gegenüber der Wirnis, die sie in der deutschen Reichsverfassung angerichtet haben. —

Kriegerische Peter.

Das modische Militärchristentum, das streng und schärf in einer Hand zu tragen weiß, ward kaum je so eifrig verkündigt als in diesen Tagen des chinesischen Kreuzzugs. Wehlich dem Berliner Militärgesellschaft, der jüngst bei der Fahnenweihe den „heiligen Krieg“ in China gefeiert hat, sagte jetzt auch der Militär-Oberpfarrer Casar vom 2. Armeecorps bei einem Feldgottesdienst der Wandvertruppen in Stettin — unter Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin — sein Christentum auf. Der Oberpfarrer Casar sagte in seiner Predigt:

„Ja, wenn selbst Dein Leben in Gefahr stünde, dann blide betend auf zum Himmel mit der Zuversicht: „In Gottes Hand steht unser Leben“, dann denke der Christen, welche Gott in der Hauptstadt Chinas so wunderbar geschügt und errettet (Hr. v. Ketteler ward dieser Rettung nicht teilhaftig. D. Red.), dann rühme den hohen Namen des, der so große Wunder thut — und Du wirst mit dem gekrönten Sänger des alten Bundes sprechen können: „Ich fürchte kein Unglück, denn Gott ist bei mir.“ Denn Du Dich auch als guter Kamerad all derer beweisen willst, welche für uns jetzt Gefechten und Gefahren entgegengehen, oder schon den heidnischen Feinden gegenüber stehen, dann schließe sie ein in das tägliche Gebet: „Gott sei mit euch und streite für euch!“ Denn mit Hilfe dieses allmächtigen Bundesgenossen werden sie wie die kleine Gelbenhar in Peking auch mannhaft auf schwierigem Posten ausharren und gleich den Tapfern von Taku und Tientsin allen Widerstand der Feinde brechen, um dem christlichen Glauben wie echt christlicher Kultur, will's Gott, für alle Zeiten freie Bahn zu machen, so daß auch die Hunderte von Millionen Heiden es bekennt müssen: Der Herr Jehovah war mit den Christenstreitern, der dreieinige Gott war ihr Schutz. Gebt diesem Gott die Ehre!“

Fürwahr, eine eigenartige Religion der Nächstenliebe, der mit blutigem Kriegsschwert freie Bahn gemacht werden soll! —

Zur Kohlennot.

Die halbe Maßregel des preussischen Staatsministeriums zur Beseitigung der Kohlennot findet, soweit sich um die Urteile der Presse überblicken lassen, fast nirgend ein Lob. Die Börse, die bereits, vermittels in der thörichtesten Besorgnis, Miquel löste von einem Rückfall in sein Kommunismen betroffen werden, die Flügel hatte sinken lassen, hat nach Bekanntwerden der Beschlüsse sofort wieder eine bessere Tendenz gezeigt und dadurch dankbar zu erkennen gegeben, daß Herr Miquel auch in der Kohlenfrage es wieder vorzüglich verstanden hat, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Die Einführung des Kohlensteuergesetzes für ausländische Kohle wird an der Kohlennot so gut wie gar nichts ändern, denn auch das Ausland hat im Augenblick beträchtliche Kohlenmengen nicht abzugeben. Bis amerikanische Kohle in größerer Menge auf dem deutschen Markt eingetroffen ist, kann viel Zeit vergehen und gegen die Auswanderung des kleinen Konjunktur in diesem Winter ist nicht der geringste Schutz geschaffen.

Der große Fehler liegt darin, daß die Regierung sich wieder einmal erst in zwölfter Stunde und nach einem allgemeinen Entrüstungsurium zu einem Schritte veranlaßt gesehen hat. Früh genug ist sie auf die sich entwickelnde schlimme Lage aufmerksam gemacht worden, ohne daß sie beizeiten durch energische Maßnahmen diesem räuberischen Kohlenwucher Einhalt getan hätte. Mühsig hat sie die Dinge bis zum Schlimmsten heranzureifen lassen, um nun zu erklären, daß sich so gut wie gar nichts thun lasse.

Wenn bei unsren Regierenden das Wohl der Gesamtheit oberstes Gesetz wäre, hätte schon im vorigen Jahre ein Kohlenausfuhr-Verbot erlassen werden müssen. Statt dessen hat man ruhig zugeesehen, daß bei der vorjährigen belgischen Bergarbeiter-Bewegung aus dem Ruhrbezirk Kohle massenhaft über die Grenze geschafft worden ist.

Die offiziöse Presse erklärt uns eifertig, daß die Regierung jetzt noch vom Ausfuhrverbot abgesehen habe, weil Handelsbeziehungen mit dem Ausland leicht abgebrochen, in Zeiten, wo die Industrie sie nötig habe, jedoch nicht so leicht wieder angeknüpft seien. Dabei geniert sich aber dieselbe Regierung keineswegs, um den geliebten Agrariern höhere Profite am Brot-Hunger-Jahre zu sichern, bei der Neuverteilung des Zolltarifs eine Verschlechterung unserer bisherigen Handelsbeziehungen mit dem Auslande zu riskieren!

Die Thatsache, daß das Staatsministerium den Kohlenstoff-Zarif mindestens für zwei Jahre für ausländische Kohle einführt, läßt mit einem Mal die ganze Größe der Kohlennot klar erkennen. Seyt das zaghafte Miquel-Ministerium einen solchen Zeitraum fest, so ist also auf die Dauer dieser Zeit ein Aufhören der Kohlennot nicht zu erwarten und werden für diesen Zeitraum mindestens die heutigen Preise bezahlt werden müssen.

Zufrieden sind mit dem Weisheitspruch des Staatsministeriums neben Herrn Schweinburg nur die Blätter der Kohlenbarone selbst. Sie wissen, daß ihnen die Maßnahme nichts schaden wird.

Die Arbeiter aber, die unter dem Kohlenwucher am meisten zu leiden haben, sehen wieder einmal wie die bei uns herrschende Politik des Zögerns und Verschleppens, der Rücksichtnahme auf das Unternehmerinteresse jede wirkliche Hilfe bei öffentlichen Notständen ausschließt. Und es ist gut, daß die Regierung selbst diese Erkenntnis den Massen einprägt. —

Diplomatische Aufrichtigkeit. Wir teilten die endgültige Ratifizierung der Protokolle der Haager Friedenskonferenz mit. Damit hat die deutsche Regierung auch die „Wünsche“, die den eigentlichen Konventionen angefügt waren, unterzeichnet. Unter diesen Wünschen findet sich aber an erster Stelle:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der militärischen Lasten, die gegenwärtig die Welt bedrücken, in hervorragender Weise für die Förderung des materiellen und moralischen Wohlbefindens der Menschheit wünschenswert sei.“

Das unterzeichnete dieselbe Regierung, deren eifrigstes Sinnen und Trachten auf Vermehrung der bedrückenden Militärlasten geht, die Jahr um Jahr Militärvorlagen und Marineprogramme beschert, die in kriegerischer Weltpolitik allen andern Staaten stürmisch voraneilt! —

Chinesische Erfolge. Aus Erfurt wird der „Rhein-Weiß. Zeitung“ berichtet: Der unglückliche Einfluß der Kämpfe in China auf die deutsche Industrie macht sich ganz besonders in Mitteldeutschland und Thüringen bemerkbar. Bei der sächsisch-thüringischen Eisen-, Maschinen- und Mühlenbau-Industrie, den Holzbearbeitungsfabriken, den Spezialfabriken von Wagen, Filtereinrichtungen usw. stößt der Absatz nicht nur nach dem eigentlichen China, sondern vor allem nach Südafrika und ganz besonders nach Indien. Letzteres richtete seit mehreren Jahren fortgesetzt Reismühlen ein und bezog die maschinellen Einrichtungen vielfach aus Thüringen. Seit dem Ausbruch der Unruhen in China ist aber der Bau dieser Reismühlen gänzlich eingestellt worden. Wie in Indien und Südafrika der Bau von Reismühlen, so stößt in Japan der Bau von Zuckerrüben, die ihre maschinellen Einrichtungen zu einem großen Teil aus der Halle-Neiher Maschinenfabrik und andern Werken in Mitteldeutschland erhielten. —

Zur Reichstags-Erwahl in Brandenburg-Weßhaveln haben die Freisinnigen den Stadtrat Otto Wode in Brandenburg als Kandidaten aufgestellt. —

Die Spaltung der antisemitischen sogenannten „Partei“ ist nun auf der Zusammenkunft in Magdeburg vollzogen worden. Der mehr demagogische Zimmermann und der mehr konservative Liebermann werden ihre Getreuen nun wieder in getrennten Heerläufen in die Entjungferungsschlacht führen. Der Groll gegen den Diktator Liebermann war auch im Laufe der Jahre zu stark gewachsen und besonders klagte man ihn an, daß er im Reichstag fortwährend antisemitische Reden verhandelt habe. Bei solchem Verhalten Liebermann, so meint ein Redner, müsse man alle Lust verlieren, die Initiative zu ergreifen. Die Rücksicht nach der rechten Seite sei mit schuld an dem Rückgang der Partei, sie verhindere jede wahrhafte „völkische“ Bewegung.

Ein Antrag des Grafen Reventlow, dem Fraktionsvorstand (Liebermann-Naah) und der Fraktion ein Vertrauensvotum anzustellen, wird vom Abg. Bindewald bekämpft als ungerechtfertigt. Diese wirft Liebermann vor, daß er die Interessen der Partei nicht vertreten habe. Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg antwortet, hinter ihm ständen Rheinland, Westfalen, Ruffen, Thüringen, Braunschweig und die Nordmark. Nachdem schon vorher die Versammlung auf eine Stunde hatte vertagt werden müssen, wurde die Sitzung immer erregter, bis schließlich die Vertrauensfrage im Antrag Reventlow mit 85 gegen 75 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen verworfen wurde. Bei Bekanntgabe des Resultats verließ v. Liebermann eine Resolution, in der es heißt: Die Spaltung ist vollzogen.

Dem Reichsboten“ zufolge erklärte Liebermann von Sonnenberg im Namen seiner politischen Freunde den Austritt aus der Partei-Organisation und forderte seine Bestimmungsgenossen auf, sich um ihn zu versammeln zur Gründung einer neuen Organisation. Mit ihm verließ etwa die Hälfte der Versammelten den Sitzungssaal. Der Vorsitzende Abg. Zimmermann forderte zum Festhalten an der Partei „in der alten ehrlichen“ Weise auf; es sei besser „klein, aber rein“.

Gotha, 10. September. (Privatdepesche.) Bei den Landtagswahlen in Gotha siegten die Sozialisten noch in einem Stadt- und in einem Landkreis.

Aus Sachsen. Seit Jahren führen die Arbeiter in mehreren Industriebezirken einen hartnäckigen aber bisher noch erfolglosen Kampf um Gewerbegeheimnisse. In den industriereichen Bezirken der Amtshauptmannschaft Meißen, Dresden-Alstadt und Pirna setzten bisher die Behörden den Ansuchen und Forderungen der Arbeiter einen ebenso bequemen wie entschiedenen Widerstand entgegen und auch Arbeiter anderer Bezirke waren nicht glücklicher. Die Arbeiter Pirnas kämpften seit 9 Jahren vergeblich, und schon dreimal hat das Ministerium um Ansuchen es abgelehnt, gegen den gewerbegeheimnisfeindlichen Pirnaer Stadtrat einzuschreiten. Jetzt haben die Pirnaer Arbeiter einen vierten Anlauf unternommen. Das Ministerium holte vor der diesmaligen Entscheidung das Gutachten des zuständigen Kreis-Ausschusses ein und dieser hat am Freitag darüber beraten. In der Debatte ergingen sich die Herren im Kreis-Ausschuß — meist höhere Beamte — in Verdächtigungen der Arbeiterbeisitzer, bezweifelten ihre Unparteilichkeit bei der Sachprüfung, so daß selbst der Referent, Ober-Regierungsrat Dr. Krüger, sich veranlaßt sah, zu konstatieren, daß er in seiner vierjährigen Praxis als Gewerbegeheimnis-Vorsitzender in einem sozialdemokratischen Bezirk mit strengster Objektivität und Unparteilichkeit bei sozialdemokratischen Arbeiterbeisitzern bei Urteilen über ihre eigenen Klassengenossen beobachtet habe. Das Gutachten lautete trotzdem ablehnend. Herr von Meylich

Hat wieder eine bequeme Handhabe erhalten, die Forderung der Pirater Arbeiter zurückzuweisen. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Unternehmerr alle Ursache haben, mit unsren Behörden zufrieden zu sein.

Von der polnischen Bourgeoisie.

Aus Posen wird uns unterm 9. d. M. geschrieben: Die Versammlung, in welcher kürzlich die polnischen Sozialisten in Posen gegen den Studischen Schulerlaß protestierten, hatte in allen polnischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Das brachte aber die polnische bürgerliche Presse in große Verlegenheit. Sie erklärte, ihr seien die Polakisten lieber als die polnischen Sozialisten! Vorsichtiger verhielt sich die polnische „Volkspresse“, die in diesem Augenblick des energischen Vorgehens der Sozialisten nicht den Mut hatte, sich gegen sie zu erklären. Sie half sich mit Verlegenheitsphrasen aus. Alles in allem — die polnischen Reaktionen aller Schattierungen fürchteten allen Ernstes, ihre Führertolle im Volk verlieren zu können. In dieser Furcht beriefen sie eine Volksversammlung zum Sonnabend, den 8. d. Mts. ein. Auf der Tagesordnung stand der Studische Schulerlaß. Das Komitee, welches die Versammlung einberufen hatte, bestand aus Mitgliedern der Hof- und der „Volkspartei“. Die Versammlung selbst war von etwa 2000 Personen besucht. Sofort nach der Eröffnung meldete sich Genosse Haase-Verlin zum Wort, um das Bureau wegen Freiheit der Diskussion zu interpellieren. „Es gibt kein Wort! Nur die Resolutionen werden angenommen“ — lautete die schneidige Antwort des Führers der hiesigen „Volkspartei“ Andrzejewski. Trotzdem Genosse Haase noch etliche Male „im Namen der Posenischen Arbeiter“ das Wort zu erlangen suchte, hatte er keinen Erfolg. Die Versammlung kennzeichnete sich durch dies Vorgehen zu einer reaktionär-alexikalen Aumbildung. Es ist ja auch ganz erklärlich, daß man uns nicht zu Worte kommen ließ. Wir hatten den Herren von der Hofpartei vorgehalten, wie viel Volksverrat auf ihrem Kerbholz ist, wir hatten ihnen nachgewiesen, wie ihre Mitglieder, die jetzt „national“ thun, sich an Entschädigungen von Denkmälern für den 1870er Krieg beteiligen haben, wir hatten besonders dem führenden Organ der „Volkspartei“ attennmäßig nachgewiesen, wie viel polnische Arbeiter es während des Sozialistengesetzes in elendester Weise denunziert hat, wie viel Genossen durch diese Spitzerei den russischen Schergen angeliefert wurden, wie viel von ihnen jetzt noch in Sibirien schmachten. Die Redner des Tages waren die Abgg. Nizerki, Gledoki und der Herren Wolinski, Kusaj, Riegolewski. Sie waren sich alle darüber einig, daß die Verordnung nur der sozialistischen Partei zu gute kommen wird. Es wurde beschlossen, einen Verein der etlichen Selbsthilfe in Posen, der die Unterrichtsverteilung an die Kinder zu Hause untersuchen und beaufsichtigen soll, zu gründen. Der von der Versammlung beschlossene „Protest“ lautet:

1. Die Verordnung des Herrn Ministers widerspricht dem göttlichen Recht. Von Gott haben wir das Recht der Sprache und des Wetens in der eignen, uns von ihm gegebenen Muttersprache erhalten.
 2. Die Verordnung widerspricht den Worten Seiner Majestät Friedrich Wilhelms III., der uns Polen, als er uns in seinen Schutze (1) nahm, feierlich die volle Freiheit der Muttersprache garantiert hat.
 3. Die Verordnung schädigt uns in unsren Kindern.
 4. Die Verordnung nimmt den Kindern die Möglichkeit der religiösen Erziehung, denn der Unterricht der Religionslehrer in einer unverständlichen — fremden — Sprache kann ihnen keine religiösen Grundlagen geben — und wirft sie in die Arme des Umsturzes (2).
 5. Die Verordnung beleidigt die Heiligkeit des römisch-katholischen Glaubens, der ein Werk Gottes ist und nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden darf.
- Mit einem halben Duzend von Dankes- und Phrasenreden schloß die Versammlung.
- Unsre Genossen werden sich die Brutalitäten der vereinigten Hof- und Volkspartei, die ihnen das Wort abschneidet, gut merken. Die Agitation unsrer Genossen erlaubt aber keinen Augenblick. Am Sonntag, den 9. d. M., fanden in Posen und Gnesen öffentliche Mauerveranstaltungen statt, während in Colmar Gen. Haase in einer Volksversammlung über: „Die Weltmachtpolitik und die Arbeiterinteressen“ referierte. Die Parole „Vorwärts“ gilt seit einiger Zeit auch für Posen!

Die Jahresberichte der preussischen Gewerbeverträge für 1899

sind nunmehr erschienen. Nach denselben waren während des Berichtsjahres in Fabriken des Königreichs Preußen 376 408 Arbeiterinnen über 16 Jahre (+ 22 779 gegen 1898) beschäftigt, wovon 148 331 (+ 8554) auf die Jahre zwischen 16 bis 21 und 228 077 (+ 14 225) auf die Jahre über 21 entfielen. Die größte Anzahl von den Arbeiterinnen, nämlich 147 758, wurde in der Textilindustrie beschäftigt, die geringste, 4550, im Bergbau, Gütten und Salinenwesen. An jugendlichen Arbeitern zwischen 14—16 Jahren wurden 150 041 (+ 13 020) beschäftigt und zwar 109 210 (+ 10 275) männliche und 40 831 (+ 3 645) weibliche. Auch hier fand die Textilindustrie mit 90 028, wovon 18 133 weiblichen Geschlechts waren, an der Spitze, es folgten mit 25 051 die Metallverarbeitung, mit 20 144 die Maschinenindustrie, mit 17 546 die Industrie der Steine und Erden und mit 14 808 die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Am wenigsten jugendlichen Arbeiter beschäftigten die Industrie forstwirtschaftlicher Nebenprodukte (853), die chemische Industrie (2970) und die polygraphische Gewerbe (6819). An Kindern unter 14 Jahren waren im vorigen Jahre in Fabriken 1546 (+ 125) beschäftigt, wovon 1021 auf das männliche und 525 auf das weibliche Geschlecht entfielen. Von den 1546 Kindern kommen 511 auf die Textilindustrie, 263 auf die Industrie der Steine und Erden, 198 auf die Metallverarbeitung, 186 auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Zu den preussischen Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsbetrieben wurden im Jahre 1899 6582 Arbeiterinnen über 16 Jahre (+ 393) beschäftigt, wovon 3652 (+ 168) 16 bis 21 Jahre alt waren, 4090 (+ 233) über 21 Jahre. Diese Arbeiterinnen machten 1,84 Proz. der gesamten Belegschaft aus oder 0,01 Proz. weniger als im Vorjahre. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter belief sich auf 15 092 (+ 1858), wovon 14 351 (+ 1708) männlich und 741 (+ 150) weiblich waren. An Kindern waren 107 (+ 58) und zwar sämtlich männlichen Geschlechts beschäftigt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlen.

Wien, 10. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Reichswahlen für den Reichsrath beginnen am 4. Dezember und enden am 15. Januar.

Ist die Meldung der „N. Fr. Pr.“ richtig, so bedeutet diese Anberaumung der Wahltermine eine Auseinanderzettelung der Wahl, die noch ärger ist als bei der vorigen Wahl. Die Absicht dieser Zerstückelung des Wahlloths geht natürlich nur dahin, daß die einheitliche Macht des nach Ausdruck drängenden Volkswillens geschwächt wird.

Das aufgelöste Haus bezeichnet fünf Sessionen — eine Neuerung, die durch die Obstruktion hervorgerufen worden ist, denn in früheren, normalen Zeiten ist das Haus während der ganzen Legislaturperiode nie geschlossen, immer nur vertagt worden. In den zweieinhalb Jahren hat es 169 Sessungen gehalten, von denen wohl der größte Teil mit Standalitionen erfüllt war. Sechs Ministerien haben sich abgemüht, den Stein über den Berg zu rollen, keinem ist es gelungen. Es war wohl das lärmendste, unschönste und ekelhafteste Parlament, das je da war, ein

Parlament — des Niedergangs und Verfalls. Es ist umgekommen durch Selbstmord, und seine Beseitigung ist schließlich ein Gebot der öffentlichen Reinlichkeit geworden.

Eine deutsch-österreichische Holzerei hat wieder einmal im Lande Oesterreich stattgefunden, und zwar in Olmütz gelegentlich eines österr. Turnersfestes. Bei der Milderkeit des nordmährischen Solowenbunds von einem Aufzuge nach Politz kam es am Sonntag zu Reibereien zwischen Deutschen und Österrern. Beim Passieren des Festzuges durch die Straßen riefen die Österr. „Na Jähr“, worauf die Deutschen mit „Heil“-Rufen erwiderten. 24 Personen wurden, zum Teil wegen Handanlegens an die Waffen und Steinwerfens, zum Teil wegen Auflaufs verhaftet. Auf einen Schußmann wurde ein Schuß abgegeben, der den Helm durchbohrte. Der Thäter wurde nicht ermittelt. Mehrere Personen wurden leicht, einer durch einen Säbelhieb schwer verletzt. Das Militär stellte die Ordnung wieder her.

Frankreich.

Aus der Partei.

Paris, 9. September. Zur Ausweisung des italienischen sozialistischen Abgeordneten Morgari aus Frankreich hat das Generalkomitee der sozialistischen Partei in seiner letzten Sitzung folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Das Generalkomitee überliefert der Beratung der Arbeiter die Regierung, die soeben den wackeren italienischen sozialistischen Deputierten Morgari ausgewiesen — dessen Schuld darin besteht, während des jüngsten Streiks nach Marseille gekommen zu sein, um Brüderlichkeit zwischen französischen und italienischen Arbeitern zu predigen, welche der Kapitalismus gegen einander aufzubringen sucht — und die diese ungerechte Maßregel auch auf den hingehenden Propagandisten Orsatti ausgedehnt hat.“

Das Generalkomitee brandmarkt ferner dieselbe Regierung, die ein Werkzeug und Agent der unternehmerischen Klasse und Ausbeutung, soeben willkürlich den Genossen Paul Viotry hat verhaften lassen (wegen angeblicher Beamtenebeidigung) in einer Streikversammlung zu Gironnny. Viotry wurde inzwischen vom Justizpolizeigericht in Besort zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Das Generalkomitee fordert die französischen Arbeiter auf, derartige Maßregeln gebührend zurückzuweisen, die Herausforderungen darstellend, gerichtet gegen das organisierte Proletariat, welches seinen Klassenpflichten bewußt und entschlossen ist, durch die soziale Revolution seine vollständige Befreiung anzustreben und zu erlangen.“

Im Hinblick auf den gegenwärtigen Parteistreit ist besonders hervorzuheben, daß auch diese, wie einige früheren gegen das Ministerium gerichteten Resolutionen vom Generalkomitee einstimmig votiert wurde. Ebenso wird die Maßregel des Unterrichtsministers Vergues, der in Abwesenheit Waldeck-Rousseaus das Ministerium des Innern interimistisch verwaltet, in der gesamten sozialistischen Presse getadelt. Das ist ja selbstverständlich, aber man muß es erwähnen, um die im Parteistreit geläufige Wendung von „ministeriellen“ Sozialisten auf ihren wirklichen Inhalt zu reduzieren.

Morgari's Anwesenheit wird in der Herbstsession in der Kammer zur Sprache kommen, und zwar in Verbindung mit der bereits angekündigten Interpellation des westfälischen Abg. Thierzy über die „Verletzung der Arbeitsfreiheit“ in den Pariser Streiks. Den kapitalistischen Parteien erscheint nämlich die Haltung der Regierung in den letzten Streiks allzu arbeiterfreundlich.

Seit dem 4. September erscheint in Paris ein sozialistisches Abendblatt „Le Petit Son“ (Der kleine Traum, ein Mängeltitel im Werte von 5 Cts. = 4 Pf.). Trotz des seltsamen Namens vertritt die neue Zeitung in nüchtern Weise eine sühnbare Lücke auszufüllen und namentlich den Einfluß der verdammtend hyperchaotischen Abendzeitungen einzudämmen, die in Ermangelung eines sozialistischen Abendblattes auch von Arbeitern gelesen wurden. Direktor und Eigentümer des neuen Blattes ist Alfred Edwards, ein reicher Mann, der sich unlängst zum Sozialismus bekannt hat. Früher war er Begründer des bürgerlichen Blattes „Matin“ und vor einiger Zeit übernahm er das späte Abendblatt „Soir“, das bis dahin in nationalistischen Händen gewesen war. Im „Petit Son“ schreiben als Leitartikel mit Ausnahme von Jaures die hervorragenden Sozialisten aller Richtungen: Guesde, Lafargue, Allemane, Broussé, Vaillant, Ferrère, Viviani u. a., jeder unter seiner eigenen Verantwortung. Die Direktion denkt auf diese Weise ihr Blatt zu einem „Organ der sozialistischen Union“ zu gestalten. Die allgemeine Leitung des Blattes steht den Guesdisten am nächsten und dessen Haltung ist, soweit sich bisher beurteilen läßt, systematisch und sehr antiministeriell.

Im augenblicklichen Zustand der sozialistischen Gemüter scheinen freilich die divergierenden Meinungsäußerungen der verschiedenen Mitarbeiter des „Petit Son“ leider eine nur sehr mäßige propagandistische Werbekraft auf das Volkswesen ausüben zu sollen.

Spanien.

Rückkehr zur Verfassung.

 Madrid, 9. September. In dem nächsten Ministerrate werden die konstitutionellen Garantien in Madrid, Valencia und Barcelona wiederhergestellt werden.

Norwegen.

Christiania, 9. September. Die Wahlmänner-Wahlen zum Storting

 haben nach den bisher vorliegenden Meldungen die Wahl von 69 Mitgliedern der Linken, 33 Mitgliedern der Rechten und einem Gemäßigten ergeben. Die Linke hat 13 Siege gewonnen und 15 Siege verloren, die Rechte somit bisher 2 Siege mehr erlangt als im Jahre 1898. Für 12 Siege stehen die Wahlen noch aus.

Afrika.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz

siegen wieder Meldungen über Erfolge der Boeren vor. Aus Richardsburg wird vom 6. September gemeldet: Die britischen Truppen haben Vethlehem, Fouriesburg, Senelal und Lathbrand geräumt und die Boeren haben diese Plätze wieder besetzt.

Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Velfast vom 9. September besagt: Von Vuller ist heute keine Meldung eingegangen, aber sein Offizier der Nachrichten-Abteilung telegraphiert, die Stellung der Boeren zwischen Lydenburg und Epitlopy sei gestern von den Truppen Lytletons und Hamiltons angegriffen worden und der Feind habe sich nach Epitlopy zurückgezogen. In einer späteren Meldung wird mitgeteilt, daß Vuller den Raubberg heute morgen überschritten hat. Sein Geschützfeuer wurde von dem bei Lydenburg kommandierenden Offizier gehört.

Ferner ist zu melden, daß die englische Regierung jetzt daran geht, die Verwaltungsgeschäfte des „unentwickelten“ Landes in die Hand zu nehmen. Das Kapstadter Amtsblatt macht in einer Sonderausgabe bekannt, daß die Reichsregierung die von der bisherigen Transvaal-Regierung erlangten Konzessionen daraufhin prüfen werde, ob sie zu Recht bestehen. Die Regierung behalte sich das Recht vor, für ungültig zu erklären oder abzuändern alle Konzessionen, die gegenwärtig oder im Widerspruch mit den Verträgen erworben seien, und ferner alle Konzessionen und Bedingungen, die gegen ein öffentliches Interesse zu verstoßen schienen oder nicht erfüllt worden seien.

London, 10. September: Feldmarschall Roberts meldet aus Velfast vom 9. d. M.: General French verließ Carolina heut früh. Er stieß auf seinem Marsch auf erheblichen Widerstand, trieb aber den Feind nach und nach aus drei Stellungen, von welchen die eine mit großer Tapferkeit erklärt wurde. Unsre Verluste sollen unbedeutend sein, der Feind ließ einige Tote auf dem Gefechtsfeld. General French setzt seinen Marsch auf Baberton morgen fort. General Hamilton berichtet, Vuller habe gestern früh eine feindliche Stellung auf einer steilen, 1500 Fuß hohen Hügelkette, an deren entferntester Stelle der Epitlopy liegt, angegriffen. Der Weg für eine Umgehung war sehr schwierig. Die Infanterie nahm daher, von Artilleriefeuer gedeckt, die Stellung im Sturm. Der Feind zog sich

auf einem schmalen Wege zurück, wobei er viel Leute verlor. Seine Verluste würden noch erheblicher sein, hätte nicht dieser Rebel geherrscht. Unsre Verluste sind 18 Tote und 25 Verwundete.

Sechster Parteitag der italienischen Socialdemokratie.

Rom, 9. September.

Es hat nicht wenig Mühe gekostet, den Zusammentritt dieses Parteitags zu ermöglichen. Zuerst die Schwierigkeiten der Regierung, dann die Bedenken der verschiedenen Genossen, die einen Parteitags jetzt für verfrüht hielten oder die Wahl der Stadt Rom mißbilligten oder die Fülle der Tagesordnung tadelten. Das alles aber wurde glücklich überwunden. Die Polizei wird sich begnügen, unsren Versammlungsort streng zu bewachen; die Genossen haben sich alle gefügt, und nicht weniger als 300 werden aus allen Teilen Italiens beim Kongress erscheinen. Es ist dies das erste Mal, daß auch die Genossen Süditaliens in geeignender Weise vertreten sind, und so wird der diesjährige Parteitags, nach einer langen Reihe von Versammlungen, die kräftige Lebensfähigkeit unsrer Partei in ganz Italien beweisen.

Noch mehr als dies aber erwartet man von diesem sechsten Parteitags, daß er eine neue, wirksamere Epoche in unsrer Partei eröffne. Die früheren Kongresse, von dem zu Genoa im Jahre 1893 bis zu dem zu Florenz im Jahre 1898, konnten noch nichts Entscheidendes und Praktisches leisten, weder auf ökonomischem, noch auf politischem Gebiete. Damals handelte es sich noch darum, die socialdemokratische Partei von gewissen „revolutionären“ Elementen zu reinigen, zugleich aber sie vor einer Assimilation mit den bürgerlichen demokratischen Parteien zu schützen. Erst der Parteitags zu Bologna im Jahre 1897 war bezeichnend, neue praktische Aufgaben, wie die agrarische Frage, das Minimalprogramm, die Frage der Taktik usw. zu erörtern.

Der diesjährige Parteitags sieht sich einer großen Menge alter und neuer Aufgaben gegenüber, deren Lösung keinen Aufschub leidet: so zum Beispiel die Frage der Haltung unsrer Partei gegenüber der ungeheuren Auswanderung der italienischen Arbeiter, dann die Frage der politischen und ökonomischen Organisation, die unsrer Thätigkeit in den Kommunal- und Lokalvertretungen, endlich die der Presse, der Taktik und des Minimalprogramms.

Der Kongress findet also eine reiche Tagesordnung vor. Ueber die Beratungen und Beschlüsse werden wir unsren Lesern berichten.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitags.

 In höchst a. M. erklärten sich die Parteigenossen im socialdemokratischen Verein als strikte Anhänger der Beteiligung an den Landtagswahlen. Ferner wünschte man, daß den Parteigenossen in Preußen die Unterstützung der linksstehenden Kandidaten nach Maßgabe des Antrags 56 (Resolution Magdeburg) Abs. 4a und b zu unterbreitenden Forderungen gestattet wird. Zur Partei-Organisation wurden nur unwesentliche Änderungen gewünscht, im allgemeinen erklärte man sich mit dem Entwurf einverstanden.

Kann ein Christ Socialdemokrat sein?

 Ueber dieses Thema sprach in einer von unsren Parteifreunden einberufenen Versammlung in Danzig Herr Konstitutionsrat a. D. Frank. Die Stellung des Vortragenden ließ die Wahl des Themas eigenartig erscheinen, und so hatte sich auch eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft in der Versammlung eingefunden, die mit lebhaftem Interesse dem Vortrag folgte. Die Ausführungen des Vortragenden enthielten ein sehr freimütiges Urteil über die Kirche und es verlohnt sich wohl, einiges hier wiederzugeben. Der Vortragende bejahte die als Thema gestellte Frage und bemerkte einleitend:

Es ist wohl ein ungewohntes und seltsames Ding, daß ein Geistlicher, der 40 Jahre im Amte der Landeskirche gestanden hat und über 10 Jahre Mitglied des Kirchenregiments gewesen ist, in einer Versammlung der Socialdemokraten einen Vortrag hält. Es ist noch auffälliger, daß eine große Schar von Socialdemokraten sich einfunden, um zu hören, was ein solcher ihnen zu sagen hat. Meistens gehen die zwei, die Socialdemokraten und die Männer der Kirche, einander aus dem Wege, oder wo sie sich treffen, giebt es harte Worte und scharfe Ausfälle. Ich bin der Meinung, daß dieses Verhältnis nicht das richtige ist und nicht der Sachlage entspricht. Und eben diese Ueberzeugung hat mich bewogen, der freundlichen Aufforderung Ihrerseits nachzukommen und über Socialdemokratie und Christentum zu Ihnen zu reden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß nur ein Mißverständnis die Socialdemokratie und die Christen gegenwärtig noch von einander trennt. Um aber einander zu verstehen, dazu gehört vor allem guter Wille. Diesen guten Willen, Sie zu verstehen, bringe ich Ihnen von ganzem Herzen entgegen.

In einer Fülle von Citaten sucht nun Redner den Beweis zu führen, daß die Anschauungen des Stifter der christlichen Religion von einem tiefgehenden socialen Geist durchdrungen sind. Zum Schluß resumiert sich Redner dahin:

Legen wir nun diesen Maßstab an die Forderungen und Bestrebungen der Socialdemokratie! Da bleiben noch manche Lücken und Differenzen. Aber, daß die Wirtschaftsordnung, welche die Socialdemokraten erstreben, jenen christlichen Grundsätzen mehr entsprechen würde, als die gegenwärtige kapitalistische, das könne nach der Ansicht des Redners sehr Unbefangener in Abrede stellen. Bei dieser Sachlage erhebe es schwer begreiflich, daß zwischen Christentum und Socialdemokratie sich kein Band des Einverständnisses geknüpft habe. Die beiden Mächte stehen sich in höchster Stellung gegenüber. Der Grund liege einerseits in einer schweren Veräumnisshuld der Kirche, andererseits in einer bedauerlichen Verleumdung seitens der Socialdemokratie. Die Kirche hat niemals ganzen Ernst gemacht mit dem offenen Bekenntnis zu den socialen Forderungen Jesu und der Apostel und mit dem Versuche, sie im Leben zur Geltung zu bringen. Sie hat es mehr mit den Mächtigen, Vornehmen und Reichen gehalten. Die mächtigste Stärkung in dem Kampfe ist das Vertrauen zu der göttlichen Vorsehung, wie Jesus es verkündete und unter Ungerechtigkeiten, Mord und Tod sich bewahrte. Der Sieg ist ihm geblieben. Darum: ein Christ kann sehr wohl Socialdemokrat sein, denn dort arbeitet er mit an der Durchföhrung der socialen Forderungen Jesu. Und ein Socialdemokrat kann sehr wohl Christ sein. Sein Christenglaube fördert, reinigt und stärkt ihn in dem Kampfe um eine schönere Zukunft.

Großherzogtum Sachsen-Weimar.

 Die am Sonntag in Apolda tagende Kreisversammlung des ersten weimarschen Wahlkreises beschäftigte sich zunächst mit dem Geschäftsbericht der beiden letzten Jahre, da die vorjährige Konferenz dem Verbot verfiel. — Die Kreisorganisation wurde insoweit straffer geregelt, indem allen Genossen, auch denen an kleineren Orten, zur Pflicht gemacht wird, sich an politische Vereine anzuschließen und mindestens 50 Prozent der Lokaleinnahme an die Kreisliste abzuliefern. Der Sitz der Kreisleitung verbleibt in Weimar. Im Wahlkreise sollen 10 bis 12 000 Agitationsblätter zur Verteilung kommen. Ferner erklärt die Konferenz sich mit den Beschlüssen einverstanden, die für eine Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, ohne Verletzung des Princips sind.

Die Löwenfeler in Braunschweig.

 Zur Erinnerung an die 30. Wiederkehr des Tags der Löwener Kettenaffaire hatten unsre Parteifreunde in Braunschweig am Sonntag eine Versammlung einberufen, in der Genosse Wegner-Verlin referierte. Als der Vortragende den Protest des Braunschweiger Partei-Ausschusses zu jener Zeit nach dem Fall von Sedan mit den heutigen kriegerischen Ereignissen verglich, gegen die nicht minder von uns protestiert wird, erhob sich der Polizeibeamte und machte den Vortragenden, Stabs. Niele, darauf aufmerksam, daß letzterer Punkt nicht auf der Tagesordnung stünde. Der Vorsitzende teilte den Eingriff des Polizeibeamten der Versammlung mit und meinte, daß er ihr und dem Referenten das weitere überlasse. Genosse Wegner fuhr fort, das seien so Ansichten! Nach seiner Meinung sei eine Trennung zwischen dem, was jene damals gethan und dem, was heute geschieht, unmöglich und dann

werde er auch so fortfahren, wie er bisher gesprochen habe... Hier erhob sich der Polizeikommissar abermals und löste die Versammlung auf, weil — der Referent der Anordnung des Vorsitzenden keine Folge geleistet habe, und forderte die Anwesenden auf, den Saal zu räumen. Schallende Heiterkeit aus der von mehreren Tausenden besuchten Versammlung war die Antwort, und das war auch kein Wunder, denn der Vorsitzende hatte gar nichts angeordnet. Der dicht besetzte Saal leerte sich natürlich sehr langsam und da auf dem Promenadenwege vor dem Lokale Hunderte in begeisterte Erregung herumschwanden, schickte der durch die Heiterkeit der Leute geärgerte Inspektor seinen Adjunkten, einen Polizeisergeanten, ans Telephon, um von der Polizeidirektion alle disponiblen Beamten nach dem „Hofjäger“ zu beordern. Das schien denn aber doch etwas zu hart werden zu sollen, und es forderte Genosse Nieke von einer Promenadenbank aus die Genossen auf, nach Hause zu gehen, damit der Braunschweiger Polizei „kein Gaudium bereitet“ würde. Also geschah es. Langsam wälzten sich die Scharen die Breite Straße entlang, auf der ihnen dann noch mehrere Straßenbahnwagen begegneten, von denen die beorderten Polizeibeamten in Uniform und Civil abstrangen, sich beim Inspektor meldeten, aber — nichts mehr zu thun vorfanden.

Fast scheint es, als ob die Polizei auch ihren Beitrag zur Erinnerung an die damalige Protestkundgebung liefern wollte und sei es auch nur in dem, daß sie konstatieren wollte, man ist in Deutschland gegen solche Humanitätsbestrebungen noch immer so unzulässig.

Der badische „Volkstfreund“, unser Partei-Organ in Karlsruhe, erhöht seinen Abonnementspreis um monatlich 10 Pf. vom 1. Oktober ab. Dem gleichen Preisanschlag haben noch weitere drei Zeitungen bürgerlicher Parteirichtung sich angeschlossen. Die Preis-erhöhung wird mit dem Steigen der Rohmaterialpreise, besonders der Papierpreise, begründet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.
Wegen Beleidigung eines Expendienten bei der Firma Carsten in Elmshorn wurde der verantwortliche Redacteur unseres Reichs-Partei-Organs, A. Lütjens, vor dem Schöffengericht in Elmshorn zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die inkriminierten Artikel behandelten Arbeitsverhältnisse bei der genannten Firma, und hatte sich schließlich auch der Einsender der Rotiz, Genosse Redbein, dem Gericht gestellt. Die Beweisaufnahme hatte die Thatfachen nicht erschüttert, aber wie so oft in solchen Prozessen, bleiben immer noch ein paar beleidigende Ausdrücke, die zur Verurteilung des Redacteurs und auch des Einsenders führten. Letzterer kam mit einer Geldstrafe von 100 M. davon. Es zeigt sich nur wieder, wie übereilt es ist, in solchen Fällen sich als Einsender zu nennen; die Strafe wird für den „Hauptübeltäter“ deshalb nicht geringer. Nur daß schließlich zwei gefaßt werden und doppelt quittiert werden muß.

Die Lohnbewegung der Buchbinder.

In dem Augenblick, wo die Buchbinder in Berlin, Leipzig und Stuttgart in den Kampf eintreten, hat in Berlin die Kontobuchbranche ihre Lohnbewegung zu einem befriedigenden Abschluß gebracht und mit den Unternehmern einen Tarif vereinbart, der bis zum Jahre 1903 in Gültigkeit bleibt. Der Beschluß der Arbeiter, auf die Vereinbarungen einzugehen, ist um so freudiger zu begrüßen, als damit dem Ausnahmefall eine engere Grenze gezogen ist und die Unternehmern der übrigen Branchen einleuchten werden, wie überdies es war, daß sie die Tarifvereinbarungen in Leipzig scheitern ließen.

Ueber die Versammlung, die diesen für die Berliner Lohnbewegung der Buchbinder so wichtigen Beschluß faßte, liegt uns folgender Bericht vor:

Die in Geschäftsbücher-Fabriken beschäftigten Buchbinder und Arbeiterinnen haben wegen der eigenartigen Verhältnisse in diesen Spezialbetrieben bei der augenblicklichen Lohnbewegung der Buchbinder getrennt von den übrigen in die Lohnbewegung eintreten müssen. Auf Wunsch des Vereins der Berliner Geschäftsbücherfabrikanten haben nun in der verfloßenen Woche Verhandlungen zwischen Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stattgefunden. Die größten Firmen der Branche waren vertreten. Ueber das Resultat der Verhandlungen berichtete Bernhard Jost in einer gut besuchten Versammlung der Kontobuch- Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Sonntag in der Berliner Ressource tagte. Auf die von vornherein gestellte Frage, ob die Organisation der Arbeiter (Buchbinderverband) anerkannt werde, sei geantwortet worden, daß diese Anerkennung bei einem Verhandeln von Organisation zu Organisation, wie hier, selbstverständlich sei. Nach sechsständigen Beratungen hätten sich nun die beiden Kommissionen geeinigt, den beiderseitigen beschließenden Versammlungen folgenden Vergleichsvorschlag zu machen:

Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 Stunden. Der Minimallohn (Stundenlohn) beträgt für männliche Arbeiter 44 Pf. = 23,76 M., pro Woche, für geübte Specialarbeiter 48 Pf. = 25,92 M., für Ausgelernte bis 1 Jahr nach der Lehre 40 Pf. = 21,60 M., für geübte Arbeiterinnen 24 Pf. = 12,96 M. Für ungeübte Arbeiterinnen regelt sich der Lohn wie folgt: In den ersten vier Wochen freie Vereinbarung, sodann bis einschließlich des sechsten Monats 17 Pf. = 9,18 M. pro Woche, vom siebenten Monat 18 Pf. = 9,72 M., nach acht Monaten 19 Pf. = 10,26 M., nach neun Monaten 20 Pf. = 10,80 M., nach zehn Monaten 21 Pf. = 11,34 M., nach elf Monaten 22 Pf. = 11,88 M., nach zwölf Monaten 24 Pf. = 12,60 M. Für die geübte Drahthefterin an der Kontobuch-Hefemaschine (bei dauernder Beschäftigung daran) beträgt der Lohn 20 M., für geübte Kopierarbeiterinnen ebenfalls 20 M. — Uebergeleitete Arbeit ist möglichst zu besetzen. Sonnabends sowie an Vorabenden gesetzlicher Feiertage darf nur in Ausnahmefällen über die gewöhnliche Arbeitszeit gearbeitet werden und ist dann für die Stunde ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen, ebenso für Sonntagarbeit. Für gewöhnliche Ueberstunden sind 33 1/3 Proz. mehr zu zahlen. Der Zuschlag für Ueberzeitarbeit bei Accordarbeitern ist bei männlichen Arbeitern 15 Pf. pro Stunde, für Arbeiterinnen 10 Pf. pro Stunde. Der Zuschlag wird nur bezahlt, wenn der Arbeitgeber die Ueberstunden verlangt und vorher wirklich neun Stunden gearbeitet worden ist. — Obige Löhne sind Minimallohn, daher ist selbstverständlich geschickten Arbeitern und Arbeiterinnen ein höherer Lohn als der Minimallohn zu zahlen. — Die gesetzlichen sowie die vom Geschäft angeordneten Feiertage werden Lohnarbeitern bezahlt. — Bei Arbeiten, die außer dem Hause angefertigt werden, ist ein Zuschlag von 15 Proz. zum Minimallohn zu zahlen. — Die Arbeitgeber verpflichten sich, nach Möglichkeit den Arbeitern den deutschen Buchbinderverband zu benutzen. — Diese Bestimmungen sind in den Verfassungen auszuführen. — Festgesetzt wurde ferner: Schlichter bezahlten Accordarbeitern ist der Preis proportional (6 bis 10 Proz.) zu erhöhen. 5 Proz. Zuschlag zum Lohn erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die von diesem Lohnsatz nicht getroffen werden. Lohnzulagen in den letzten drei Monaten werden hierbei in Anrechnung gebracht. — Alle Streitigkeiten über die Bestimmungen dieses Tarifs sind, bevor Entlassungen oder Niederlegung der Arbeit eintreten, einer von Prinzipalen und Gehilfen zu gleichen Teilen gewählten Tariff Kommission vorzutragen und von dieser spätestens innerhalb drei Tagen zu entscheiden. Maßregelungen finden nicht statt. Vorstehende Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober 1900 in Kraft und haben bis zum 30. September 1903 Gültigkeit. Jost und die übrigen Kommissionsmitglieder bekräftigten die Annahme dieses Vergleichsvorschlags. Sei auch nicht alles erreicht, so mußte doch anerkannt werden, daß die Gehilfen einen friedlichen Ausgleich ermöglichen. Andre Redner waren gegen die Vorschläge und betonten vor allem, daß die Forderung eines Minimallohns von 18,50 Mark für Arbeiterinnen und von 24 Mark für Arbeiter hätten aufrecht erhalten werden müssen. Schließlich wurde gegen 5 Stimmen beschlossen:

Das Resultat der Verhandlungen entspricht den Erwartungen der Versammlung nicht vollständig. Die Versammlung bedauert vielmehr, daß an den bescheidenen Forderungen noch Reducierungen

vorgenommen sind, insbesondere bedauert sie, daß die Forderung der Arbeiterinnen auf einen Minimallohn von 18,50 M., wie dieser jetzt in Buchbindereien besteht, nicht anerkannt worden ist. Die Versammlung erklärt sich jedoch im Interesse der schnellen Regelung der Angelegenheit bereit, die Abmachungen der beiden Kommissionen anzuerkennen. Neue Abmachungen sollen für beide Teile bindend sein und Geltung haben vom 1. Oktober 1900 bis zum 30. September 1903, vorausgesetzt, daß auch bei der prozentualen Erhöhung der Accordpreise eine Einigung erzielt wird. Ferner erklären sich die Verammelten bereit, in das zu bildende Schlichtsgericht (Tariffkommission) drei Vertreter zu entsenden. — Der Vorsitzende verwies zum Schluß auf die Bedeutung der Organisation und ermahnte besonders die anwesenden Mädchen und Frauen, dieser um auch treu zu bleiben beziehungsweise ihr beizutreten. Außerdem forderte er zu möglichst weitgehender Unterstützung der im Kampf mit der Unternehmerwelt befindlichen Kollegen und Kolleginnen der Mutterbranche auf. Mit einem Hoch auf die Organisation und die Lohnbewegung der Buchbinder schloß die Versammlung.

Die Aussperrung in Berlin.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter, die Anfang voriger Woche in Leipzig stattfanden, gescheitert waren, hatte die Berliner Lohnkommission der Buchbinder beschlossen, daß in den gestern abend einberufenen Versammlungen über die weiteren Schritte beraten werden sollte. Sie hatte aber ihre Meinung ohne den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer gemacht. Am Freitag wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen, jedem persönlich, ein Circular folgendes Inhalts zugestellt:

Verband Deutscher Buchbinder- u. Besitzer.

Da in der heutigen gemeinschaftlichen Sitzung der Prinzipale- und Gehilfen-Vertreter eine Einigung nicht erzielt werden konnte, so mache ich Ihnen folgendes bekannt:

Ich zahle auf sämtliche bisherigen Stundenlöhne von Sonnabend, den 8. September, ab einen Zuschlag von 5 Proz. Für Accordarbeiten bleiben die bisher gezahlten Löhne nach dem Tarif von 1897 bis 14. September d. J. in Gültigkeit; vom 15. September d. J. an tritt der neue, von den Prinzipalen ausgearbeitete, jetzt in Korrektur befindliche Tarif in Kraft.

Ich fordere Sie auf, dieses Rundschreiben mit Ihrer Unterschrift unter nachfolgendem Schlusspassus versehen mir bis 8. d. M. zuzustellen.

Leipzig, 8. September 1900. Achtungsvoll

Erklärung!

D. . . Unterzeichnete erklärt sich bereit, bis zum 14. September 1900 unter vorstehenden Bedingungen weiter zu arbeiten, von da ab aber den neu ausgearbeiteten Tarif des Verbands Deutscher Buchbindereibesitzer anzuerkennen.

Trotzdem das Circular vom 8. September datiert ist, gelangte es hier erst am 7. d. M. in die Hände der Arbeiter. Da diese zum allergrößten Teil organisiert sind, hätten sie selbstverständlich erst nach gründlicher Aussprache mit ihren Verbandskollegen auf das Schriftstück des Arbeitgeberverbandes antworten können. Dazu war die gestellte Frist zu kurz bemessen. Außerdem war der neue Prinzipaltarif den Arbeitern nicht einmal bekannt. Man hatte wohl gehört, daß die Accordpreise, besonders auch für Mädchenarbeiten, herabgesetzt werden sollten, man hatte gehört, daß der Lohn für geübte Arbeiterinnen von 18,50 M. — wohl als Teuerungszulage für die Unternehmer — auf 10,80 M. herabgesetzt werden sollte, aber etwas Bestimmtes wußte man nicht. Es fand sich fast keiner, der gleich auf dieses Verlangen eingegangen wäre. Daraus wurden in etwa zwanzig großen und selbst kleineren Werksstätten die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt.

Gestern vormittag fand die erste Versammlung der Aussperrten statt.

Dykowski zeichnet in kurzen Worten die Situation und erklärt, daß die Absicht der Arbeitgeber, die Organisation der Arbeiter durch diese Gewaltmaßregel zu sprengen, an dem solidarischen Verhalten der Kollegen, wie an den guten Klassenverhältnissen des Verbands der Buchbinder unbedingt scheitern müsse. Redner tritt dafür ein, daß namentlich die Forderungen der Gehilfenchaft in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten und zur Durchführung gebracht werden. Die begeisterte Aufnahme der Ausführungen des Referenten sowie die Diskussion zeigen, daß die Verammelten zur energischen Durchführung der Lohnbewegung geteilt sind. Von einigen Reducen wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die großen kapitalkräftigen Firmen, die Aussperrung dazu demühen würden, sich ihrer kleineren Konkurrenten zu entledigen. Von mehreren Seiten wurde über die Belästigung der Streikposten durch die Polizei geklagt, die sofort durch strenge Bewachung der Unternehmern den größten Schutz angeheißt lassen. Von vielen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß man bei jeder Gelegenheit während der Lohnbewegung die größte Ruhe bewahren müsse und sich nicht provozieren lassen solle. Die Kontrolle der Streikposten findet vormittags von 9—12, nachmittags von 3—6 Uhr, im Gewerkschaftshause statt.

In folgenden Firmen sind die Arbeiter ausgesperrt worden: Eperling, Raumbach, Weisstein, Fritzsche, Probst, Kämmerer, Thomas, Lüderig u. Neuer, Riemann, Schuber, Reich, Wittig, Schneemelcher, Schöb, Frydrychowicz, Metzsch, Trautmann, Kaul.

Zur Lohnbewegung in Leipzig

wird uns geschrieben:

Das Unternehmertum hat seine Drohung zur Ausführung gebracht und in Leipzig 80 Proz. aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Auf die nothmache Einreichung der Forderungen ist am 7. d. M. der Tariffkommission die Antwort zugegangen, daß die Mitglieder des Verbands deutscher Buchbindereibesitzer diese Forderungen, insbesondere das Vorwort zum Tarif, als unannehmbar bezeichnen müssen. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter sich weigerten, ein auch in Berlin und Stuttgart vorgelegtes Circular zu unterschreiben, worin sie sich verpflichteten, den von den Prinzipalen festgesetzten, teilweise verschlechterten Tarif fünf Jahre lang anzuerkennen. Wie brutal man dabei vorgegangen ist, läßt sich daraus erkennen, daß Arbeiter, die sich nie an der Bewegung beteiligt haben und 30 Jahre und noch länger in einem Geschäft tätig sind, ebenfalls auf das Pflaster geworfen wurden. Als „Krippenstesser“ bezeichnet jetzt das Unternehmertum die Arbeiter, die nahezu ein Menschentaler als Ausbeutungssubjekt benutzt worden sind. Das ganze Vorgehen trägt den Charakter einer Wackfrage, wie sie roher und brutaler nicht gedacht werden kann. Die Unternehmer planen die bedingungslose Niederwerfung der Gehilfen und die Vernichtung ihrer Organisation. Diese Absicht wird natürlich in das Gegenteil umschlagen. Denn schon jetzt zeigt es sich, daß nichts besser das Klassenbewußtsein fördern und die Massen auf die Beine bringen konnte, als eben dieses Vorgehen. So weit sich die Zahl der an der Bewegung beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen übersehen läßt, kommen schon jetzt in Leipzig 2500—3000 in Betracht, eine genaue Feststellung wird erst in der nächsten Versammlung möglich sein. Am Sonnabend wurde in einer von etwa 3500 Personen besuchten Versammlung folgende Resolution angenommen: Die Versammlung nimmt von der Aussperrung seitens der Prinzipale gebührend Kenntnis. Sie sieht in dieser brutalen Maßregelung den Versuch der Prinzipale, die Arbeitsbedingungen in einseitiger Weise nicht nur auf fünf Jahre festzulegen, sondern für alle Zukunft die trügliche ausblühende Organisation der Arbeiter zu vernichten. Obgleich sich die Versammlung dieses Charakters der Aussperrung vollständig bewußt ist, so giebt sie nichts desto weniger der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßregel als Einschüchterungsmittel vollständig ihren Zweck verfehlt hat und verfehlt wird, daß hingegen die Arbeiterchaft den ihr hingeworfenen Handschuh mutig hinnehmen und so lange die Arbeit ruhen lassen wird, bis unser

gutes Recht der Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen seitens der Prinzipale Anerkennung findet.

Unter den Leipziger Buchbindereibesitzern kräftet es bereits. Die Forderungen der Gehilfen sind von vier Firmen, nämlich von Frankenstein u. Wagner, Hermann Hofmann, Vorns Nachfolger und Fischer u. Wittig bewilligt worden.

Leipzig, 10. Septbr. (Privat-Telegramm.) Die Aussperrung der Buchbinder umfaßt 1178 Arbeiter und 1154 Arbeiterinnen. Aus einigen Werksstätten fehlen noch genaue Angaben.

Mit der Lohnbewegung im Buchbindergewerbe befaßten sich am Montagabend zwei ungewöhnlich stark besuchte Versammlungen der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. In Kellers Saal hatten sich wenigstens 3000 Personen eingefunden. Die imposante Versammlung war von einer begeisterten, launisch-freudigen Stimmung befeelt. Mit lebhafter Entschiedenheit wird man das abtuehende Verhalten der Arbeitgeber zurück und gab übereinstimmend der Meinung Ausdruck, daß auch die bezwungen begonnene Aussperrung die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bezwungen werde, von den aufgestellten gerechten Forderungen abzulassen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung ist mit dem Verhalten der Delegierten auf der Leipziger Konferenz einverstanden. Sie bedauert die Stellungnahme der Prinzipale unjener Forderungen gegenüber, aus deren Ablehnung und dem Versuch, die Verhandlungen zu verschleppen, klar hervorgeht, daß die Herren den Kampf wollen. — Entschlossen muß bei jedem gestillten Menschen Platz greifen anlässlich des darauf folgenden Gewaltaktes der Unternehmer, die, um ihre Macht zu zeigen, Arbeiter und Arbeiterinnen aussperrten. — Die Versammelten nehmen den Beschluß, sich auf und verpflichten sich, mit allen Mitteln für die Durchführung der Forderungen zu sorgen.

Die gestern abend im Gewerkschaftshause stattgehabte öffentliche Versammlung nahm ebenfalls den Bericht der Delegierten zur Tariffkonferenz in Leipzig entgegen. Die während desselben eingegangene Resolution, welche das Verhalten der Gehilfen gutheißt und das der Prinzipale in scharfer Weise verurteilt, wurde unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen. Die Stimmung der etwa 1200 Versammelten war ausgezeichnet und wurde durch eine rege Diskussion nur noch gehoben, so daß das am Schluß vom Vorsitzenden dem Verband gebrachte Hoch begeistert aufgenommen wurde. — Erwähnt sei noch, daß wie in der Diskussion mitgeteilt wurde, auch die Eisarbeiter sich der Bewegung anschließen werden.

Sociale Rechtspflege.

Kündigungskrist oder nicht? Der Lederstieper A. verlangte wegen unberechtigter plötzlicher Lösung des Arbeitsverhältnisses von seinem früheren Arbeitgeber Vaader eine Lohnentschädigung, indem er beim Gewerbegericht klagbar wurde. Der Beklagte wandte ein, dem Kläger stände die gesetzliche Kündigungsfrist überhaupt nicht zu, weil er zu Hause arbeite und noch Hilfe habe. Der Kläger gab zu, daß er noch eine Person beschäftige. Er betrachtete sich demnach als Arbeiter Vaaders. Er arbeite mit der Hilfskraft nur für den Beklagten, betreibe auch kein selbständiges Gewerbe. Fünf Jahre lang sei er ohne andre Hilfe als die seiner Frau allein für Vaader tätig gewesen. Seitdem die Frau krank sei, habe er jemand zur Hilfe haben müssen. Die Kammer II unter Vorsth des Gewerberichters v. Schulz wies den Kläger mit folgender Begründung ab: Die Kündigungsfrist stehe allerdings auch Heimarbeitern zu. Der Kläger könne aber nicht als Heimarbeiter, nicht als gewerblicher Arbeiter angesehen werden. Da er einen andren Arbeiter beschäftige, sei er selbständiger Hausgewerbetreibender und könne er auf die Kündigungsfrist nicht Anspruch erheben.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Anarchistensucht im Vatikan.

Rom, 10. September. (B. H.) In vatikanischen Kreisen herrscht große Aufregung über ein angeblich entdecktes Komplott gegen das Leben des Papstes. Aus einem, von der Polizei beschlagnahmten Briefe soll hervorgehen, daß die amerikanischen Anarchisten die Ermordung des Papstes beschlossen haben. Die Polizei erstattete die Meldung an den Kommandeur der päpstlichen Gendarmen. Im Vatikan wurden sofort die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln getroffen. In alle Winkel ist eine Circularnote geschickt worden, in welcher dieselben aufgefordert werden, bei der Zusammenkunft der Pilgerzüge auf die mitführenden Personen ihr besonderes Augenmerk zu richten. Vor allem wird befürchtet, daß es einem Anarchisten gelingen könnte, gelegentlich der im Oktober stattfindenden Heiligpreisung sich in die Petrikirche einzuschleichen. Die englische Polizei hat der italienischen die Namen von acht aus Amerika eingetroffenen Anarchisten mitgeteilt; zwei davon sind bereits nach Italien abgereist.

Die ganze Sache klingt wieder äußerst märchenhaft. Wer in aller Welt könnte einen Menschen, selbst wenn es nicht ganz normal wäre, dazu veranlassen, dem Weis in Rom seine ohnehin gezahlten Lebenszüge zu verkürzen. Wahrscheinlich stammt der Brief von einem Bishoff, der sich freilich kaum eingebildet haben wird, den ganzen Vatikan durch seinen schlechten Scherz in Aufregung versetzt zu haben.

Budapest, 10. Sept. (B. H.) Blättermeldungen zufolge fanden in mehreren Ortschaften Bosniens anlässlich des Jubiläums des Sultans erste Unruhestörungen statt, weil die Behörden der mohammedanischen Bevölkerung verboten, ihre Häuser zu beslaggen und zu illuminieren, sowie Deputationen nach Konstantinopel zu entsenden. Nachdem die Mohammedaner trotzdem Häuser geschmückt und beleuchtet hatten, drang in Koflar gegen Abend die Gendarmen in die Häuser und Woscheen ein, riß die Beleuchtungskörper herunter und warf diese, ebenso wie die Ausschreit: „Es lebe der Sultan!“ trogenden Fahnen auf die Straße. Zwischen den Mohammedanern und den Gendarmen kam es zu argen Streitigkeiten. Ein Gendarm wurde lebensgefährlich verwundet. Vier Bataillone Militär mußten ausrücken, um die Ordnung wieder herzustellen. Ähnliche Exzesse ereigneten sich auch in andren Ortschaften.

London, 10. September. (B. H.) Bei einer Explosion in einer Patronenfabrik in Grays (im Road) wurden heute Nachmittag zwei Menschen getödtet und mehrere verletzt.

London, 10. September. (B. T. B.) Ein Telegramm des Generals Gafiele vom 2. d. M. lautet: „Wir haben den Eisenbahnknotenpunkt Jungtai sowie die Eisenbahnbrücke bei Pinfosha besetzt und beherzigen damit die Linie nach Harting.“

London, 10. Sept. (B. T. B.) Nach einem Johannesburger Telegramm der Abendblätter sollen die Präsidenten Krüger und Steyn nach der Delagoa-Bai geflohen sein. (Z?)

Paris, 10. September. (B. T. B.) Der Marineminister Lanahan erhielt ein Telegramm des Admirals Courtejoles, in welchem dieser meldet, daß in den Pulverkammern des „Luban“ am Abend vor seiner Ankunft in Kagafali durch Explosion einer Cartouche 5 Mann verlegt wurden.

Washington, 12. September. (B. H.) (Abmeldung der Paris Nouvelles.) Aus Tokio wird der hiesigen japanischen Gesandtschaft gemeldet: Marshall Yamagata berichtet, daß eine Eskadron japanischer Kavallerie den Prinzen Tsching bis nach Peking eskortierte. Vor seiner Ankunft daselbst informierte Prinz Tsching den General Fukusjima, daß er den Kaiser nach Peking berufen habe, um sofort die Friedensverhandlungen anzubahnen.

New York, 10. Septbr. (B. T. B.) Nach den letzten Schätzungen sind durch den jüngsten Unfall in Galveston 1500 Personen getödtet worden. Der Schaden wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

Der britische Gewerkschaftskongress.

London, den 8. September.

In Huddersfield (West Yorkshire) tagte vom 3. bis 8. September der 33. Jahreskongress der britischen Gewerkschaften. Der Ort gehört zu den Centren der Wollenindustrie Englands und ist als einer der Pioniere auf dem Gebiet fortschrittlicher kommunizierender Socialpolitik bekannt. Er übernahm u. a. seine Straßenbahnen aus Privat Händen und hat in ihrem Betrieb den achtstündigen Arbeitstag eingeführt. Auch in der Errichtung kommunaler Wohnhäuser ist er vielen Gemeinden vorangegangen. Auf all das wies der Mayor (Bürgermeister) der Stadt mit Stolz hin, als er die Delegierten in den Räumen des Stadthauses auf Grund einstimmig gefassten Beschlusses der Stadtvertretung willkommen hieß. Zuerst ihm richtete auch der Abgeordnete für Huddersfield, Sir James Woodhouse (Liberal) eine Ansprache an den Kongress. Die Gewerkschaften, erklärte er, seien endgültig heimisch im Lande und jeder verständige Unternehmer müsse sehen, durch ihre Vermittlung sich mit den Arbeitern auf guten Fuß zu setzen.

Der Kongress, den der derzeitige Vorsitzende des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, Mr. Chandler vom Zimmererverband, eröffnete, war von 390 Delegierten besucht, die rund 1/4 Million organisierter Arbeiter vertraten. Neben dem großen Maschinenbauerverein, der wegen Nichtanerkennung eines Schiedsspruchs — bis auf weiteres vom Kongress ausgeschlossen ist, war auch der Verband der Bergarbeiter von Durham dem Kongress ferngeblieben. Die stärksten der vertretenen Organisationen waren: Bergarbeiter-Verband 280 000, Weber-Verband 81 325, Zimmerer-Verband 60 000, Eisenbahner-Verband 59 800, Gasarbeiter- und Tagelöhner-Verband 48 000, Metallschmiedeverband 46 000 Mitglieder. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde nach bisherigem Gebrauch der Präsident des Gewerkschaftsrats des Kongressorts gewählt. Es ist dies der Walter William Pickles, ein hervorragendes Mitglied der in Huddersfield ziemlich stark vertretenen unabhängigen Arbeiterpartei.

Die Präsidialansprache war denn auch durchaus sozialistischen Charakters — man könnte sagen, eine sozialistische Vorlesung. Sie begann mit einem Rückblick auf die Geschichte der Menschheit — den Kommunismus — und endete, nach einer scharfen Kritik der kapitalistischen Wirtschaft — wobei auch ein Seitenblick auf den gegenwärtigen „gottlosen“ Krieg in Südafrika nicht fehlte — mit dem Nachweis, daß die ganze moderne wirtschaftliche Entwicklung zum Kollektivismus dränge.

„Ginge das Können des Kollektivismus, heißt es da, von einer sehr bedeutenden Entwicklung der Moral, Einsicht und Organisationsfähigkeit ab, so würde ich die Erreichung dieses Ziels für hoffnungslos betrachten, denn ich bin fest davon überzeugt, daß der Mensch — d. h. die große Masse der Menschen — noch nicht die Kraft entwickelt hat, sich bewußt der Erzielung eines in gewisser Ferne liegenden Ideals zuwenden. Was er zu thun vermag, und alles, was er bisher gethan hat, bestand darin, sich den ökonomischen Bedingungen des Tags und seiner Generation anzupassen. Ich habe gesagt, der Kollektivismus sei das einfachste Heilmittel. Warum? Weil die Kapitalistenklasse in Verfolg ihrer eigenen Interessen die Produktion sozialisiert hat. Sie hat große Massen von Arbeitern zusammengebracht, Betriebsleiter eingesetzt, deren Aufgabe es ist, ganze Unternehmen im Interesse einer Gesellschaft von Kapitalisten zu leiten. Würde eine große Entwicklung der Intelligenz oder der Moral dies Unternehmen in Kollektiveigentum verwandeln? Kein einziger Wechsel wird notwendig sein — die Gebäude, die Arbeiter, der Direktor können die gleichen bleiben. Ihr braucht nur die Zahl derer zu vermehren, welche die Gesellschaft bilden. Der Kapitalist hat die Produktion sozialisiert, das Volk wieder das Eigentum und die Verteilung sozialisieren.“

Das schnelle Anwachsen des kommunizierenden Socialismus beweise die Entwicklung zum Kollektivismus. Obwohl 90 Proz. der Gemeinderäte von Huddersfield entlassen sein würden, wenn man sie Socialisten nennen wollte, beschloffen sie doch fortgesetzte kollektivistische Maßnahmen. Andererseits trübten sie dem Kollektivismus zu. Wäre er erreicht, gehörten die Produktionsmittel der Gemeinschaft, so daß keiner ein Monopol auf das hätte, was alle brauchen, dann würde es wieder eine natürliche Auswahl, aber auf höherer Grundlage, geben, und die Pflege der Moral, der Einsicht, der Kunst und Wissenschaft werde das einzige Mittel sein, höhere Stellungen zu erlangen. Erst dann werde die Menschheit, wie Friedrich Engels sagt, edelgütig aus dem Tierreich austreten.

Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und ist in der Presse lebhaft kommentiert und je nach dem Standpunkt kritisiert worden. In einigen Wäutchen hat sich eine lebhafteste Kontroverse über die Frage entsponnen, ob die Aktiengesellschaften, auf die der Redner exemplifiziert, Verallgemeinerung oder Untergrabung des Kapitalismus bedeuten.

Was die Beschlüsse des Kongresses anbetrifft, so beziehen sich neun Zehntel von ihnen auf Fragen der Gesetzgebung, Verwaltung und des Regierensystems — und wer sie durchliest, wird finden, daß die Zentralität der britischen Gewerkschaften nichts weniger als Fabelhaftigkeit bedeutet. Der „Standard“, das Organ der Regierungspartei, hat denn auch nicht ermangelt, die Schale seines Jorns über verschiedene der Beschlüsse zu ergießen. Getreu der Gespinntheit seines stillen Mitarbeiters, Lord Salisbury, hat er dies mit spöttischen Redensarten aller Art, worauf ihm ein andres ministerielles Blatt, die „St. James Gazette“, erwiderte, der Kongress vertrete einen viel zu großen Bruchteil der Wählererschaft, um derart von oben herab abgethan zu werden.

Folgendes die wichtigsten politischen Beschlüsse des Kongresses: Mit seiner Mehrheit ward eine Resolution angenommen, die den gegenwärtigen Krieg in Südafrika für grausam und unnützig erklärt und gegen die Annexion der Boerensstaaten als einen „Schlag gegen die Unabhängigkeit der Arbeit in Südafrika und gegen das Prinzip nationaler Freiheit“ protestiert.

- Einstimmig ward beschlossen:
1. Daß kein Alterspensions-Gesetz von den Arbeitern als genügend zu betrachten sei, das auf Unterstützung bestehender Pensionsklassen abziele oder an den Bezug einer Pension irgendwie das Brandmal der Armenunterstützung trübe. Die einzige Lösung bestehe darin, den Bezug einer öffentlichen Alterspension für ein staatsbürgerliches Recht zu erklären, das jeden ermächtigt, mit Eintritt eines bestimmten Alters Pension zu erhalten. Eine in diesem Sinne formulierte Forderung soll bei der bevorstehenden Parlamentswahl mit in die erste Reihe der Arbeiterforderungen gestellt werden.
 2. Daß das Arbeiter-Unfall-Entschädigungsgesetz dahin zu amendieren sei, daß es alle Gewerbe und alle Unfälle in Gewerbebetrieben zu Wasser und zu Lande umfasse und die Entschädigungspflicht genauer bestimme.
 3. Die Regierung zur Einbringung eines Gesetzes aufzufordern, welches die britischen Arbeiter, die auf Schiffen von Ausländern verunglücken, in den Stand setzt, Entschädigung von diesen zu erlangen.
 4. In der Marineverwaltung für strenge Einhaltung der Fair-Wages-Klausel auf allen Staatswerken zu wirken und eventuell, falls das nicht den gewünschten Erfolg hat, die Sache im Parlament zur Sprache zu bringen. Ferner eine Verschärfung der vom Parlament beschlossenen Fair-Wages-Resolution zu betreiben.
 5. Resolutionen zu Gunsten der Sicherung des Koalitionsrechts der Postbeamten; zu Gunsten der Abstellung der Beschwerden der Postbeamten darunter Beseitigung der Sünden des Postsystems des Zwanges zur Verrichtung von

Überzeitarbeit; zu Gunsten der Vermehrung und Verbilligung der Arbeiterzüge, bezw. Arbeiter-Fahrkarten; zu Gunsten radikaler Abänderung des Gesetzes über die Behausung der arbeitenden Klassen im Sinne des vom Arbeiter-Abgeordneten Steadmann eingebrachten Gesetzes (das sehr weitgehende Enteignungsvorschriften enthält); zu Gunsten radikaler Beseitigung der Grundwerte, für die Ausdehnung der Vorschriften des Fabrikgesetzes auf Bauen, und der Lohnzettel (Portulans-) Klausel dieses Gesetzes auf Docks und Werftbetriebe. Weiter ward mit großer Mehrheit Resolutionen zugestimmt, die alle gewerbliche Arbeit von Kindern unter 15 Jahren verbieten wollen, sowie den Eisenbahnarbeitern die Gewährung von Urlaub für die Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten sichern wollen. Die übliche Resolution für die Einführung des Achtstundentags für Bergarbeiter fand nur einen, die für ein allgemeines Achtstundengesetz etwa ein Dutzend Gegner.

Abgelehnt ward der Antrag von T. J. Williams zu Gunsten von Zwangs-Einigungsämtern, sowie der Antrag, den ersten Mai für einen Arbeiter-Feiertag zu erklären. Einige recht wichtige Beschlüsse wurden bezüglich der inneren Organisation des Kongresses gefaßt, und zwar in der Richtung der Stärkung des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, dem unter andern die Vollmacht erteilt wurde, die für den Kongress eingebrachten Resolutionen zu prüfen, sowie solche Resolutionen auszumergen, die nicht in den Bereich der Kongressaufgaben gehören. Den Vorsitz des Kongresses soll fortan nicht ein Vertreter des Kongressorts, sondern der jeweilig amtierende Vorsitzende des parlamentarischen Komitees führen.

Obwohl über diese Punkte sehr lebhaft diskutiert wurde, trugen die Debatten doch bei weitem nicht den erhiterten Charakter, mit dem in Cardiff über Anträge gleicher Tendenz debattiert worden war. Dennoch vermutete man politische Absichten hinter den Anträgen. Das war aber diesmal ausgeschlossen, denn radikale und gemäßigte Mitglieder des parlamentarischen Komitees traten gleichmäßig für die Anträge ein, für die in der Hauptsache Zweckmäßigkeit und Vereinigung des Verfahrens, Zeitersparnis, Anschließung von Zufall bei der Präsidentenwahl maßgebend waren.

Ein anderer Punkt, der zu einer lebhaften Erörterung führte, betraf einen Streit zwischen dem Konsumverein von Oldham und dem dortigen Zweig der Schneidergewerkschaft, der beinahe zu einer Sperrung der Grobwebergewerkschaft durch die Schneidergewerkschaft geführt hätte. Die Gewerkschaftsvertreter warfen der Konsumvereins-Vertretung Unterstützung der Schweißtreiber, die den betreffenden Gewerkschafts-Leitern langjährige und reaktionäre Politik hinsichtlich der Frauenarbeit vor. Der Kongress faßte in der Sache keinen Beschluß, sondern ging über den von den Schneidern gestellten Antrag, der das aus Gewerkschaftern und Genossenschaftlern gleichmäßig zusammengesetzte Schiedsgericht für abgelehnt erklärte, zur Tagesordnung über. In einer späteren Sitzung nahm er im Gegenteil eine Resolution an, welche den Gewerkschaftern stärkere finanzielle und moralische Unterstützung zur Pflicht macht.

Schließlich sei noch der sehr wichtige Beschluß erwähnt, einen Prozeß, in dem der Eisenbahner-Verband durch den Tarifstreik verurteilt worden ist, auf allgemeine Gewerkschaftskosten bis zur höchsten zulässigen Summe durchzuführen. Es handelt sich um die Frage der **Haftbarkeit von Gewerkschaften** für die Handlungen der von ihnen oder in ihrem Auftrag ausgestellten Streikposten. Die Direktion der Tarif-Tal-Verellschaft war, als der Anstand angefallen hatte, um die Erteilung eines richterlichen Einhaltsbefehls gegen den Vorstand des Eisenbahner-Verbands eingekommen, der diesen für alle mündlichen und schriftlichen Ausschreitungen der Streikposten haftbar macht, und dieser Einhaltsbefehl ist ihr vom Richter bewilligt und jetzt von einem Mitglied des Duresch-Buch-Gerichtshofs, Richter Farwell, mit der Begründung bestätigt worden, daß die Grube von 1871 und 1876, die den Gewerkschaften einen gesetzlichen Status verliehen, sie dadurch implizite zu juristischen Personen stempeln. Sie hätten das Recht, Vermögen zu eignen und Vermögensgegenstände zu führen, und seien gesetzlich berechtigt, einen Streit anzubringen und zu leiten. Das schließt aber auch die zweite Haftbarkeit für die von ihren Agenten begangenen Handlungen ein.

Es liegt auf der Hand, welche Tragweite diesem Erkenntnis innewohnt. Es verschärft noch das Erkenntnis in der Streitfrage Phons v. Willins, das vor etlichen Jahren die Gewerkschaftswelt in Erregung versetzte, gegen das aber der eingeleitete Appell nicht bis zur höchsten Instanz durchgeführt wurde, weil Formfehler vorlagen, die seinen Erfolg als unwahrscheinlich erscheinen ließen. Darans, daß jenes Erkenntnis Rechtskraft erhielt, ist aber auch der vorliegende Fall präjudiziert, und viele Juristen sind der Ansicht, daß der Richter nicht anders erkennen konnte als er gethan. Tringt diese Ansicht in allen Instanzen durch, so bleibt den Gewerkschaften als letztes Mittel der Appell an die Gesetzgebung, d. h. die Erzielung einer Deklaration des Parlaments, welches der genaue gesetzliche Status der Gewerkschaften sei.

Wie schon im Bericht des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees ist auch im Laufe der Debatten wiederholt auf die bevorstehenden Parlamentswahlen verwiesen und die Notwendigkeit betont worden, energische Schritte für die Verfassung der Arbeitervertretung im Parlament zu thun. Der im Februar d. J. gegründete Arbeiter-Wahl- und zählt zur Zeit gegen 250 000 Mitglieder, d. h. es gehören ihm eine Anzahl politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen an, die zusammen so viel Mitglieder vertreten. Sein Schriftführer ist J. A. Macdonald, der auch dem Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört.

Der Krieg und die Kriegsinvaliden.

Ein alter Kriegsinvalide bittet und, zugleich im Namen mehrerer Leidensgefährten, um Veröffentlichung folgender Zusätze:

Es haben sich vor wenigen 30 Jahre vollendet, seit wir durch Verwundung vor dem Feinde zu Kriegsinvaliden gestempelt wurden, und es verlohnt sich wohl der Mühe, eine kurze Rückschau zu halten, um den wirklichen Menschenfreunden zu zeigen, wie es uns in diesem Zeitraum ergangen ist, und wie das dankbare Vaterland seine Söhne lohnte. Die meisten unter Kameraden und Leidensgefährten schlafen schon den ewigen Schlaf; — manche von ihnen mögen an der Verzorgung gestorben sein (wie Franz Ziegler sich beziehungsweise in seinem Dankwörterbuch Artikel ausdrückt), ihre Gehälter können nunmehr in ganzer Höhe denen zustehen, die da der Ehre teilhaftig werden, sich auf den himmlischen Reichfeldern ihre blutigen Denkmäler zu holen.

Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen des Reichstags vom 3. Mai bis 6. Juni 1871, wo das jetzige noch geltende Pensionsgesetz zu Stande kam. Es wurden damals viele, außerordentlich viele patriotisch-schwungvolle Reden gehalten, aber das Resultat war nur sehr dürftig. Regierminister v. Moos, als förmlich preussischer Bundesbevollmächtigter, sprach mit gehobener Stimme und feurigem Auge: „Sie nämlich die armen Schluder von Kriegsinvaliden! bleiben unsre Gläubiger, die tapferen Söhne des Vaterlands, die für seine Freiheit und Unabhängigkeit, für seinen Ruhm und seine Ehre gekämpft und geblutet haben — auch dann, wenn der Gesetzentwurf wie er Ihnen vorliegt, unverändert durchgeht.“ Herr v. Moos nahm dann noch weiter Veranlassung zu erklären, daß die Pensionen nach dem jetzigen (1871) geltenden Geldwerte bemessen seien. — Und was ist in dieser langen Zeit, wo der Geldwert ein ganz andrer geworden ist, für die „Gläubiger“ des Vaterlands geschehen?? Nun, so gut wie gar nichts!!

Es müßten denn die 10 deutschen Reichspennige, die wir seit einigen Jahren täglich mehr erhalten, in den Augen gewisser Leute als eine besonders wertvolle Zulage erscheinen. Die meisten Beamten aller Kategorien haben in dieser Zeit eine bedeutende Erhöhung ihrer Gehälter und Pensionen erfahren — den „Gläubigern des Vaterlands“ aber lohnt man mit der Verheißung nach dem Tode —

Die Frage ist nun, welche Pensionen beziehen wir Kriegsinvaliden überhaupt, und läßt sich ein halbwegs mensliches Dasein davon führen?? Ueberlassen wir die Beantwortung dieser heißen Frage einem bürgerlichen Blatt, das gar nicht in den Verdacht einer Parteinahme kommen kann. In Nr. 262 der „Berl. Abendpost“ vom 8. Novbr. 1898 lesen wir in einem „Reform der Militärpensionen“ überschriebenen Artikel:

„Nach dem Kriege mit Frankreich wurden die siegreichen Heerführer mit großen Geldsummen belohnt, mit denen sie Rittergüter kauften und Majorate stifteten. Für die zum Kriegselend geschickten Unteroffiziere und Gemeinen konnte man selbstverständlich keine Rittergüter kaufen, aber man empfand es als Pflicht, den in ihrer Erwerblosigkeit geschädigten Männern eine gewisse Summe zu gewähren. Die Verlorenen der Invaliden, wie sie früher üblich war, mit einem Leiharbeiter, mit dem sie ihren Unterhalt erdelteten durften, sollte aufhören. Deshalb wurden aus der französischen Kriegsentwädigung 561 Millionen einem selbständigen Fonds überwiesen, aus dem fernerehin alle Militär-Zunahmpensionen bestritten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen versorgt werden sollten. „561 Millionen, das ist ein schönes Kapital.“ so dachte mancher, „man werden unsre alten Krieger, die ihre Knochen für das Vaterland zu Markte getragen haben, ausständig versorgt werden.“ Diese Erwartung hat sich keineswegs erfüllt — es traten eine so große Menge Ansprüche an diesen Fonds heran, daß der Einzelne sich mit ganz geringer Entschädigung begnügen mußte. So z. B. erhalten Unteroffiziere 288, Gemeine 216, 252, 288 M. Die Witwen der Gefallenen erhalten: die eines Feldwebels 24 M., eines Unteroffiziers 202 M., eines Gemeinen 180 M. Für die Erziehung von Waisen wurden jährlich 126 M. gewährt. —

„Das sind entsetzliche sehr bescheidene Summen, die nur teilweise durch Vertheilungszulagen Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilversorgungsgeldes (20 Pf. täglich) eine recht kleine Erhöhung erfahren. Im Vergleich mit andern Staaten aber, sind unsre Invalidenpensionen erschrecklich niedrig. Das besiegte Frankreich z. B. (also der sogenannte Erbfeind) giebt der Witwe eines gemeinen Soldaten 450 M. Pension jährlich. — Das Los eines Kriegsinvaliden ist in sehr vielen Fällen ein überaus trauriges, denn er ist ein Mensch zweiter Güte und erhält nur schwer (selbst in jüngeren Jahren) lohnende Beschäftigung — er wird als minderwertig angesehen. — Läßt sich dieser oder jener Arbeitgeber herbei, einem solchen Manne anständige Beschäftigung zu geben, so wird fast immer seine kleine Pension mit in Betracht gezogen und sein Verdienst wird sicherlich kein sein — denn er hat ja seine Pension, heißt es dann. — Ein andrer Umstand, der sehr schwer ins Gewicht fällt, ist der, daß es doch ein gewaltiger Unterschied ist, ob man als junger aktiv dienender Soldat oder als Reservist oder Landwehrmann aus einer guten einträglichen Stellung heraustritt, die man nach der Verwundung nie mehr antreten kann; in den maßgebenden Kreisen scheint man aber darauf nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. Mit dem uns erteilten Civilversorgungsgeld ist in den seltensten Fällen etwas anzufangen, denn der Staat will keine Kapitalisten gut verjagt wissen, und Bismarck hatte wohl recht, wenn er ironisch meinte, das deutsche Volk sei ein Volk der Unteroffiziere. Aber es ist doch spottbildig, uns, die wir diesen Schein mit unserm bescheidenen Blut verdient hatten — elende 20 deutsche Reichspennige täglich als Entschädigung zu bieten. Kein Wunder, daß mancher invalide Krieger im Hinblick auf diese schmerzliche Thatsache der Meinung Ausdruck giebt: „Sind die Unteroffiziere und Soldaten ganz allein berechtigt, alle einträglichen Stellen vorweg zu nehmen, sogar im Kommunaldienste der Heimat — dann mögen diese Herren auch in den zukünftigen Kriegen ganz allein den Feld schlagen.“ Und unter so veränderten Umständen sprechen sich gewisse Leute die Junges lahm von der absoluten Notwendigkeit einer Begünstigung der Chinesen — durch unsre Kultur und unsre Humanität.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au die Gewerkschaften. Auf vielfache Anfragen von Gewerkschaften und Vereinen erklären wir nach Rücksprache mit der Familie Liebknecht, daß sich dieselbe bereit erklärt hat, die gespendeten Aranzschleifen von der Beerdigung des Genossen Wilhelm Liebknecht denjenigen Gewerkschaften, die die Schleifen für sich zur bleibenden Erinnerung aufzubewahren wünschen, dieselben zur Verfügung zu stellen. Wir eruchen die Gewerkschaften, die diesbezüglich Wünsche haben, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Die Entgegennahme kann am Mittwoch, den 12. und Donnerstag, den 13. September, erfolgen.

Das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Handwerker Berlins haben seit einigen Monaten versucht, ihre kleinen Arbeitslöhne im Einvernehmen mit ihren Fabrikanten zu verbessern, leider ohne entsprechenden Erfolg. Die durchaus schlechten und ungleichen Arbeitslöhne haben nunmehr Veranlassung gegeben, sämtlichen Berliner Fabrikanten einen Minimal-Lohnsatz zu unterbreiten, mit dem Entzenden, denselben am 1. Oktober in ihren Geschäften zur Einführung zu bringen. Auf welcher bestehenden Basis dieser Tarif beruht, geht daraus hervor, daß er einem mittelmäßigen Gefellen bei einer 10stündigen Arbeit einen Verdienst von 2.40 M. täglich sichert. Außerdem soll mit diesem Tarif eines der größten Uebelstände, die menschenwürdigen Nebenarbeiten für Spulen, Andrehen zc. beseitigt werden.

Tauernud ausgesperrt. Der Verband der Berliner Metallindustriellen giebt folgendes durch Circular bekannt: Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die mitgeteilte Sperrre über Ackermann, Formner und andre Arbeiter aus Nürnberg und Umgegend ausschließlich zehn hervorragende Agitatoren (Formner), welche da uend gesperrt bleiben, wieder aufgehoben worden ist, und eruchen wir Ihre mit der Annahme der Arbeiter bekanten Beamten, Meister usw. entsprechend anzuweisen zu wollen.

Verband Berliner Metall-Industrieller. Der Geschäftsführer: Kieffel. Entzicher kann sich wohl kaum das räthselhafte Vorgehen dieser Unternehmerorganisation bewundern machen, wie in diesem Schriftstück. Dazuvon sollen Arbeiter um eine Griftzeit gebracht werden, die nur von einem gesetzlich ihnen zustehenden Recht Gebrauch machten. Solchen skandalösen Handlungen gegenüber hat man in der bürgerlichen Presse noch den Mut, von Arbeiterterrorismus zu reden.

Ueber das Cementgeschäft von Czarnikow u. Co., Werbericher Markt 9, hat die Versammlung der Cementierer die Sperrre verhängt. Die Firma zeigte sich bei den Differenzen mit den Arbeitern wohl geneigt, mit der Lohnkommission zu verhandeln, wollte aber die Erledigung der Sache verzögern. Die Fabrik und Manier werden erucht, die Firma zu meiden. Die Lohnkommission der Cementierer.

Die Leipziger Steinseher-Jungung fñhlt nach zehnwöchentlichem Kampfe das Bedürfnis, Verhandlungen anzubahnen. In einem Schreiben, das am 7. September dem Streikkomitee der Steinseher zugeht, machen die Meister folgende Vorschläge: An dem bis jetzt gezahlten Stundenlohn von 50-55 Pf. und einer zehnstündigen Arbeitszeit wird bis zum 1. April 1901 festgehalten. Von da ab bis April 1902 wird ein Stundenlohn von 50-60 Pf. bei derselben Arbeitszeit gewährt. Im November 1901 sollen dann weitere Vereinbarungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom April 1902 Verhandlungen geführt werden. Die Meister wollen diese Vorschläge gemacht haben, weil sie, wie in dem betreffenden Schreiben angeführt wird, „das Wohl für die Gesellen im Auge haben“. Die Steinseher haben jedoch ein solches Anerbieten mit Entschiedenheit zurückgewiesen, indem es auf eine thatsächliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinauskommen würde und dieses jedenfalls auch ohne Streik zu erzielen gewesen wäre. Sie wünschen, daß die Meister ein positives Angebot zur Einigung machen und erklären, daß dieses Wohlwollen für sie seitens der Jungung im unvereinbaren Gegensatz steht zu dem ausgesprochenen Vorzug, den Humanitätsdusel aus der Welt zu schaffen.

Die Messerschlägerei-Arbeiter des Kreises Solingen stehen mit dem Verein der Messerschlägerei-Besitzer in einem harten Kampfe. Vor langer Zeit hatten die Arbeiter dieses Berufs dem Fabrikantenverein ihr Preisverzeichnis zur Prüfung und Annahme eingereicht; jedoch haben die Fabrikanten die Sache unbeantwortet gelassen. Die Arbeiter setzten nun den 1. August als Endtermin des alten Preisverzeichnisses fest, um vom 8. August die Erfüllung des neuen Preisverzeichnisses in Kraft treten zu lassen.

Diese Forderung wurde strikte abgelehnt und berichtet der Fabrikantenverein an die Arbeiter, daß er ein „eigenes“ Verzeichnis ausarbeiten werde, über welches dann später mit den Arbeitern verhandelt werden könnte. Dieses Ansuchen ging den Arbeitern denn doch zu weit, besonders deswegen, weil nicht einmal die Zeit angegeben war, wann ein solches Preisverzeichnis vom dem Fabrikantenverein herausgegeben werden sollte.

Die Arbeiterorganisation nahm hierzu Stellung und erklärte, mit dem 1. August die Forderung durch den Streik zu erzwingen. Der Streik dauert jetzt in der sechsten Woche und verschlingt tiefsie Opfer, da immer weitere Kreise der Arbeiter verschiedener Branchen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zum Lebenshuh hat nun auch noch der Fabrikantenverein der Taschen- und Federmesserreider die Arbeiter dieser Branche ausgeperrt, weil zwei Firmen, die das Preisverzeichnis in einigen Punkten nicht imnehielten, von der Arbeitervereinigung schon seit über einem Monat der Streik erklärt wurde.

Diese Ausperrung kann noch Wochen über 500 Arbeiter mit ihren Familien droßlos machen und ist lediglich von dem Fabrikantenverein deshalb vollzogen, um den freisenden Messerschlägern den Kampf zu erschweren, in der Annahme, daß nunmehr auch die Reider keine materielle Hilfe leisten können.

Wenn aber eine Organisation mit 350 Mitgliedern sechs Wochen im Streik steht und erst im Frühjahr d. J. bei der Firma Gottlieb Hammerfahr 13 Wochen gestreikt hat, dann wissen wohl ihre Genossen, wie es steht. Arbeiter, Parteigenossen, thut auch den Solinger Arbeitern gegenüber Eure Schuldigkeit!

Gelder sind an den Kassierer, Genossen Ernst Hoppe, Solingen, Kronprinzenstr. 61, zu senden.

Vom Terroridm der Fabrikanten. In Vohberich am Niederrhein besteht eine Vereinbarung zwischen den dortigen Sammel-fabrikanten, daß die Arbeiter, welche bei einer Firma ihre Entlassung nehmen, innerhalb eines halben Jahres bei den andern nicht eingestellt werden dürfen. Der Arbeiter muß also sechs Monate die Familie verlassen und answärts sein Brot suchen. Es handelt sich in diesem Falle um Firmen, welche bis an die tausend Arbeiter beschäftigen. Dieser Tage wollte ein Arbeiter von seinem Chef die Erlaubnis haben, bei einem andern Fabrikanten in Arbeit treten zu dürfen. Es wurde ihm dies rundweg abgelehnt. Er ist nun, trotzdem es bei seinem Chef sehr an Arbeit mangelte und der andre mit Aufträgen momentan überhäuft war. Und da wagen die Kapitalistenblätter noch über Terroridm der Arbeiter zu lamentieren.

Ausland.

Zur Lohnbewegung der Kohlenarbeiter in Amerika.

New York, 28. August. (Fig. Ber.) Schon seit einiger Zeit schwebten Gerüchte in der Luft, daß in dem Anthracitkohlen-Gebiet Pennsylvaniens ein allgemeiner Streik bevorstehe, an dem rund 150 000 Arbeiter beteiligt sein würden. In jenem Gebiet haben seit dem „Massacre von Hazleton“ keine Streiks mehr stattgefunden. Die damals erlittene Niederlage hatte die Arbeiter gänzlich entmutigt; ihre Organisationen waren eingegangen, und alle Versuche, sie zu bewegen, neue zu schaffen, sind seitdem vergeblich gewesen. Es hatte sich bei ihnen zu sehr die Ueberzeugung festgesetzt, daß sie von den Führern des Minenarbeiter-Verbands „verraten und verkauft“ worden seien.

Nach und nach ist das Mißtrauen geschwunden und das Bedürfnis zur Organisation zurückgekehrt. Dies soll dem auch mit Erfolg gelangt gewesen und auf der nunmehr tagenden Konvention der Kohlenarbeiter des Anthracitgebets 155 Unions durch 257 Delegaten vertreten sein. Die Unternehmer waren aufgefordert worden, eine Vertretung zu dieser Konvention zu senden, um über diverse Beschwerdepunkte zu verhandeln; ihr Nichterscheinen würde als Ablehnung betrachtet werden und ein Generalsstreik die Folge sein. Da kein einziger der „Operatoren“ (siehe unten) sein Erscheinen zugesagt, so wurde erwartet, daß in der Konventions-sitzung am 27. August die Streiterklärung erfolgen werde, was aber nicht der Fall war. Es ist hier anzuführen, daß die Operatoren — wie im allgemeinen die Unternehmer in der Kohlenindustrie genannt werden — in der Anthracit-Region keine selbständigen Personen, sondern lediglich Angestellte der wenigen großen Gesellschaften sind, welche dieses ganze Gebiet eignen. Privat-Grubenbesitzer können dort nicht aufkommen, weil sie keine Transportgelegenheiten haben, da jene Gesellschaften zugleich Eigentümer aller Eisenbahnen dort sind. Anders liegen die Dinge in den Weichkohlen-Revieren sowohl Pennsylvaniens als der übrigen Staaten, wo neben den großen Gesellschaften auch eine Menge kleinerer Grubenbesitzer existieren, welche die Konkurrenz jener dadurch aushalten können, daß sie durch das Trudhsystem aus ihren Arbeitern herausfinden, was nur zu schänden ist. In vielen dieser Distrikte haben in den letzten Jahren die Beamten des M. A. V. mit den Unternehmern das Nebereinkommen getroffen, daß letztere die „Union“-Verträge einlässen, resp. ihren Arbeitern (ob sie wollen oder nicht) vom Lohn abziehen und an erstere übermitteln; und es heißt, daß die Einführung dieses „Systems“ auch im Anthracitgebiet das Hauptbestreben der Verbandsbeamten sei!

Es sei noch angeführt, daß sich infolge der massenhaften Importierung von Kohlengrubern in letzterem Gebiet (wie auch im übrigen unter normalen Umständen) doppelt so viele „Hände“ befinden, wie zur Bewältigung der, von den Unternehmern zwecks Hochhaltung des Preises absichtlich eingeschränkten Produktion erforderlich sind. Auch wird behauptet, daß ein genügender Vorrat gefördert Kohle vorhanden sei, um auf Monate den Bedarf decken zu können.

Aus der Frauenbewegung.

Einen Besuch bei den Textilarbeiterinnen in Spremberg, welchen Frau Stadtschulrat Wima Cauer, eine der Führerinnen in der bürgerlichen Frauenbewegung, auf Veranlassung des hiesigen Ortsvereins der Stuhlarbeiter abgestattet hat, schildert diese im Protokoll des Generalrats. Dieser Bericht enthält manche thatsächliche Angaben, welche auch für weitere Arbeiterkreise nicht ohne Interesse sind. „Spremberg“, so sagt Frau Cauer, „besitzt eine große Anzahl Tuchfabriken; andre Fabriken

gibt es dort kaum. Frauen und Männer sind fast in gleicher Anzahl in den Fabriken beschäftigt, auch der Lohn ist meist der gleiche. Es ist Acceorarbeit. Durchschnittlich ist der wöchentliche Verdienst am mechanischen Webstuhl pro Kopf, Mann oder Frau, 10,50 M. Der sogenannte „Kasse“ Stuhl, der neuerdings ankommt und vorläufig meist von Männern bedient wird, bringt 15 M. Lohn pro Woche. Ein Ehepaar verdient also 21 M. die Woche bei 11-12 stündiger Arbeitszeit. Heimarbeit giebt es in Spremberg in der Textilindustrie nicht mehr; durch den mechanischen Webstuhl ist sie verdrängt. Dagegen wird dieselbe Erfahrung, wie in vielen andern Fabrikorten, auch hier gemacht, nämlich, daß die Landbevölkerung, selbst die Töchter wohlhabender Bauern, in die Fabriken gehen und lieber die Landarbeit von gemieteten Mädchen ausführen lassen. Die städtischen gelehrten Arbeiter sind von diesem beständigen Jargon nicht erregt, weil dadurch eine Unterbietung der Löhne durch ungelernete Arbeiter und dadurch oftmals Verdrängung der alten bewährten Kräfte geschieht. Einfachsvolle Arbeitgeber erhalten sich wohl die einmal als tüchtig erprobten Kräfte, doch der Verlockung, für geringeren Lohn Arbeitskräfte zu erhalten, widerstehen eben nicht zu viele.“

Ueber die Lage der Arbeiterkassen im allgemeinen läßt sich Frau Cauer also aus: „Die Lage der Arbeiter in Spremberg und den umliegenden Fabrikorten ist durch den Jargon der Landbevölkerung eine sehr schwierige und trübe. — Schwierig, denn jeder Arbeiter wird sofort ersetzt werden können; trübe, denn an eine Aufbesserung ihrer Lage ist infolgedessen kaum zu denken.“ Die Arbeiterinnen,“ so sagt Frau Cauer weiter, „zeigten im Privatgespräch nicht allein Vertrauen, sondern sie lieferten auch den Beweis, daß sie die Arbeitermentagen mit Aufmerksamkeit verfolgt hatten. Im allgemeinen schienen sie keine Hoffnung auf irgend welche Besserung ihrer Lage zu hegen, obgleich es ihnen völlig einleuchtete, daß sie zum Zusammenhalt, also zur Organisation streiten müßten. Ein Hoffnungsstrahl schien ihnen allen die Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren zu sein. Es war mir auffallend, wie genau sie über diese Sache orientiert waren, wie schneidig sie danach ausschauten und wie viel sie davon erwarteten. Mit großer Besorgnis erfüllte die verheirateten Frauen die von der Regierung ausgeschriebene Enquete über die Einschränkung der Arbeit oder gar Ausschluß der verheirateten Frauen aus den Fabriken. Sie erklärten eine solche Maßnahme für Vermehrung ihres Elends. Meist hatten die verheirateten Fabrikarbeiterinnen Witwer, Schwieger oder Tante, welche für den Haushalt, für die Kinder sorgten, doch gaben sie zu, daß, wo auch diese Hilfe und Stütze fehle, die Last der Frau kaum erträglich, die Erziehung der Kinder kaum möglich sei; der Lohn des Mannes reiche eben nicht aus. 21 M. Lohn die Woche für Mann, Frau und Kinder zwingt natürlich die Arbeiter zur geringsten Nahrung: Kaffee, Brot, Kartoffeln und Hering, das, so erklärten sie mir, wäre nur dafür zu beschaffen, an ein Zurücklegen für das Alter sei natürlich nicht zu denken und die Altersrente sei weder zum Leben noch zum Sterben ausreichend.“

Frau Cauer schließt ihren Bericht mit einer Klage darüber, daß die in der „schönen Villa“ wohnende Frau des „Fabrikherrn“ sich in keiner Weise veranlaßt sieht, für die Arbeiterinnen etwas zu thun, gleich so vielen andern; „trotzdem die Stimme der Zeit so gewaltig und menschlich dröhnend und mahnend vor ihren Thüren hämmert und pocht.“

Sociales.

Billich weggenommen ist der Betriebsleiter Herz in Freiburg in Schaffsen, der als Leiter einer Fabrikfabrik Kinder unter 14 Jahren länger als 6 Stunden täglich (9-10 Stunden) beschäftigt hatte. Das Schöffengericht in Freiburg verurteilte ihn dafür zu 20 Mark Geldstrafe. Auf 3 M. Geldstrafe wurde anßerdem erlannt, da Herz es unterlassen hatte anzumelden, daß er Kinder unter 14 Jahren beschäftigte.

Gegen die geplanten Änderungen des Krankenkassen-Gesetzes sollen in Magdeburg Protestveranstaltungen stattfinden. Die Versammlung der Vorstände der dortigen Orts-Krankenkassen und freien Hilfskassen, die dies beschloß, beschäftigte sich eingehend mit den bekannten Änderungsorschlägen und kam in vielen Punkten zu einem durchaus ablehnenden Standpunkt. In einem ausführlichen Referat wurden die Versuche, den Arbeitgeber einen größeren Einfluß auf die Krankenkassen einzuräumen bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Beiträge und Bestallung eines Gemeindebeamten als „Vornund“ der Krankenkassen, sowie Anstellung der Beamten durch die Gemeinde scharf verurteilt. Für die freie Arztwahl und Streichung der Worte: „geschlechtliche Ausnahmefälle“ erklärt sich der Redner, verneint aber die Frage nach der Erhöhung der Beiträge der Aufsichtsbekörden. Lebhafte Entrüstung und Heiterkeit erregt das Verlesen der Frage, welche sich darauf bezieht, ob die Angehörigen der socialdemokratischen Partei ihre Stellung als Kassendeckungsmitglieder haben. Die ganze „Reform“ solle nur dazu dienen, das ohnehin geringe Selbstverwaltungsrecht der Versicherten noch mehr einzuschränken.

In einer nach längerer Diskussion angenommenen Resolution heißt es unter andern: Die Versammlung ist mit der Ausdehnung des Kreises der Versicherten auf breiterer Grundlage einverstanden, desgleichen mit der Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen; sie erwartet, daß das neue Gesetz so gestaltet wird, daß den Kassen die Möglichkeit bleibt, ihre Leistungen in einem recht breiten Rahmen nach Belieben zu erweitern. Die Versammelten haben nicht den Wunsch, daß eine andere Verteilung der Beiträge stattfindet, verwerfen aber auch ebenso entschieden eine andere Verteilung der Rechte der Versicherten und der Arbeitgeber in Generalversammlung und Vorstand. Die Versammlung protestiert entschieden gegen die etwa geplante Angliederung der Krankenkassen an die Gemeinden und die Bevormundung seitens behördlicher Organe; sie verlangt vielmehr vollständig freies Selbstverwaltungsrecht, damit die Freundschaft auf der Verwaltung den Kassendeckungsmitgliedern nicht genommen wird und diese selbst vor Nachteilen bewahrt bleiben. Die Versammlung fordert geeignete Bestimmungen, die der Periphetisierung der Kassen Einhalt thun und den Kassen das Recht gewähren, den Zusammenschluß derselben aus freier Entschlieung herbeiführen zu können. In der Rezisefrage spricht sich die Versammlung für Weibehaltung der jetzigen Bestimmungen aus, wonach jeder Klasse es freisteht, das ihr genehme Vergeltssystem beizubehalten.

Versammlungen.

Eine stark besuchte Versammlung der Drechsler tagte am Sonntag in Steherts Salon bekaus Beschlußfassung über die Lohnbewegung und Entgegennahme des Berichts über die Tarifverhandlungen der Reuenerkommission mit den Meistern. Das einleitende Referat hielt Deutzer, Redner wies darauf hin, daß bereits im Jahre 1896 die Drechslergesellen mit Erfolg den Versuch unternahmen, geregelte Zustände im Gewerbe zu schaffen. Seit der Zeit haben die Meister ununterbrochen versucht, die Löhne zu reduzieren, als Beweis für diese Maßnahme erinnere er nur an die vielen Werkstellenstreiks, die zu führen waren. Die Unternehmer haben sich die Zwangsbindung geschaffen und wollen vermittels dieser das Handwerk heben. (3) Aber auch die Organisation der Drechslergesellen ist eine festere geworden.

Inzwischen haben sich wieder in einigen Werkstellen Verhältnisse eingestellt, die über kurz oder lang das Eingreifen der Organisation notwendig machten. Dieses hatten wohl auch die Arbeitgeber geahnt, denn eine Kommission der Meister machte ins den Vorschlag, ebenfalls eine Reuenerkommission zu wählen und dann sollte die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmerern bestehende Kommission Tarifvereinbarungen ausarbeiten. Diesen sind wir nachgekommen. Die Verhandlungen widelten sich auch so glatt ab, daß gar kein Zweifel über die Annahme des Tarifs in der Meisterversammlung bestehen konnte. Wie die Sachlage sich gestaltet hat, das dürften Sie bereits aus den Berichten des „Vorwärts“ erfahren haben. Mögen die Scharmacher, die Grund, Walter und Genossen, die uns provoziert, die auch gegen

die Jungung intrigieren, die Verantwortung für die Folgen tragen. (Beifall der Beifall.)

Zu der nun folgenden Diskussion suchte zunächst der Obermeister der Jungung das Verhalten der Meisterkassen zu rethorifizieren. Er bittet die Gesellen, nicht die Jungung mit Gaspozzi zu identifizieren. Er spreche es hier offen aus, die Art und Weise, wie Gaspozzi sich in der Meisterversammlung betragen habe, bedauere er sehr. Er rät ab von einem Ausstand, man möge doch noch einmal versuchen zu verhandeln, der Streik würde schädigend. Von den Gesellen sprachen noch Tabbert, Köpfer, Richter, alle im Sinne des Referenten, von den Meistern Werdermann und Grund. Nach einem Schlußwort des Referenten wurden folgende Resolutionen angenommen:

Die Versammlung der Drechsler erklärt unter allen Umständen, für die Durchführung des von der Reuenerkommission ausgearbeiteten Tarifs einzutreten. — Als ersten Schritt hierzu haben alle Drechsler am Montag, den 10. September, den Tarif für die Baubranche ihren Arbeitgebern vorgulegen und bei Nichtanerkennung die Arbeit niederzulegen.

Die Annahme erfolgte gegen vier Stimmen der Werkstatt P. Schmidt. Folgende Resolution wird gegen eine Stimme angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Gesellen in der Reuenerkommission durchaus einverstanden. Die Versammlung spricht über das Betragen der früheren Drechslergesellen Gaspozzi und Genossen, welche zum Teil dem Vorstand der freien Vereinigung der Drechsler angehören, ihre tiefste Entrüstung aus und hält es für Pflicht eines jeden ansässigen Kollegen, diese Herren unter sich zu lassen, damit dieselben sich nicht dem „Gefindel“ fernern abzugeben brauchen.“ Mit der Mitteilung, daß sämtliche Meldungen über Arbeitsniederlegungen bezw. Bewilligungen im Bureau des Holzarbeiter-Verbands, Engel-Heer 15 I, anzugehen sind, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (Sektion der Getreide- und Speicherarbeiter) hielt am 8. d. M. eine gutbesuchte Versammlung in „Steherts Fest-sälen“, Andreasstr. 21, ab. Werner referierte über: „Was haben die Speicherarbeiter zu thun, um ihre Lage zu verbessern?“ Ein reicher Beifall lohnte das Referat. Hieran wurde einstimmig beschlossen, folgende Forderungen den Unternehmern zu unterbreiten: Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr inkl. einer halben Stunde Frühstück, einer Stunde Mittag und einer halben Stunde Vesperanz; Lohn pro Stunde 40 Pf., für jede geleistete Leberstunde 50 Pf.“ Nach Wahl einer fünfgliedrigen Lohnkommission wurde mit einem begeisterten Hoch auf die Lohnbewegung die Versammlung geschlossen.

Die Schlächtergesellen hielten am Sonntagvormittag eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Reu über Aufbesserung der Lohnverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit im Schlächtergewerbe referierte. Trotz der vielfachen Versuche um Abänderung dieser Forderungen ist bis jetzt nur äußerst wenig erreicht worden. Wie im Bädergewerbe, ist 14- bis 16stündige Arbeitszeit in gesundheitswidrigen Räumen bei 5-7 M. Wochenlohn nichts Seltener. Die Sonntagsarbeit ist allgemein üblich und besteht die mederträchtige Sitte, den Sonntag als Entlassungs- und Kündigungs-tag zu nehmen. Wenn auch bisher eine Lohnbewegung unmöglich war, so müsse aber der Versuch in nächster Zeit erneuert werden, um die schlimmsten Uebelstände zu beseitigen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine äußerst rege Besprechung, in der auch u. a. die Beseitigung des benachteiligten Stellenvermittlungswesens und dafür ein eigener Arbeits-nachweis verlangt wurde. Vor allem sei aber allgemeine Aufklärung über Arbeiterfragen bei den Schlächtergesellen erforderlich. Jungung und freie Vereinigung der Berliner Schlächtermeister haben übereinstimmend sich geweigert, den Forderungen der Gesellen gerecht zu werden. Die Petition an die Reichskommission für Arbeiter-statistik blieb ebenfalls ergebnislos. Aus diesen Gründen beschloß die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution, die Schlächtergesellen aufzufordern selbständig vorzugehen. Demgemäß wurde eine fünfgliedrige Lohnkommission gewählt, um Erhebungen zu veranlassen und darüber in späteren Versammlungen Bericht zu erstatten. Die Schlächtergesellen werden erucht, sich der Organisation des Verbands anzuschließen. Der Eintritt beträgt 50 Pf., der wöchentliche Beitrag 15 Pf. Die Versammlungen tagen jeden Sonntag nach dem 15. im Monat bei Säpfer, Rosenthalerstr. 57.

Der Verband der Buchbinder beschäftigte sich in seiner Versammlung am 8. d. M. mit der Regelung einiger Verbandsangelegenheiten. Sodann entspann sich über die Lohnbewegung eine längere Debatte. Ein Antrag Hoffmann, den Verbandsvorstand zu ersuchen, eine Extratreue wegen der zu erwartenden Lohnbewegung auszusprechen, wird angenommen. Nachdem noch Weinschild darauf hingewiesen hat, daß die Einheitsarbeiter in kürzester Zeit in eine Bewegung treten werden, erfolgt Schluß der gut besuchten Versammlung.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Vereins der Tischler (Vertrauensmänner-Centralisation) tagte am 4. September. Die Frage: Wie stellen sich die Kollegen zu den Wahlen zur Jungungs-Krankenkasse, Jungungsaußschuß und Handwerkerkammer? wurde dahin beantwortet, daß es angebracht erscheint, in dieser Korporation vertreten zu sein. Es entspann sich hierauf eine längere Diskussion über Werkstätten-mißstände, und wurde die Kalkulationskommission beauftragt, für Beseitigung derselben einzutreten. Hieran kamen die Uebelstände, welche sich in einem Teil der in diesem Jahre nach dem Streik gegründeten Genossenschaften der Möbelbranche bemerkbar machen, zur Sprache. Man müsse die Gründung von Genossenschaften anerkennen und würde am liebsten das Genossenschaftswesen im vollsten Umfange verwirklicht sehen, sobald die Gründer derselben, soweit sie tüchtige Gewerkschafter und Genossen waren, an ihren früheren Prinzipien festhalten und nicht, wie geschehen, bald in die Fußstapfen des Kapitalismus treten. Nach Angabe eines Redners ist es sogar vorgelommen, daß eine im Osten etablierte Genossenschaft ein Viskett um 400 M. billiger angenommen hat, als es einem andern Unternehmer möglich war die Arbeit herzustellen. Diese Differenz ist wohl hauptsächlich auf die Unkenntnis in der Veranschlagung der Preise zurückzuführen. Derartige Genossenschaften suchen dann das Defizit zu decken, indem sie die Arbeitszeit bis zum äußersten verlängern. Daß Genossenschaften mit solcher Geschäftsprinzipien wie zum Nutzen der Arbeiterkassen wirken können, ist klar ersichtlich.

In der Versammlung der Delatoren sprach am 4. September Paul Zahn über Belohnungen im 19. Jahrhundert. Sodann besprach man in der Versammlung die Verhältnisse in einigen Werkstätten, wobei festgestellt wurde, daß leider einige Firmen die Vereinbarungen vom 28. Mai nicht imnehielten. Letztere empfahl deshalb einen festen Zusammenschluß in der Organisation, damit diesem Beginn der Fabrikanten entgegengetreten werden kann.

Im Verband deutscher Barbier gab das Mitglied Bormle in der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. d. M. den Bericht über den sechsten Verbandstag. Da der „Vorwärts“ seiner Zeit den Bericht gebracht hat, so erübrigt sich eine Wiederholung desselben. In der ausgedehnten und teilweise sehr heftigen Diskussion waren sämtliche Diskussionsredner mit den Beschluß des Verbandstags nicht einverstanden, und wurde auf das lebhafteste bedauert, daß die durchaus krante Organisation weiter bestehen soll. Eine Resolution, die sich mit den Beschläffen des Verbandstags nicht einverstanden erklärt, sowie die weitere Zugehörigkeit des Berliner Zweigvereins zum Centralverband auf die Dauer von 6 Monaten als Probe festsetzt, wurde einstimmig angenommen. In den Verbandsauschuß, der die Geschäfte des Verbands zu kontrollieren, sowie sämtliche Beschwerden zu erledigen hat, wurden König, Koble, Simson, Bernke und Liere gewählt.

Charlottenburg. Hier tagte am 4. September eine Mitgliederversammlung des Verbands der Maurer, in der W. Schulz über den korporativen Arbeitsvertrag sprach. Redner, der sich für korporative Arbeitsverträge aussprach, fand in der Diskussion allgemeine Zustimmung. Es folgte dann der Bericht des Gesellen-ausschusses. Der Antrag, die Vertreter zurückzuziehen, wurde abgelehnt.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 10. Sept.
Cyrenäen. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Uriei Acosta. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Stoll).
 Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosmersholm. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die deutschen Kleinfüßler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Casa paterna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Margut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Hirsch. Vorher: Das Hinterwäldl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Urdine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Kreuzblut. Hierauf: Die Schulleiterin. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Paissen. Minna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Müller und Schulte auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Selle-Milane. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Russische. Anf. 7 1/2 Uhr.
Postage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternmarie.
Tandemstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
 Schauspiel in 3 Akten von G. Giacosa. Deutsch von O. Gensdörff. Hierauf: **Die Schulleiterin.** Lustspiel in einem Akt von G. Hoff. Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Ebner-Eschenbach-Fest. Mittwoch, abends 8 Uhr:
 1. Teil, erster Abend.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Faust.
 1. Teil, zweiter Abend.

Central-Theater

Nur noch 4 Aufführungen!
Die Gräfin.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen u. folgende Tage: **Die Geisha.**
 Sonnabend, den 15. September u. z.
 Zum erstenmal:
Der griechische Sklave.
 (A Greek Slave).
 Aufführung: Operette in 3 Akten von Edwin Jones.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Novität! Zum erstenmal: Novität!
Müller und Schulte
 auf der Pariser Weltausstellung.
 Große Ausstattungsposte mit Gesang in 5 Bildern von Carl Weiss u. J. Dill. Musik von H. Richter. Regie: J. Dill. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, nachm. 3 Uhr. Preise: Die Anna-Lie.

Apollo-Theater.

Um 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Robert Steidl
 mit neuen Schlagern.
Adele Moraw.
 Der Kosmograph: Neue Serie China-Bilder.
 Ferner 8 neue Spezialitäten.
 Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Der Mandarin von Tsing-ling-ting.
Eduard Steinberger als Gast.
Bianca & Desroche. Rudinoff.
La Charmeroy. Sist. Danbar.
Les 3 Kezials. Woodsov.
 Anfang 1 1/2 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
 Jeden Dienstag
 Jeden Donnerstag
Original Norddeutsche Sänger.
 Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
 Nachher: Tanz. W. Trapp.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Marokkaner
 (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
 Vorstellung **stündlich.**
 Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS

PANOPTICUM
Neu! Graf Waldersee
 in der Tropen-Uniform.
Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!
 Die sensationellen lebenden Photographien:
Russische Nationale Streichkapelle.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Geöffnet.
Eröffnung der Winter-Saison
Sonntag, den 16. September.
Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Bürgerstr. 22.
 DIRECTION: Winkler und Fröbel.
Dienstag, den 11. September:
Das Riesen-September-Programm.

Neu! Büffelnutzen. Neu!

Große Hofe mit Gesang u. G. Branne. Puff, Klempnermeister: Dr. R. Winkler. **Rini Bülow.** Chansonetten-Diva. **Gary-Truppe.** Grand Grottesque-Fantasmien. **Willy Verch.** Centric-Chansonette **The Bernards.** Riesen-Lustspiel. **Dr. Bobbi.** mit seiner dreifachen Hundemeute. Außerdem nur erstklassige Künstler und Spezialitäten.
 Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 8 Uhr.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72/73.
 Novität! Novität!
Heute und folgende Tage:
Der Liebes Schlüssel.
 Große Ausstattungsposte mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Ren und H. Schönfeld. Musik von R. Schmidt. Anfang präcise 7 1/2 Uhr.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7-9.
 Täglich: **Lebenswellen.** Volkshaus mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von R. Bial. Soubrette auf dem Jweirad **Henriette Donsau.** die Grottesque **Duettilien Gebr. Milardo.** Tauma-Quartett. **The Miltons.** Turner am dreifachen Red. **Flores Raponet.** Kunstseiler u. Tierstimmen-Imitator. **The Herwoods.** **Rexer-Centrics.** - **Konzert.** Anfang 4 Uhr. - Eintritt 30 Pf. **Kalho.**

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Fausts Nachlass.
 Anfang Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Montag und Donnerstag: Tanz frei. Alle andern Tage sind die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Versammlungen, ebenso für Vereins-Vorstellungen und Matineen (Hoffmanns Nordd. Sänger) bestens empfohlen.

Gossmanns Konzertgart.

Kreuzbergstr. 46, an d. Kapbachstr.
 Jeden Sonntag:
Garten-Freikonz. und Gr. Ball.
 Jeden Montag u. Freitag:
Norddeutsche Sänger.
 Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränzchen. Tägl. Versammlungen u. Gesellschaft.

Secessions-Bühne.

Eröffnungs-Vorstellung
 15. September 1900.
Komödie der Liebe.
 Von Henrik Ibsen.
 Vorverkauf an der Tageskasse.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
 Anfang:
 Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
 Im Garten oder Saal
 Täglich:
Norddeutsche Sänger
 (Rühmann, Horst, Walbe.)
 Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
 Familien-Billetts: 3 St. 1 M.
 Fond nur in der Woche gültig.
 Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4 Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Bettstellen, Matratzen, Polsterbetten

33/44 wegen Umzug bis 22. Septbr., ein Bett, billig zu verkaufen in der Fernmüllfabrik **Elfenstr. 29.**

Gardinen

Spezialität:
Rezeptions- und Jugend-Stil.
 250 Muster. Katalog (450 Illustr.) gratis und franco. (53552)
 Berlin S. 158.
Emil Lefèvre, Oranienstraße

Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen
 zu Fabrik-Preisen.
 Eigene Werkstätte im Hause. (54442)
Bukow, Invalidenstr. 13.
 Lager: Parlerstr. u. I. Etage.

Außbaum-Möbel.

g. Einrichtungen, darunter Teppiche, Vertikalen, Gardinen, Stores, Truhen, Tischgarnituren, Paneele, Sofas, Pianinos, Musikinstrumente, verschiedene Gelegenheitskäufe, alles portabillig beim **Auktionator Mödernerstr. 137.** nachmittags 2-8 Uhr. 52572

Fert mit den Warzen

Neubelt! Warzenstift.
 wirkt nicht tödlich, nicht Wirkung wunderbar auf alle große Warzenwirkung zeigt.
 Bestreuer Herr **W. W. W. W.** hat den Hauptstift des Stiftes mit glücklichem Erfolg, wenn jeder Warze nämlich mehrere Warzen an den Händen und durch ihren Stift bei der Fertigkeit in acht Tagen verschwinden, alle nochmals besten Taut Hückswagen, 11. 98.
 In jeder Apotheke zu haben.
 Preis 30 Pf. in 100 Stück.
Paul Koch, Galanteriewaren-Großhandlung in Breslau.

A. Goldbach, Gastwirt.

O., Richtigstrasse Nr. 8, Ecke Löwestraße.
 Telefon: Amt VII, Nr. 4550. 53919
 Empfehle meinen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch zu soliden Preisen; ff. Weiss- und Bayerisch-Bier sowie echt Antubacher und verschiedene Rot- und Weißweine. Vereinszimmer noch einige Tage frei.

Cigarren

von 18-100 St. per 1000 St., die bei einigen hundert Best. Cigarrenhändlern Detail und Engros eingeführt sind, liefert direkt von den Fabrikanten, ohne jeden Zwischenhandel, an Cigarrenhändler oder solche die ein Geschäft errichten, zu den billigsten Zahlungsbedingungen. Die Cigarren-General-Agentur und Kommissionslager **Süddeutscher Cigarren-Fabrikanten S. Rund.** Gr. Frankfurterstr. 52. (52802)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction:
 Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 11. September, abends 8 Uhr, bei **Walter** (Königsbau), Große Frankfurterstraße 117:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil:** Kus dem Reich des Herrn von Thielens. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Dienstag, den 11. September, abends 8 Uhr:
Grosse öffentl. Versammlung
 in **L. Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.** 260/17
 Tagesordnung: Darf die deutsche Gewerkschaftsbewegung unpolitisch oder neutral sein? Referent Genosse **Theodor Metzner.** Diskussion.
Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend.

Anherordentliche General-Versammlung

der **Berliner d. Arbeitgeber und Arbeitnehmer**
 der **Orts-Krankenkasse**
 der **Maschinenbau - Arbeiter und verw. Gewerbe**
 zu Berlin
 am **Donnerstag, 20. September,** abends 8 Uhr, im **Römischen Restaurant,** Brunnenstraße 188, am **Stoßentaler Thor.**

Tages-Ordnung:

1. Antrag des Vorstands auf Verlängerung des Vertrags mit dem Verein der jetzigen Kassendirektoren. 2. Bericht des Vorstands über die endgültige Erledigung der Angelegenheit Schilling und Brauer. 3. Antrag des Vorstands auf Abänderung des § 12 Abs. 1 Ziffer 2 des Statuts. 4. Verschiedenes.
 Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassendücher notwendig ist, müssen bis zum 16. d. M. mündlich oder schriftlich behufs Verantwortung derselben in der Generalversammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist erwünscht. 28096
Das Mandat legitimiert.
 Berlin, den 11. September 1900.
Der Vorstand.
Hans Zeysig. G. Papendorf.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, im **Königshof,** Bülowstr. 37-40:
Oeffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Reichsverfassung, Reichstag und Schinapolitik der Reichsregierung
 Referent Reichstags-Abgeordneter **R. Fischer.**
 Freie Diskussion. Jedermann hat Zutritt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 12. September, abds. 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15:
Versammlung der Bautischler Berlins.
 Tages-Ordnung:
 Berichtserhaltung der Tarifkommission betreffs der Maschinenarbeit. Um Klarheit in dieser Frage zu gewinnen ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen der Baubranche erscheinen.
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Branchenversammlung der Stellmacher.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Woyl über: Die Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 106/19

Verb. deutsch. Schneider u. Schneiderinnen (Filiale Berlin.)

Dienstag, 11. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, in der **Berliner Ressource,** Kommandantenstr. 57:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtserhaltung über die Verhandlungen des Verbandstags zu Halle a. S. 2. Wahl eines 2. Bureaukaufmanns. 3. Verschiedenes.
 Zutritt nur für Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Es ist Pflicht aller Verbandsmitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kostümschneider u. Schneiderinnen.

Mittwoch, 12. September, abends 8 1/2 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20: 104/16
Werkstatt- und Geschäftsdelegierten-Sitzung.
 Die Kollegen und Kolleginnen dieser Branche werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Tischler Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation).

Dienstag, den 11. September, abends 8 Uhr, in **Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:**
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Darf die deutsche Gewerkschaftsbewegung unpolitisch oder neutral sein? Referent: Genosse **Theodor Metzner.** 2. Diskussion. (186/6)
 Das Erscheinen aller ist notwendig.
Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 15. September, im **Konzerthaus Sandfouci,** Kottbuser Straße 1a:
Stiftungsfest
 unter Mitwirkung des **Sängervereins „Züngerkreis“** unter persönlicher Leitung des Gesangslehrers Herrn **R. Lange.**
Auftreten der Hoffmannschen Norddeutschen Sänger Freyrede.
 Nach Schluß der Vorstellung: **Großes Tanzkränzchen.**
 Biletts sind zu haben bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und im **Arbeitsnachweis, Ranninstr. 79,** beim Kollegen **Grundmann.**
 Herren-Billet 50 Pf. inkl. Tanz. Damen-Billet 30 Pf.
 Anfang 8 Uhr. Programm frei. Ende ? ? ?
 142/11 **Der Vorstand.**

Achtung! Dummelsburg u. Umg. Achtung!

Mittwoch, 12. Septbr., abends 8 1/2 Uhr, im **Café Bellevue:**
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Stellung der Socialdemokratie zur Kirche. Referent **Adolf Hoffmann.** 2. Wahl eines Komitees zum Austritt aus der Landeskirche. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Künstl. Zähne

von 3 R. an, vorzüglich. Zähne plombieren (schmerzlos), Schmerzloses Zahngleichen, Goldstein, Oranienstr. 123. *
 kaufen Sie nirgends vorteilhafter, als in der
Bettfedern Geflügelmatteneri Alfred Sindermann,
 Renz-Dehlfenice, Generalfstr. 7 (nahe Prentze-
 lauer Allee). Dampf-Bettfedern-Reinigung. Telefon Nr. 43. (48772)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Im socialdemokratischen Wahlverein spricht morgen, Mittwochabend 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c, Genosse Dr. Bruno Vorwardt über: Das Programm der socialdemokratischen Partei. Außerdem Diskussion und Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Schöneberg. Zwei öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Die Schöneberger Hochbaudeputation und die Streikkrankel“ finden heute abend im Klubhause, Hauptstr. 5-8 und bei Obfr. Grunewaldstr. 110 statt. Arbeiter, erscheint zahlreich!

Rixdori. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält in dem Vereinsbrauerei-Ausschuss der Socialdemokratische Verein „Vorwärts“ seine Mitgliebertagung ab. Genosse Jahn hält das Referat: Humanität und Gewalt.

Steglitz. Heute Dienstagabend 7 Uhr, findet in Steglitz und Friedenau eine Flugblattverbreitung statt. Wir erlauben die Parteigenossen, sich recht zahlreich in den bekannten Lokalen einzufinden.

Lokales.

Die juristische Sprechstunde findet wegen des großen Andrangs fortan nicht nur am Montag, Dienstag und Freitag, sondern auch am Donnerstagabend von 7 bis 9 Uhr statt.

Die Gewerbe-Inspektion in Berlin.

Obgleich die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten noch nicht erschienen und im Buchhandel noch nicht zu haben sind, ist doch die „Korrd. Allgem. Itg.“ in den Westig einiger Abschnitte aus den für Berlin und Charlottenburg erstatteten Berichten gesetzt worden. Es ergibt sich daraus, daß im abgelaufenen Jahre insgesamt 208 772 Arbeiter im Aufsichtsbezirk Berlin-Charlottenburg der Aufsicht unterstanden. Im Verkehr der Beamten mit den Arbeitern ist, wie der Bericht hervorhebt, keine Veränderung eingetreten, das heißt also, er ist auf ein Minimum beschränkt geblieben. Daß dieser Mangel auf das unverständliche, an die Aufsichtsbeamten ergangene Verbot zurückzuführen ist, mit den Arbeitervereinen in Verbindung zu treten, wissen unsere Leser.

Sehr auffallend ist die im vergangenen Jahre beobachtete Vermehrung der Arbeiter-Unfälle. Unfallanzeigen sind 11 987 gegen 8549 im Vorjahre eingegangen; sie betrafen 83 Todesfälle und 261 Verletzungen, welche eine Störung der Erwerbsfähigkeit von mehr als 13 Wochen demuten ließen. Auf 10 000 Fabrikarbeiter kamen Unfälle insgesamt 1897: 421, 1898: 456, 1899: 617; schwerere Unfälle 1897: 6,45, 1898: 6,14, 1899: 13,4; tödliche Verletzungen 1897: 1,04, 1898: 0,85 und 1899: 1,7. Für den „Aufschwung der Industrie“ und die vermehrte Arbeitsgelegenheit hat also die Arbeiterklasse schwere Opfer an Gesundheit und Menschenleben bringen müssen.

Was die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung des Aufsichtsbezirks anlangt, so konstatiert der Bericht, daß die anhaltend gute Lage der Industrie, die noch immer nicht gedrückte Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach gelerntem Arbeiter, im Berichtsjahre noch eine weitere Steigerung des Arbeitsverdienstes zur Folge hatte. Indessen ist nach übereinstimmender Ueberszeugung der Gewerbe-Inspektionen die gleichzeitige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Wohnungen derart gewesen, daß der Mehrverdienst dadurch meist ausgeglichen wurde, so eine bemerkenswerte Gebung des Gesamtwohlstands der Arbeiter nicht behauptet werden kann.

Es wird also hier von amtlicher Seite ausdrücklich zugegeben, was auch der „Vorwärts“ leider schon wiederholt konstatiert hat, daß die höheren Arbeitslöhne durch die allgemeine Preissteigerung für alle Lebensbedürfnisse den Arbeitern keine Erhöhung der Lebenshaltung gebracht haben. Auch die zu einer öffentlichen Salomität gewordenen Wohnungsnot wird in dem amtlichen Bericht in vollem Umfange zugegeben. Es heißt da:

„Sehr empfindlich ist die Wohnungsnot, welche augenscheinlich noch eine Steigerung erfahren hat. Wenn auch ein Teil der Arbeiter, begünstigt durch bequeme Verbindungen, sich in den Vororten, wo preiswerte, gesunde Wohnungen zu finden sind, niedergelassen hat, so füllt sich ein anderer Teil aus verschiedenartigen Beweggründen veranlaßt, in der inneren Stadt zu bleiben. Durch das Niederrücken von alten Wohnvierteln, an deren Stelle große Geschäftshäuser und Luxusbauten treten, verringert sich die Zahl der kleinen Wohnungen immer mehr; für die übrig bleibenden, oft nur den allerbesten Ansprüchen genügenden, werden übertrieben hohe Mieten bezahlt, welche oft ein Viertel, ja bis zu einem Drittel des Verdienstes des Mannes ausmachen.“

Von einer besorglichen Maßregel

gibt nachstehendes Rundschreiben Kunde:

Gütergoy, den 7. September 1900.

Den geehrten Redaktionen

derjenigen Zeitungen, welche bisher in liebenswürdigster Weise meinem Sanatorium Gütergoy ein Exemplar ihrer Zeitung kostenlos zur Verfügung gestellt haben, danke ich verbindlich für die erwiesene Freundschaft, bitte aber, vom 1. Oktober ab von der ferneren Zusendung absehen zu wollen, da Tageszeitungen in unserem Sanatorium nicht mehr zur Auslage kommen.

Mit vorzüglichster Hochachtung ganz ergebenst

die Sanatoriums-Verwaltung.

Bereits in früherer Zeit hatten wir zu rügen, daß einzelne Heilanstalten gegen das Auslegen von Zeitungen einen wunderlichen Widerwillen zeigten, doch lehnte sich diese Animosität nur gegen socialdemokratische Blätter. Wir entsinnen uns aber, daß es 1898 dem hiesigen Arbeiterbetreuer-Verein gelang, in der Anstalt zu Görbersdorf z. B. auch dem „Vorwärts“ Eingang zur Lesehalle zu verschaffen. Wenn nun das der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin unterstehende Sanatorium Gütergoy alle Zeitungen verbannt, so ist diese schandbare Parität erst recht bedenklich, da die Maßregel auf alle Fälle gegen die in der Anstalt befindlichen Arbeiter gerichtet ist, denen die jedem Kulturmenschen unentbehrliche Zeitungslektüre ohne ersichtlichen Grund entzogen werden soll. Daß das Verbot hauptsächlich socialdemokratische Blätter trifft, weil diese selbstverständlich am meisten von Arbeitern gelesen werden, wollen wir nun weder erörtern.

Man wende nicht ein, daß es jedem Patienten unbenommen sei, persönlich auf seine Kosten eine Zeitung zu halten. Wer da weiß, daß die im Sanatorium befindlichen Rekonvaleszenten zumeist eine darobende Familie zu Hause haben, für die jeder Pfennig gespart werden muß, der wird einsehen, daß diese Leute fast ausschließlich auf die wenigstens von socialdemokratischen Verlegern namentlich gespendeten Zeitungen des Lesesaals angewiesen sind.

Die unbegreifliche Maßregel der Sanatoriums-Verwaltung gewinnt durch einen anderen Umstand noch an Bedenklichkeit. Wie er-

innerlich, sind den öffentlichen Heilanstalten die Flugblätter des gewerkschaftlichen Socialistenvereins anders Pastor Hülle aufgedrängt worden. Wir hegen nicht den schimpflichsten Verdacht, daß die Verwaltung die Eubelen des Kapitalistenpflanzens bevorzugt, aber gespannt sind wir doch, ob auch diese Art politische Lektüre fortan aus dem Lesesaal des Sanatoriums verbannt wird!

Nach allem erwarten wir, daß, wenn die Sanatoriums-Verwaltung die bellagenden und verbitternde Maßregel nicht aus eigenem Geheiß rückgängig macht, die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin schleunigst Remedur schaffen wird.

Schweren der Straßenbahn-Angestellten. Zur Vermeidung der zahlreichen Zusammenstöße und der sonstigen Unfälle im Betriebe der Straßenbahn hat die Direktion zwar keine geeigneten Maßnahmen ergriffen, doch hat sie dafür gesorgt, daß jeder Zusammenstoß sorgfältig notiert, rapportiert und registriert wird, damit er schließlich auf wohlgeordnetem Instanzenwege zur Kenntnis der Direktion kommt. Nun werden allerdings die Betriebsunfälle durch dieses bürokratische Verfahren nicht vermindert, aber den Angestellten wird dadurch eine Arbeitslast aufgebürdet, die ihre freie Zeit erheblich in Anspruch nimmt. Die Schaffner haben auf vordruckten Formularen über jeden Betriebsunfall eine schriftliche Meldung zu erstatten. Auf Grund derselben wird dann im Bureau ein Protokoll abgefaßt, welches den Instanzenweg zu durchlaufen hat. Schaffner und Führer des betreffenden Wagens haben sich nun in ihrer dienstfreien Zeit auf das Bureau zu verfügen und das Protokoll zu unterschreiben. Außerdem haben die Schaffner nicht nur die Betriebsunfälle, sondern auch alle sonstigen nicht ganz reglementmäßigen Vorkommnisse im Betriebe täglich nach Schluß der Dienstzeit in ein Meldebuch einzutragen, welches im Bureau ihres Wagens ausliegt. Die Zahl der meldepflichtigen Vorkommnisse ist eine sehr große. Da aber auf jedem Bahnhof nur ein Meldebuch, auf den größeren mit mehreren Hundert Angestellten nur zwei Meldebücher ausliegen, so kommt es vor, daß Angestellte, wenn sie als letzte auf dem Bahnhof eintreffen und Meldungen einzutragen haben, oft stundenlang warten müssen, bis die Reihe an sie kommt. So wird die ohnehin knapp bemessene Ruhezeit mancher Angestellten nicht selten um 3 bis 4 Stunden gekürzt.

Die Direktion glaubt ja, etwas zur Verminderung der zahlreichen Zusammenstöße gethan zu haben, indem sie den Führern, welche ein Vercaulden am Zusammenstoß trifft, mit sofortiger Entlassung droht. Von dieser Drohung wird auch ein ausgeübter Gebrauch gemacht. Die Direktion wartet in solchen Fällen nicht erst die gerichtliche Entscheidung über Vercaulden oder Nichtvercaulden des Wagenführers ab, sondern verfügt die Entlassung schon, wenn der Mann ihrer Meinung nach Schuld an dem Unfall trägt. Bei derartigen Entscheidungen scheinen aber auch noch andre Umstände mitzusprechen. So wurde kürzlich einem Führer, der nach Ansicht der Betriebsleitung einen Zusammenstoß verschuldet haben sollte, gelündigt. Der Mann wurde um Zurücknahme der Kündigung vorstellig, und nachdem er einige Zeit vergebens auf Antwort gewartet hatte, trug er sein Anliegen dem Direktor v. Kähler persönlich vor. Dieser sagte, der Hauptgrund der Kündigung sei der, daß der Führer dem Verbands der Transport- und Verkehrsarbeiter angehört.

Hiernach scheint es, als ob man die Zusammenstöße, ohne welche bei den heutigen Betriebsverhältnissen kein einziger Führer davon kommt, als Vorwand benützt, um organisierte Angestellte zu möglichen. Eine Meinigung des Betriebs von Verbandsmitgliedern wird man aber auch mit solchen Mitteln nicht erreichen, denn die Angestellten der Straßenbahn halten mit anerkannter Treue an ihrer Organisation fest. Sie lassen sich weder durch terroristische Mittel noch durch Lockungen vom Verband abbringen. Der Verein der Straßenbahn-Angestellten (Verein Arbeiter), der unter dem Protektorat der Direktion ins Leben gerufen worden ist, um die Angestellten von ihrer gewerkschaftlichen Organisation abzugeben, will durchaus nicht gelingen, obgleich die Direktion sich lebhaft bemüht, ihn durch mancherlei kleine Vergünstigungen den Angestellten schmackhaft zu machen. So wird beispielsweise den Straßenbahnern, die der Musikpelle des Vereins angehören, die Zeit, die sie im Vereinsinteresse mit Trompetenblasen, Trommelschlagen usw. ausfüllen, als Dienst angerechnet. Da Musikieren immerhin angenehmer ist wie der Dienst auf dem Straßenbahnwagen, so nimmt man solche Annehmlichkeiten wohl hin, ohne sich im übrigen für die arbeiterfeindlichen Tendenzen des Vereins Äußer zu begeistern, und wer mit Rücksicht auf seine Stellung dem Verein nicht fern bleiben kann, wird trotzdem dem Verbande nicht untreu. Mitin sind die Versuche, das Koalitionsrecht der Straßenbahnern zu hinterreiben, bis jetzt erfolglos geblieben, und sie werden hoffentlich auch in Zukunft erfolglos bleiben.

Die beabsichtigte Milchversteuerung ist den Agrariern unter Aufsicht des Herrn Ring-Düppel auf der ganzen Linie geglikt; die Gegenagitation der Milchhändler blieb ohne Erfolg. Dank ihrer Energiehaftigkeit haben die Händler vor den Agrariern Kapitalisieren müssen und der manchem Profiteurfind verhängnisvolle Preisauflschlag ging ohne weiteres durch. Die Kindersterblichkeit wird zunehmen, aber wen kann das genieren?

Weitere Vermehrung der Waisenspfigerinnen. Von dem Recht, Waisenspfigerinnen aufzunehmen, machen die Gemeindevorstände-Kollegien in immer größerem Umfange Gebrauch. In der nächsten Zeit sollen wieder in neun Waisentrats-Bezirken — zum Teil in solchen, wo bisher überhaupt noch keine Waisenspfigerinnen vorhanden war — 16 neue Waisenspfigerinnen-Stellen geschaffen werden. Außerdem sollen vier alte, jetzt erledigte Stellen wiederbesetzt werden. Die vorhandenen Stellen, gegenwärtig ziemlich 500, sind bisher vorwiegend durch die Frauen oder durch andre weibliche Angehörige der in den Waisentrats-Kollegien thätigen Männer besetzt worden.

Betriebsbeschränkungen im Berliner Engros-Exporthandel. Bei der Stellenvermittlung des hiesigen Kaufmännischen Hilfsvereins für weibliche Angestellte ist in der letzten Zeit die Beobachtung gemacht worden, daß ungewöhnlich viele im Engros-Exporthandel thätige Angestellte sich um eine neue Stellung bemühen und dabei als Grund ihres Stellenwechsels Betriebsbeschränkungen der betreffenden Firmen angeben. Diese Einschränkung wird von der Leitung der Stellenvermittlung auf die Kriegswirren zurückgeführt. Da zum Herbst ohnedies stets ein starker Zustrom Stellungsuchender stattfindet, so dürfte sich die Lage des Arbeitsmarktes für die Angestellten des Engros-Exporthandels diesmal noch ungünstiger gestalten als sonst zum 1. Oktober.

Die infanzirliche Behandlung der Familienmitglieder bei der Orts-Krankenkasse der Kaufleute ist von der Berliner Kreisgesellschaft abgelehnt worden. Die Vorstände des Vereins der freigestellten Kassenärzte haben gemeinschaftlich und einstimmig folgenden Bescheid an die Orts-Krankenkasse beschloffen: „Wir beehren uns hierdurch mitzuteilen, daß wir zur Zeit Ihren Vorschlag ablehnen, die ärztliche Behandlung der in der Orts-Krankenkasse der Kaufleute versicherten Personen zu übernehmen. Die Inanspruchnahme der Ärzte würde bei der Familienversicherung hier in Berlin, nach sachverständigem Urteil eine so übermäßige

große sein, daß bei jedem Pauschal die ärztlichen Leistungen in durch- aus unzulänglichsterweise honoriert werden würden. Wir würden daher mit Annahme Ihres Vorschlags die sozialen und wirtschaftlichen Interessen des gesamten ärztlichen Stands auf das Tiefste schädigen. Wir befinden uns in dieser Angelegenheit in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Vorstande des „Vereins Berliner Kassenärzte mit freier Arztwahl“.

gez. Der Vorstand des Vereins der freigestellten Kassenärzte. Beide Vorstände haben ferner beschlossen gegen alle zuwiderhandelnden Mitglieder ihrer Vereine mit allen ihnen statutemäßig zustehenden Mitteln vorzugehen. Mag diese Stellungnahme vom ärztlichen Standpunkt aus auch erklärlich sein, so ist sie als Hemmnis für den Fortschritt des Kassenwesens durchaus zu bedauern.

Nachdem die Siegesallee mit den bekannten Marmorstandbildern versehen worden, erhält auch der Tiergarten neuen künstlerischen Schmuck. Nach einer Korrespondenz sollen um den Floraplay nämlich acht erzene Tiere plaziert werden, von denen bereits zwei riesige, sich lagende Wäffel und ein mächtiger Bär aufgestellt sind. Die Figuren, die sämtlich von Professor Siemering modelliert und in Lauchhammer gegossen worden sind, erheben sich auf ungefährl. 1 Meter hohen aus Granit bestehenden Postamenten und haben ihren Standpunkt auf den Rasenplätzen, die sich zwischen den auf den Floraplay zustöhenden Alleen hinziehen. Für die Aufstellung der übrigen Tiere, unter denen sich u. a. auch ein Rhinoceros und ein Flußpferd befinden werden, sind ebenfalls die Postamente bereits aufgerichtet worden.

Ausstellungsschwindel. In einem Geschäft in der Alexanderstraße erschien vorgestern ein gewandter aufstretender junger Mann, der dem Inhaber eine Pariser Auszeichnung anbot. Er zeigte dem Geschäftsmann auseinander, wie schön es wäre, wenn demnachst an seinem Schaufenster eine Medaille mit der Aufschrift „Paris 1900“ prangte. Eine solche Auszeichnung sei nicht schwer zu erlangen. Wenn der Geschäftsmann sie zu haben wünsche, so möge er ihm nur zwei Gegenstände aus seiner Fabrik zur Ausstellung anvertrauen. Seine Gesellschaft bringe diese auf ihre eignen Kosten und Gefahr nach Paris und auch wieder zurück. Daß seiner Ware ein Preis erteilt werde, sei zwar nicht unbedingt sicher, aber bei ihrer bekannten Güte doch kaum zu bezweifeln. Für eine silberne Medaille seien dann 50, eine goldene 100 und für ein goldenes Ehrenkreuz mit Diplom 150 M. zu zahlen. Der Geschäftsmann lehnte das Anerbieten ab, veräumte es aber leider, den Namen des jungen Manns oder seiner Gesellschaft festzustellen. Den Prospekt nahm der Herr wieder an sich.

Was bei einer Automobilfahrt drausgeht. Die in voriger Woche abgehaltene Automobil-Fahrt Berlin-Kachen hat auch „blutige Opfer“ gefodert, allerdings aber keine Menschenleben. Von den an der Fahrt beteiligten Fahrgägen wurden nämlich totgefahren: 1 Kuh, 2 Schweine, 3 Schafe, 16 Hunde und 23 Hühner, ferner wurden ein Wagen Hen und eine Mauer umgefahren. Für sämtlichen Schaden ist ausreichender Erfolg geleistet worden.

Eine falsche Hundertjährige. Im April dieses Jahres beging die frühere Köchin Fräulein Friederike Wolf, die damals in der Koblenstraße wohnte, die Feier ihres hundertsten Geburtstags. Die Greisin, die durch ihre ungewöhnliche geistige und körperliche Mäßigkeit auffiel und ihre Wirtschaft noch ganz allein führte, erhielt aus Anlaß ihres Jubeltages nicht nur zahlreiche Glückwünsche, sondern auch reiche Geschenke an Geld und Lebensmitteln. Das alte Fräulein hatte den Wunsch, in einer Altersversorgung-Anstalt ihren Lebensabend zu beschließen und war dieserhalb bei der jüdischen Gemeinde vorstellig geworden. Es war in diesem Fall selbstverständlich, daß man der Jubelgreisin diese Bitte nicht abschlug und ihre Aufnahme in eine derartige Anstalt wurde verfügt. Vorher waren jedoch noch einige Formalitäten zu erledigen. In den Justizakten finden nur Perionen Unterkunft, die ehrenwürdige Strafen nicht erlitten haben, und, wie üblich, sollte der Vorstand Auskunft bei dem Polizeipräsidenten über die Hundertjährige ein. Der von der Behörde gegebene Bescheid brachte das überraschende Resultat, daß die „Centenar-Jubilantin“ gar kein Recht gehabt, ihren Hundertjährigen Geburtstag zu feiern, weil sie erst — im 71. Jahr stehe. Die unwareren Angaben hatten natürlich zur Folge, daß die alte Köchin in der Anstalt nicht aufgenommen wurde.

Die Verachtung der Fernsprech-Teilnehmer von der Umstellung des Betriebes der Gewittereignung, wie sie vom Reichspostamt geplant wird, ist jetzt versuchsweise angeordnet worden.

Verunglückt ist der Artist Lambergel aus Berlin, der in einem Wostoner Etablissement in Gesellschaft eines andern Artisten als Zumbelläufer auftrat. Bei der Hauptnummer des Programms: „Ländermahrt auf dem Turm“, verloren die beiden Fahrer plötzlich das Gleichgewicht und stürzten aus schwindelnder Höhe herab. Während der Begleiter im Sicherheitsnetz hängen blieb, stog Lambergel über das Netz hinweg und blieb auf dem Boden tot liegen. Der Direktor des Etablissements, ein Herr Kuntze, entbandte seinen Geschäftsführer nach Berlin, der in Gemeinschaft mit seinem hiesigen Agenten die armen Eltern Lambergels aussuchte und ihnen im Auftrage des Direktors eine größere Summe zur Verfügung stellte.

Ein Entlassungsgesuch für Frau Sittig. Mutter der Ella Holz, ist von der Justizhandlung zu Delitzsch dem Minister eingereicht worden. Am 20. Juni 1897 wurde Frau Sittig zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; die wegen schwerer Kupfelerhaltene Strafe trat die Verurteilung sofort an. Zunächst nach Ludau transportiert, wurde sie später in der Strafanstalt Delitzsch untergebracht. Nachdem sie drei Viertel ihrer Strafe verbüßt hat, ist das Entlassungsgesuch eingereicht worden.

Unter dem Verdacht des Kindesmords wurde gestern die Verkäuferin Minna P. aus der Urbanstraße in Untersuchungshaft genommen. Ueber die näheren Einzelheiten dieses Falls wird uns berichtet: Die P., ein 23-jähriges, hübsches Mädchen, war längere Zeit in dem Futter- und Delikatessengeschäft von Emil Rütz in der Kaiser Friedrichstraße in Rixdori als Verkäuferin angestellt. Am 4. d. Mts. gab sie nun plötzlich ihre Stellung unter der Angabe auf, daß sie sich mit ihren beiden Kolleginnen nicht vertragen könne. Die P. zog nun zu einer Frau Ahlburg in der Urbanstraße. Der Rixdorfer Kriminalpolizei wurde nunmehr mitgeteilt, daß die P. wahrscheinlich heimlich geboren und das Kind verfertigt habe. Infolgedessen fand gestern in der Schlafkammer der P. eine polizeiliche Hausdurchsuchung statt, wobei in einem Koffer die stark angegebote und verschiedentlich verpackte Leiche eines neugeborenen Kindes in dem dargefunden wurde. Die P. legte nun ein Geständnis dahin ab, daß sie das Kind am 4. d. Mts. auf dem Kloset des Hauses Kaiser Friedrichstraße 2/3 tot geboren habe. Um die Leiche unbemerkt zu beseitigen, habe sie dieselbe zunächst zu verbrennen gesucht, was ihr aber nicht gelungen sei. Sie habe daher die Leiche wieder aus dem Ofen herausgenommen und in ihrem Koffer verpackt. Der Vater des Kindes sei ein Schlosser, der jedoch das Verhältnis abgebrochen habe. Da sie nun seit kurzem mit einem Schlächtergehilfen verlobt sei, habe sie beschloffen, daß dieser das Verhältnis gleichfalls lösen werde, wenn er höre, daß sie Mutter geworden. Wie die Polizei ermittelte, ist die P. bereits Mutter eines einjährigen Mädchens. Ihre Schwangerschaft hat sie bis in die letzte Zeit stets abgelehnt. Die P. wurde dem Rixdorfer Amtsgerichtsgefängnis zugeführt, während die Leiche des Kindes behufs gerichtsarztlicher Obduktion beschlagnahmt wurde.

Um 8000 M. befohlen worden ist am Samstagvormittag auf dem Postamt des Lehrter Bahnhofes eine Dame aus Rußland,

Die Dame schrieb im Schallerraum einen Brief; dabei ließ sie ihre gelbe Ledertasche, enthaltend 8000 M., teils in russischem, teils in deutschem Gelde, einen Augenblick außer acht. Neben ihr machten zwei feingekleidete Männer sich an demselben Kulte zu schaffen, der eine rechts, der andre links. Als die Briefschreiberin fertig war, sah sie zu ihrem Schrecken, daß mit den beiden Herren ihre Tasche verschwunden war. Nach den bisherigen Ermittlungen muß man annehmen, daß die beiden Männer die Täter sind.

Durch Abwurf vom Bau verunglückt gestern vormittag um 11 Uhr der 46 Jahre alte Arbeiter Friedrich Roy aus der Dunderstraße Nr. 19 lebensgefährlich. Roy war auf einem Neubau in der Straße IV im vierten Stock beim Aufwinden von Balken beschäftigt. Als die Leiter des Flaschenzugs sich verwickelte, beugte er sich hinaus, um sie wieder in Ordnung zu bringen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht, stürzte kopfüber hinab und fiel auf einen unten liegenden Bretterhaufen. Der Verunglückte, der verheiratet und Vater von vier Kindern ist, zog sich eine schwere Quetschung des Brustkastens und Brüche des linken Oberarms und Unterschenkels zu. Er wurde mit einem Ländchen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht.

Ein Straßensandal spielte sich vorgestern Nacht vor dem Hause Fischerstr. 3 ab. Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum Sonntag rotteten sich vor dem Hause an der Fischerstraße 3 etwa 20 Personen zusammen und warfen sämtliche straßenwärts gelegenen Fenster des Hauses mit Steinen ein. Einer von ihnen, der Schiffmeister Feindahl wurde durch einen Schußmann festgenommen. Die andern hatten sich geflüchtet. Die Veranlassung zu dieser Ausschreitung ist noch nicht festgestellt, anscheinend aber ist sie auf mehrere in dem Hause wohnende Frauenzimmer zurückzuführen.

Straßenperrung. Gesperrt sind für Fuhrwerk und Reiter: Das Säulenvon der Perlebergerstraße bis zur Ringbahn, und die Jerusalemstraße zwischen der Leipziger- und der Hohensstraße vom 7. d. M. ab; der Schloßplatz an der Seite von der Brückstraße zur Stadtbahn vom 11. d. M. ab wegen Umpflasterung und die Ostseite der Schweinmörderstraße von der Südseite des Vinetaplatzes bis zur Demminer- und von dieser bis zur Kamlerstraße einschließlich der Kreuzdämme vom 13. d. M. ab.

Feuerbericht. Montagnachmittag entstand Oranienstraße 101 in einer Möbelfabrik durch Explosion einer Lampe ein kleines Schadenfeuer, das indes von der benachbarten Feuerwehre noch im Keime erstickt werden konnte. Kurz vorher wurde die Wehr nach Fennstraße 33 gerufen, wo die defekt gewordene Wasserleitung eine Ueberflutung herbeigeführt hatte. Quikowstraße 29 brannte in der vorhergehenden Nacht ein Posten Stroh. Möbel und Decken wurden Sonntagabend Landsbergerstraße 20 durch Feuer beschädigt. Wohnungsbrände waren Gartenstraße 3 und Blumenstraße 75 abzulösen.

Orgelkonzert. Frau Ellen Vogler-Broschvogel, Miß Claribel Platt aus Smerna, Herr Felix Federer, der Cellist Hr. Paul Treß und Hr. Rob. Schmießelmann wirkten mit ihrem Orgelchor des Musikdirektor Otto Diemel in der Marienstraße am Mittwoch, den 12. September, mittags 12 Uhr, und brachten Kompositionen von Bach, Händel, Bocherini, Mendelssohn, Brahms, Reinecke, Dörfel, Gounod, Edert, Diemel u. zur Aufführung. Der Eintritt ist frei.

Die „**Neue freie Volksbühne**“ eröffnet ihr neues Spieljahr am Sonntag, den 23. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Thalia-Theater mit Strindbergs „Vater“. Die Titelrolle hat Herr Emanuel Reicher und die andern Hauptrollen sind in derselben Weise besetzt, wie in Hamburg, wo das Reichert'sche Ensemble: Galspiel gerade mit dem „Vater“ bemerkenswerte Erfolge erzielte. Die Regie liegt in den Händen des Ober-Regisseurs Herrn Friedr. Moeg.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung teilte zunächst der Gemeindevorsteher mit, daß die Genehmigung zur Aufnahme einer Anlage zu Schulbauten und Gemeindegewerken erfolgen würde. Der Ingenieur Herr Bruch erklärte nunmehr ein Kanalisationsprojekt für den Ort. Die Kosten sollen sich auf 150 000 M. belaufen, wovon 100 000 M. durch die Weitzer aufzubringen sind. Der Baron Trübschler erklärte, das Terrain zur Anlage einer Klärfabrik zu mäßigem Preise herzugeben zu wollen, ebenso 2 Morgen Land, auf denen das geklärte Wasser bis zur Fertigstellung des Kanals dem Grundwasser wieder zugeführt werden soll. In der Diskussion über die Frage zeigte sich so recht, welches Interesse die Vertreter vom West in der Entwicklung der Gemeinde befanden. Herr Schneidt verfuhr energisch zu verhindern, daß die Angelegenheit, welche für die weitere Entwicklung unsres Orts von dringender Notwendigkeit ist, noch verhandelt werde. Er und auch Herr Frommelt erklärten, die Sache hätte noch Zeit, bis der Kanal fertig sei. Dem Herrn wurde indes von untrer und auch anderer Seite erwidert, daß damit nur eine Verschleppung der Sache herbeigeführt wird. Aus verschiedenen Aeußerungen ließ sich feststellen, daß man dem Baron v. Trübschler als größtem Grundbesitzer im Orte die durch eine derartige Anlage herbeigeführten Vorteile nicht gönnte. Die Angelegenheit wurde schließlich trotz des Einspruchs des Herrn Schmidt einer Kommission überwiesen. Nach Erledigung einer Steuerangelegenheit teilte der Gemeinderat noch mit, der Landrat habe das Protokollbuch der Gemeindevorstellung eingefordert, da der „Vorwärts“ geschrieben habe, es seien Änderungen darin vorgenommen worden. Die Einforderung dürfte indes auf eine Beschwerde an den Landrat wegen der Weigerung des Gemeindevorstandes, zu den schriftlichen Arbeiten eine Beihilfe zu leisten, zurückzuführen sein.

In der Gemeinderats-Sitzung zu Steglitz hatte unser Parteigenosse, Gemeindevorsteher Klapp, den Antrag eingebracht, den Gemeindevorstand zu beauftragen, im Anschluß an die Regelung der Gehalts- und Pensions-Verhältnisse der Gemeinde-Beamten eine Vorlage zur Errichtung einer Pensions-Witwen- und Waisen-versicherung für die im Gemeindevorstand beschäftigten ständigen Feuerwehrleute, Kanalisations- und Straßenreinigungsarbeiter, sowie eine Vorlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeinde-Arbeiter auszuarbeiten und vorzulegen.“

Unser Genosse begründete eingehend die Zweckmäßigkeit dieses Antrags, der — selbstverständlich, möchten wir sagen — von der für derartige Dinge wenig erbauten Gemeindevorstellung mit allen gegen fünf Stimmen abgelehnt wurde.

Der Zimmerer Otto Wossak aus Köpenick ist am Sonntagabend bei Niedersdorf in Süddayern beim Edelweissuchen abgestürzt. Er wurde tot aufgefunden.

Ueber 140 Personen sind durch den Genuß von schlechtem Kuhfleisch in den Dörfern Bohnsdorf und Grünau bei Berlin erkrankt. Eine dem Bauerngutbesitzer Lamert in Bohnsdorf gehörige Kuh, die an Rindarmverengung und Milchsäureerkrankung war und nachgeschlachtet wurde, hatte, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ meldet, der Tierarzt Nibel in Köpenick, der auch das Tier behandelt hat, freigegeben unter der Bedingung, daß das Fleisch nur in gesuchtem Zustande gegessen werden dürfe. Lamert verkaufte die Kuh zum Preise von 60 M. an den Fleischermeister Schäler in Bohnsdorf, von welchem Fleischermeister Schäler in Grünau, Köpnickstraße, ein Viertel erwarb und davon etwa 20 Pfund zu Schabefleisch verarbeitete. In Bohnsdorf sind gegen 100, in Grünau gegen 40 Personen, die von dem Fleisch gegessen haben, erkrankt. Die Krankheitserscheinungen bestehen in Fieber, Erbrechen, kalten Füßen u. dgl. Der Verlauf der Krankheit schließt nach dem Urteil des behandelnden Arztes Lebensgefahr für die Erkrankten aus. Das noch vorhandene Fleisch ist beschlagnahmt und die Untersuchung eingeleitet worden.

Die am Müggelsee gefundene weibliche Leiche ist jetzt als die der 23jährigen Buchhalterin Marie P a a h aus Berlin festgestellt worden. Obgleich aller Wahrscheinlichkeit ein Selbstmord oder Unfall beim Baden vorliegt, sind doch die Nachforschungen über die Todesursache noch nicht eingestellt worden.

Wegen Unterschlagung im Amt wurde der beim Postamt Nixdorf beschäftigte 31jährige Hilfsbeisteller, früherer Versicherungs-inspektor Max Müller in Haft genommen. Er hatte einen Brief, der für eine in der Verlauerstraße wohnende Frau K. bestimmt war, unterschlagen, ihn später geöffnet und seiner Einlage in Höhe von vierzig Mark beraubt. Hierauf schloß er das Couvert wieder sorgfältig, ersetzte den beschädigten Ankunftsstempel durch einen neuen und handigte nunmehr den Brief der Adressatin ein. Der Verhaftete wurde dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt; man glaubt, daß er sich noch mehrere derartige Verfehlungen hat zu Schulden kommen lassen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften verhandelte gestern die Ferien-Strassammer des Landgerichts I gegen den Buchhändler Moritz Pilienthal. Derselbe erhielt eines Tags im Auftrage des Polizeipräsidenten durch einen Schußmann die Anweisung, aus seinem Schaufenster ein französisches Buch, welches mit seinem Titelbilde Anstoß erzeuge, zu beseitigen. Um sicher zu gehen, fragte er bei dem Beamten an, ob die Auslegung eines andern französischen, pilant illustrierten Werks mit dem Titel: „La chemise à travers les âges“ (Die Entwicklungsgeschichte des Hemds) erlaubt oder verboten sei. Der Kriminalschußmann nahm das Werk mit sich und brachte es mit dem Bemerkten zurück, daß die Behörden es weder verbieten, noch erlauben wolle, sondern es ganz seinem Ermessen überlassen müsse. Das Werk wurde hierauf im Schaufenster ausgestellt, später durch einen Schußmann gekauft und hat Anlaß zu der Anklage gegeben. Der Angeklagte bestritt durch den Mund seines Verteidigers unter Berufung auf ein kammergerichtliches Erkenntnis, daß in einem solchen Ankauf durch einen Beauftragten der Polizei eine „Verbreitung“ zu erblicken sei und bestritt ferner, von dem Inhalte des Buchs Kenntnis gehabt zu haben. Er habe keine Verhandlung nicht bei dem Bahnhof Friedrichstraße und deshalb auf die Bedürfnisse des internationalen Reisepublikums Rücksicht zu nehmen. Er lege die französischen Werke so aus, wie sie ihm durch die französischen Verlagsanstalten zugestellt werden. Er bestritt, daß der Inhalt des qu. Werks ein unzüchtiger sei. Es handle sich um eine von geschichtlichen Quellen ausgehende kulturhistorische Studie über das Hemde, die in leichter französischer Manier geschrieben sei. Zum Beweise dessen beantragte er die Verlesung des ganzen Werks auf Grund einer von einem vereideten Dolmetscher anzufertigenden Uebersetzung. Auch der Gerichtshof hielt dies für notwendig und beschloß, einen Dolmetscher mit der Uebersetzung zu beauftragen.

Ein vernünftiges Urteil. Im Juni dieses Jahres war in Viegny ein Maurerstreik ausgebrochen. Natürlich suchten nun die Streikenden die Weiterarbeitenden in ihr Lager zu ziehen, sie suchten deshalb die Arbeitsplätze der Weiterarbeitenden auf. Die Maurer Muchalla und Böhm gingen nach einem Bau, und um nicht bei der Arbeit zu stören, warteten sie die Frühstückspause ab. Während dieser Pause ging Muchalla in die Baubude und Böhm wartete draußen. Beide wurden deshalb wegen Hausfriedensbruchs angeklagt. Das Schöffengericht in Viegny sprach beide Angeklagte frei. In dem Urteil heißt es, daß der § 152 der Gewerbe-Ordnung den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt. In Ausübung dieses Rechts hätten die Angeklagten ihre arbeitenden Kollegen nur mit den bestehenden Verhältnissen bekannt machen wollen, und so lange hierbei keine Verstöße gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung erfolgen, dürfe den Arbeitern dieses Recht nicht verkümmert werden. Deshalb sei auch das Eindringen in die Baubude kein widerrechtliches gewesen.

Deutsche Richter. Der verorbene Zimmermann Gellert in Kolbitz wünschte vor seinem Tode, bei seinem Ableben einen Kranz mit roter Schleife zu bekommen. Da aber dem Sarge der dortige Pfarrer und der Landwehrverein folgten, legten die Maurer, ungefähr 30 Personen, um Unannehmlichkeiten und Reibereien zu vermeiden, den gewünschten Kranz erst später nieder, nachdem sich die Patrioten vom Friedhofe entfernt hatten. Hierdurch sollen sie sich eines öffentlichen Aufzuges schuldig gemacht haben. Vierundzwanzig Personen erhielten einen Strafbefehl wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz in Höhe von je 5 M., der Maurer P. einen solchen von 15 M. Sämtliche Maurer beantragten richterliche Entscheidung, worauf sich das Schöffengericht in Wolmirstedt mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Das Gericht erhöhte für alle 24 Mann die Strafe um 5 M. und ermäßigte sie nur für P. um 5 M. Die Verurteilung erfolgte, obwohl die Zeugen, Gendarm Schramm sowohl als der Amtsbienner Jbert, beide aus Kolbitz, nicht mit Bestimmtheit behaupten konnten, daß sämtliche Angeklagte mitbeteiligt waren. Das Schöffengericht hat auf eine höhere Strafe erkannt, weil die Maurer viel Geld verdienen, da sie sich große Kränze kaufen könnten. Das Strafmandat des P. wurde auf 10 M. ermäßigt, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Führerschaft übernommen hatte.

Diese Begründung verdient zur weiteren Kennzeichnung der deutschen Rechtsprechung sorgfältig registriert zu werden. Sie ist von hohem agitatorischen Wert. Die vielen Fabrikarbeiter, welche wegen Uebertretung der Arbeiterschutz-Gesetze angeklagt waren und meistens mit einer ganz geringfügigen Geldstrafe davontamen, verdienen bekanntlich auch durchweg sehr viel Geld, unendlich viel mehr als ein Maurer, der von seinem sauer erarbeiteten Lohn ein paar Groschen zu einem Zeichen der Pietät hergibt. Wie hoch müßten die gemeingefährlichen Vergehen solcher Unternehmern nach der Logik des Wolmirstedter Schöffengerichts-Urteils bestraft werden?

Die Freisprechung des Abdeckers Israeliti im Koniger Prozeß erfolgte unter folgender Begründung: Der Gerichtshof nimmt an, daß Winter einer Gewaltthat zum Opfer gefallen ist, hält jedoch den Modus der Tötung nicht für festgestellt. Nach Ansicht des Gerichtshofs liegt ein Schicksal nicht vor. Als erwiesen ist anzunehmen, daß Zeuge Fiedler den Angeklagten wie ausgesetzt unmittelbar am Landgericht gesehen hat; es ist aber nicht nachgewiesen, ob Israeliti in der Richtung zur Hundställe weitergegangen ist, ebenso wenig, was in dem von Fiedler gesehenen Saal euthalten war. Andre Belastungsmomente liegen nicht vor, und deshalb muß auf Freispruch erkannt werden. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt und die Untersuchungsakten aufgehoben.

Vermishtes.

Eisenbahn-Unglück. Die Königl. Eisenbahn-Direktion teilt mit: Der Schnellzug 141 — Paris—Frankfurt a. M. — fuhr Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr bei Einfahrt in Bahnhof Wirtensfeld-Kenbrücke auf eine in demselben Geleise haltende Rangiermaschine. Führer und Heizer der Rangiermaschine wurden erheblich verletzt. Beschädigung an Material ist unbedeutend. Der Schnellzug erlitt 15 Minuten, Zug 601 der Zweigbahn nach Wirtensfeld eine Stunde Verspätung. Sonstige Betriebsstörungen sind nicht eingetreten. Die Geleise wurden nicht beschädigt, es herrschte zur Zeit des Unfalls ziemlich starker Nebel. Als Ursache des Unfalls ist wahrscheinlich in erster Linie die Freigabe des Einfahrtsignals durch einen Unbefugten anzusehen.

Die Pest in Glasgow. Dem Montag ausgegebenen Bericht der Gesundheitsbehörde zufolge ist wieder eine an der Pest erkrankte Person in das Hospital eingeliefert und ein neuer verdächtiger Fall zur Kenntnis gebracht worden. Im ganzen befinden sich gegenwärtig 18 Pestkranke im Hospital und 112 Personen unter ärztlicher Beobachtung. — Auch am Sonntag ist noch ein pestverdächtiger Fall vorgekommen; die betreffende Person wurde unter Beobachtung gestellt. Die zur Aufnahme derartiger Erkrankter bestimmten Häuser sind beide voll besetzt; sonst würden noch mehr Personen dorthin gebracht worden sein.

Verhaftete Gendarmen. Aus Paris wird berichtet: Im Departement Finistere wurde auf Befehl des Kommandanten der Gendarmen-Brigade eine ganze Gendarmen-Abteilung, bestehend aus 1 Wachtmeister und 4 Gendarmen, verhaftet. Die Ursache dieser sensationellen Verhaftung ist noch nicht bekannt.

Ein gewaltiger Orkan hat die Küsten von Louisiana und Texas am Sonntag verheert und bis hundert Meilen landeinwärts fürchterlichen Schaden angerichtet. Im Hafen von Galveston sind viele Schiffe gescheitert. Die „World“ veröffentlicht ein Telegramm des Gouverneurs von Texas, in dem er mitteilt, er habe Nachrichten erhalten, denen zufolge bei dem gefürchten Orkan in Galveston etwa 3000 Menschenleben verloren gegangen seien. Der angerichtete Sachschaden sei gewaltig.

Houston (Texas), 10. September. Ueber die Verheerungen, welche der Orkan in Galveston angerichtet hat, berichtet ein Augenzeuge weiter, 4000 Häuser, in der Hauptsache Wohnhäuser, seien in Trümmer gelegt; alle Speicher längs des Ufers und die Schuppen auf den Werften seien zerstört und die meisten kleinen Segelschiffe im Hafen gescheitert. — Die Stadt Alvin, etwa 200 Meilen nördlich von Galveston, ist durch das Unwetter völlig in Trümmer gelegt. Viele Personen sind getötet worden.

Nordpol-Expedition. Der Kopenhagener „Nationaltidende“ zufolge hat ein Mitglied der schwedischen Nordpol-Expedition des Forschungsreisenden Kolthoff mitgeteilt, daß die Expedition im östlichen Stationshaus auf der Insel Jan Mayen eine Postbox gefunden hat mit der Mitteilung, daß die dänische Andrup-Expedition nach Ostgrönland die Insel besuchte. Die Expedition stellte ferner fest, daß Andrup auf der Walroisinsel bei der Sabine-Insel eine Mitteilung für Everdrups Expedition hinterlassen habe. Das Blatt folgert, daß Andrup glücklich die Ostküste von Grönland auf ungefähr 74 1/2 Grad nördlicher Breite erreicht habe.

Antliche Parteipolitik auf einem — Briefumschlag. Ein Buchhändler in Nürnberg gab vor einigen Tagen einen an den Socialdemokratischen Verein in Wesel adressierten Brief auf die Post. Der Brief kam als unbestellbar an den Absender zurück; auf dem Couvert fand sich folgender Vermerk: „Hier in Wesel zum Glück noch nicht vorhanden. Postausgabe.“ Der dann folgende Name des Beamten, der sich diesen geschmacklosen Uebergriff gestattete, ist nicht deutlich zu erkennen.

Marktpreise von Berlin am 8. September 1900
nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.

	15.50	15.48	6.—	4.—
+) Weizen, gut D.-Gr.	15,50	15,48	1,60	1,20
„ mittel	15,42	15,40	1,20	1,—
„ gering	15,30	15,28	1,60	1,10
+) Roggen, gut	14,90	14,82	1,60	1,—
„ mittel	14,74	14,66	1,60	1,—
„ gering	14,58	14,50	1,60	1,20
*) Weizen, gut	15,40	14,90	2,80	2,20
„ mittel	14,80	14,40	4,—	2,60
„ gering	14,30	13,90	2,—	1,20
*) Hafer, gut	16,10	15,20	2,60	1,40
„ mittel	15,10	14,20	2,—	1,20
„ gering	14,10	13,20	1,80	0,80
Nichtstroh	6,82	5,82	2,50	1,20
Get.	7,10	5,—	1,40	0,80
Größen	40,—	25,—	20,00	2,50
Spreichbohnen	45,—	25,—		
Linzen	70,—	30,—		

+) ab Bahn.
++) ab Bahn und ab Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 10. September. Der Getreideverkehr verkehrte in seiner bisherigen Geschäftslage. Am Frühmarkt zeigte sich, wie gewöhnlich am Montag, einige Kaufkraft, namentlich für sofort lieferbaren Roggen, für den die hiesigen Mühlen Käufer waren. Auch für die Provinz soll unternehmig befindlicher Roggen wie Weizen verkauft worden sein. Die Preise waren für beide Getreidearten eine Kleinigkeit höher. Auch im Mittagverkehr war die Tendenz gut behauptet, doch bewegte sich das Geschäft in denkbar engen Grenzen. Aus Sachsen sollen einige Kaufanträge in Roggen für spätere Lieferungen vorgelegen haben. Westfalen wirtte ferner für diese Getreideart, daß aus Südrussland die Kaufangebote nicht nur fast gänzlich aufgehört haben, sondern daß hiesige Importfirmen Aufträge auf südrußischen Roggen zurückgehandelt haben sollen. Aus Nordrußland, das über größere Quantitäten von Getreide für den Export verfügen soll, ist angeblich das Angebot recht zurückhaltend geworden. In der zweiten Stunde ging man verschiedentlich mit Dedungen vor. Für Weizen stimulierten feste Tendenzberichte aus Nordamerika, sowie einige Kaufkraft für spätere Sicht. Weizen etwa 1/2 M., Roggen in der zweiten Stunde etwa 1 M. höher. Hafer sehr still, aber behauptet, ebenso Mais.
Spiritus unverändert. Der loco 51 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

G. S. 26. Wenden Sie sich in der Zahlstelle Veteranenstraße Nr. 13. Cigarettenhandlung von Meyer.

P. 100. Das ist unmöglich mit Sicherheit zu sagen, da der Passagier nicht nur auf dem Schiffsdeck, sondern auch auf dem Deck der Bootschiffen Garten, sondern auch im Inneren der Bootschiffe ansprechen kann. Das übrige erfahren Sie am besten im Auskunftsbureau auf dem Schiffsdeck.

W. S. Breslauerstraße. Wir geben Ihnen durchaus recht; es ist dafür getrotzt, daß eine derartige Ungehörigkeit nicht wieder vorkomme.

Grün 75. Sie können durch Hilfe des Vormundschaffensgerichtes und der Polizei die Herausgabe des Kunds erwirken. — **G. C. 100.** 1. Als Adresse genügt: An den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu Potsdam. 2. Etwa 4 bis 6 Wochen. 3. Die Adressen der Krankenkassen finden Sie im zweiten Teil des Adressbuchs. Es ist nicht ersichtlich, welche Krankenkasse (Orts- oder freie Kasse) Sie meinen.

M. 49. Der Vertrag muß gerichtlich oder notariell beurkundet und dann die Genossenschaft zum Handelsregister angemeldet werden.

L. S. 28. Der Arbeitgeber braucht erst Sonnabend zu zahlen. — **Kreuz.** Wenn Sie gegen den Bescheid des Vorstands der Genossenschaft schon bereits Berufung eingelegt haben, ist Weiteres vorläufig unnötig. Haben Sie die Berufung noch nicht eingelegt, so holen Sie das sofort nach. Die Berufung ist, wie auch in dem Ihnen zugegangenen Bescheid stehen wird, bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtes einzulegen.

Paqel. Wenn Sie mit Ihrer Frau zum Amtsgericht I (Neue Friedrichstraße) oder zu irgend einem Notar. — **G. W., Charlottenburg.** Nein.

M. Hensburg. Wenn aus dem dortigen Statut nicht das Gegenteil erhellt, so sind die Berechtigten nicht wahlberechtigt. — **Weihenau.** Zur Zahlung der Kosten für das Stiefkind ist der Stiefvater verpflichtet, nicht verpflichtet. Die diesbezüglichen Anhaltspunkte gelten deshalb seit dem 1. Januar 1900 nicht als für ihn veräußerte Armenunterstützung.

G. S. Eine strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgung ist zulässig. Dieselbe kann jedoch nur von einer Person (z. B. Vorsitzenden), nicht von dem nicht klageberechtigten Partei betrieben werden. Eine Anmeldung des K. ist erforderlich, sobald das K. im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt. — **H. S.** Sind Sie älter als 21 Jahre, so könnte der Wahlmündigkeitserwerb gegen Sie mit Erfolg auf Zahlung klagen, sonst nicht. — **10 000.** Das ist sehr wahrscheinlich.

Witterungsbericht vom 10. September 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Temperatur in C. u. F.
Stettin	762	SW	—	13	Opava	758	SW	—	15
Hamburg	764	SW	—	13	Petersburg	768	—	—	17
Berlin	763	SW	—	13	Kort	762	—	—	13
Frankf./M.	765	SW	—	11	Verden	762	—	—	13
München	766	SW	—	11	Paris	766	—	—	13
Wien	763	SW	—	11					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. September 1900.
Mild und zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen und Schauern westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.